

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Wachsende Aggressivität

Die Pandemie ändert am Imperialismus nichts. Im Gegenteil. Die Tendenz zu Konzentration und Zentralisation von Kapital verstärkt sich in der Weltwirtschaftskrise, die bereits vor dem Auftauchen des neuartigen Corona-Virus begonnen hatte. Es wer-

Die Aufdeckung von Mißständen schultern sie und ihr politisches Personal unter diesen Umständen mit Leichtigkeit. Wer Krankenhäuser zu Profitzentren macht, hat selbstverständlich für eine Pandemie nicht vorgesorgt. Wer die elenden Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleischindustrie seit langem kennt, aber nun überrascht tut, ändert nichts Wesentliches für die am meisten ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter.



den neue Formen staatsmonopolistischer Regulierung getestet: Die BRD baut ihre Vormachtstellung in der EU aus.

In einem Land wie diesem ist ein in Kraft gesetztes Infektionsschutzgesetz eine Notstandsübung. Aus Sicht der Politik und der Repressionsorgane verläuft alles zufriedenstellend: Eine satte Mehrheit der Bevölkerung stimmt der Aussetzung von Grund- und Bürgerrechten zu. Das war vor zehn Jahren anders: Die Pleitebanken senkten Ansehen und damit Führungsfähigkeit der Bourgeoisie erheblich. Das deutsche Bürgertum schuf mit der AfD und ihrer Demagogie „gegen die da oben“ eine Reservepartei des Kapitals außerhalb von CDU und CSU. Jetzt ist man aber wieder obenauf. Das spiegelt sich im Krisenmotto, das Finanzminister Olaf Scholz (SPD) am 25. März im Bundestag formulierte: „Wir können uns das leisten.“

Um eine lächerliche Prämie für Pflegepersonal wird gestritten. Die rund 770 Millionen Euro aber, die an die Milliardäre und Naziverbrechererben Stefan Quandt und Susanne Klatten allein aus ihrem Besitz an BMW-Aktien als Dividende gehen, tauchen in Medien kaum auf. Das Kräfteverhältnis verschiebt sich zugunsten der wirklich Herrschenden.

In den Medien und auf den Marktplätzen erhalten folgerichtig erneut vor allem jene Raum, die Solidarität in der Arbeiterklasse, das Unterpfand von deren politischer Stärke, zerstören wollen. Es sind dieselben, die 2014 auf sogenannten Montagsmahnwachen keinen Krieg gegen Rußland

forderten, aber in Wirklichkeit nur gegen einen mit deutscher Beteiligung waren. Die bei Zuwanderung von „Islamisierung des Abendlandes“ halluzinieren und der AfD, vor allem ihrem faschistischen „Flügel“, zum Aufschwung verhalfen. Wer heute die Pandemie leugnet oder verharmlost, ist unsolidarisch mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen, will keine Solidarität mit einem Land wie Venezuela, in dem mitten in der Pandemie ein bewaffneter Putschversuch stattfand, oder mit Kuba, das trotz verschärfter Blockade der Trump-Administration medizinisches Personal zur Bekämpfung des Virus in mehr als 20 Ländern entsandt hat. Die vom DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele initiierte Petition an den Bundestag, in der Krise sämtliche Sanktionen auszusetzen, verdient umso mehr die Unterstützung aller Anständigen.

Vor allem aber: Auch in der Krise gehen trotz des Appells von UN-Generalsekretär António Guterres zum globalen Waffenstillstand imperialistische Kriege und Aufrüstung weiter. Mitte April schlug die deutsche Verteidigungsministerin vor, in den USA 45 neue Kampfflugzeuge zu beschaffen. 30 davon werden benötigt, weil die neuen US-Atombomben in Büchel sonst nicht transportiert werden können. Am 6. Mai beschloß das

Kabinetts die Aufstockung des Bundeswehrekontingents für den Krieg in der Sahel-Region. Am 7. Mai kündigte ein Sprecher Donald Trumps faktisch den New-Start-Vertrag mit Rußland über Reduzierung und Begrenzung atomarer Rüstung. Zu all dem paßt der rußlandfeindliche Ausbruch der Kanzlerin am 13. Mai im Bundestag wegen angeblicher Hacker, fünf Tage, nachdem es die deutsche Staatsführung nicht fertig brachte, am 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus die Rote Armee mit einer Silbe zu erwähnen. Die Pandemie verändert nicht den Imperialismus. Oder doch: Seine Aggressivität wächst in der Krise. Regierende und jene, die nur noch das Thema Corona kennen, bemühen sich auffällig, davon abzulenken.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Schneider und Nazihenker	4
Wider das Vergessen	5
Die Linke und die Gewalt	6
Was zu Corona noch zu sagen ist	6
Zurück zu welcher Normalität?	7
Corona-Virus: Die perfekte Katastrophe des katastrophalen Kapitalismus	8
Aufklärung ist vonnöten!	9
Dünne Luft	10
Kampf um die Arktis	11
1960: Als Jungdemokrat auf dem „Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands“ in Erfurt	12
Jekaterinburg feierte den 150. Geburtstag von W. I. Lenin	13
Lenin lebte, Lenin lebt, Lenin wird leben!	13
Das war kein „normaler“ Krieg!	15
Ende und Anfang vor 75 Jahren ...	16
Als der Krieg nach Deutschland zurückkam	17
Aus dem Tagebuch von Max Gilbert	18
Vor 75 Jahren: Der Aufruf der KPD	19
Es ist nicht vorbei ...	20
Die Monroe-Doktrin und die einzige unentbehrliche Nation	21
Nichts gelernt?	22
Moral und Gesellschaft	24
Max Hoelz – der Rebell aus dem Vogtland	26
Das DDR-Fernsehen war besser als sein Ruf	27
Rügen – Entdeckung einer Insel	28
Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen	29
Begeisterte Kinder im „schwierigen“ Dorf	32

Barbara Majd Amin, Beitrag zur Kundgebung der Friedenskoordination Berlin am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, am 8. Mai 2020

Liebe Anwesende, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, wir halten mit unserer heutigen Ehrung die Erinnerung an die Befreiung am 8. Mai 1945 wach und wir danken den Befreier, den sowjetischen Soldaten. Die Herrschenden hierzulande tun sich damit schwer, vor allem mit der Anerkennung der Rolle der Sowjetunion, mit der Anerkennung der Rolle der Roten Armee bei der Befreiung vom Faschismus. Ja, sie setzen alles daran, diese Rolle zu negieren, in ihr Gegenteil zu verkehren.

Das ist nicht geschichtsvergessen, wie manche meinen – nein, es hat zum Ziel, die Geschichte, die Geschichtsschreibung zu revidieren, die wahren Geschehnisse vergessen zu machen. So fanden z.B. die Feiern zum 75. Jahrestag der Landung der Westalliierten in der Normandie im Juni letzten Jahres ohne den russischen Präsidenten statt – er war nicht eingeladen, so, als sei die Sowjetunion kein Teil der Anti-Hitler-Koalition gewesen. Zudem

wird dieser sogenannte D-Day häufig als Wendepunkt des Krieges, als Anfang vom Ende des Hitlerfaschismus bezeichnet, als habe es nicht zuvor den Sieg der Roten Armee in Stalingrad gegeben, unter ungeheuren Opfern der sowjetischen Soldaten erkämpft. Die ungeheuerlichste Geschichtslüge hat unlängst das EU-Parlament beschlossen: In seiner Entschließung mit der Bezeichnung „Zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewußtseins für die Zukunft Europas“ – in dieser Entschließung wird die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg nicht nur relativiert, sondern die Sowjetunion wird zum gleichermaßen Schuldigen an diesem Raub- und Vernichtungskrieg erklärt.

Nicht mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. 9. 1939 habe der Krieg begonnen, sondern mit dem Nichtangriffsvertrag zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion, der einige Tage zuvor unterzeichnet worden war. Die EU-Parlamentarier haben damit nicht nur

die gesamte Vorgeschichte des Krieges ausgeblendet, u.a. das Münchner Abkommen, die Appeasementpolitik des Westens, die vergeblichen Bemühungen der Sowjetunion, ein Militärbündnis mit England, den USA und Frankreich zur Abwehr des drohenden Krieges einzugehen. Sie haben mit ihrer Entschließung den Unterschied zwischen Opfern und Tätern eingeebnet, ja sie haben die Opfer zu Tätern gemacht. Dagegen protestieren wir aufs Schärfste! Welchem Zweck diese Geschichtslügen dienen, liegt auf der Hand: Sie dienen der Zementierung des Feindbildes Rußland. Dieses Feindbild muß heute dafür erhalten, die Konfrontation und die Sanktionen gegen Rußland und die Aufrüstungspläne für die Bundeswehr und das NATO-Bündnis zu begründen. Mit unserer Kundgebung danken wir den Befreier und fordern für das Heute, für unser aller Zukunft: Nein zu Aufrüstung und Kriegsdrohung! Nein zum Krieg! Frieden mit Rußland!

Lühr Henken (Friedenskoordination Berlin) Rede am 8. Mai 2020 am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin, Straße des 17. Juni

Von dieser Stadt ging die Planung des Zweiten Weltkriegs aus. Und hier endete er auch – jedenfalls für die Völker außerhalb Asiens. Mehr als 55 Millionen Menschen fielen den deutschen Angriffskriegen und der Vernichtung der Juden zum Opfer, die Hälfte von ihnen betrauert die Völker der Sowjetunion. Ihnen haben wir es vor allem zu verdanken, daß die deutsche Mordmaschinerie zum Erliegen kam. Wer nun gehofft hatte, daß die Anti-Hitler-Koalition über die Zerschlagung des deutschen Faschismus hinaus Bestand haben, eine gute Zukunft für Europa und die Welt bereiten würde, sah sich getäuscht. Nur Wochen nach ihren Atombombenabwürfen auf dicht besiedelte japanische Städte beschlossen die USA, ihr Atombombenarsenal samt Langstreckenbomben auszubauen. Und wozu? „Atombombenziel Sowjetunion“ war der Titel ihres ersten Geheimplans aus dem November 1945. Unterstellt wurden der Sowjetunion Angriffspläne auf den Westen, obwohl man in Washington genau wußte, daß der faschistische Vernichtungskrieg in der Sowjetunion ganze Arbeit geleistet hatte, die Völker den Krieg satt hatten und nur an den friedlichen Aufbau dachten. Die US-Atombomber nahmen zunächst 20 sowjetische Zentren ins Visier. Es folgten elf weitere geheime US-Atomkriegspläne, die eine Fließbandproduktion von Atombomben, Bomben, später Raketen und Marschflugkörpern in Gang setzten. Die USA setzten die Sowjetunion mit Atomwaffen unter Druck. Aus anfangs 20 Zielen wurden 1959 20000 Ziele in der Sowjetunion. Auch die DDR wurde von den USA atomar bedroht. Laut Planungspapier des Strategischen US-Luftkommandos aus dem Jahr 1956 sollten 258 DDR-Städte mit US-Atombomben angegriffen werden. Allein 100 Atombomben waren für den Berliner Raum vorgesehen. Der Warschauer Pakt sah

sich gezwungen das atomare Wettrüsten anzunehmen – und zerbrach schließlich daran. Denn er war totgerüstet worden. Er löste sich auf, die NATO nicht. Im Gegenteil. Sie stellte Krisenreaktionskräfte auf und führte Kriege außerhalb ihres Vertragsgebiets. Trotz aller anders lautenden Bekenntnisse dehnte sie sich nach Osten aus. Die EU folgte ihr. Georgien und der Ukraine ist die NATO-Mitgliedschaft versprochen. Rußland muß sich auch nach Ende des Kalten Krieges zunehmend bedroht fühlen. NATO und EU setzten die sowohl nach Westen als auch auf Rußland orientierte Ukraine so sehr unter Entscheidungszwang, daß das Land in drei Teile zerfiel. Rußland, das um seine Schwarzmeerflotte fürchten mußte, unterstützte darum die Sezession der Krim. Seitdem wirft der Westen Moskau Völkerrechtsbruch vor, belegt Rußland mit Wirtschaftssanktionen und verlangt, daß es sein Militär aus der Ukraine, Moldau und Georgien zurückzieht. Nachdruck verleiht die NATO diesen Forderungen seit 2014 durch ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Bis 2024 sollen alle NATO-Staaten – außer den USA, die das Soll seit langem übererfüllen – zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für ihr Militär einsetzen. Rußland gibt gegenwärtig 65 Milliarden aus, die NATO bringt es auf das Fünffzehnfache und hält viermal so viele Soldaten unter Waffen wie Rußland. NATO und USA steigern die antirussische Manövertätigkeit. Deutschland wird wieder zum Aufmarschgebiet gegen Rußland. CDU/CSU, AfD, FDP und Teile der SPD tragendie NATO-Aufrüstungsbeschlüsse bereitwillig mit. Im vergangenen Jahr stiegen die deutschen Rüstungsausgaben um zehn Prozent. Das ist die höchste Steigerungsrate unter den 15 größten Militärmächten und macht Deutschland zum Aufrüstungsweltmeister! Aber das ist längst nicht alles. Bis 2031 ist ein

Zwölf-Jahres-Aufrüstungsprogramm aufgelegt, was die Schlagkraft der Bundeswehr massiv erhöhen soll, allein beim Heer um das Doppelte. Kramp-Karrenbauer versprach kürzlich, beim Aufrüstungskurs zu bleiben: Sie sagte „Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff.“ Wird der Kurs nicht gestoppt, verdoppeln sich die schon jetzt rekordhohen Rüstungsausgaben auf 100 Milliarden Euro. Bezahlt werden sollen damit unter anderem Waffen für Kampfdrohnen, für die eventuell schon im Juni Bundestagsentscheidungen anstehen. Zudem 21 bewaffnete Eurodrohnen, die in der Entwicklung sind. Mehr als die Hälfte der Kampfflugzeuge der Luftwaffe soll erneuert werden. 135 Maschinen will Kramp-Karrenbauer. Die gefährlichsten darunter sind 30 US-Atombomber des Typs F-18 Super-Hornet, deren Stationierung in Büchel vorgesehen sind, um 20 US-Atomwaffen in Rußland ins Ziel zu bringen – das ist die sogenannte nukleare Teilhabe. Hochmodernisierte atomare Fliegerbomben dafür sollen dort ab 2024 zu Verfügung stehen. Sie können präzise ins Ziel gelenkt werden und sind so ausgelegt, daß sie ins Erdreich eindringen, um gehärtete Ziele zu zerstören. Das ist ein äußerst aggressives Konzept und hat mit Verteidigung nichts zu tun. Die Welt wird dadurch nicht sicherer, sondern unsicherer. Wieder wird von deutschem Boden mit Krieg gegen Rußland gedroht. Rußland wird militärisch reagieren. Die Anschaffung dieser Kampfflugzeuge wird unserer Öffentlichkeit als Ersatz für alte Tornados und Eurofighter verkauft. Zugegeben, sie sind alt. Aber müssen sie wirklich ersetzt werden? Wie viele Kampfflugzeuge hat Rußland eigentlich zur Zeit? 1640. Und die NATO? 6230. Das ist das 3,8 fache. (...)

Ein Widerwort zur Präsidentenrede

Die letzte große Schlacht des Zweiten Weltkrieges in Europa fand in Berlin statt. Sowjetische Truppen hißten das Siegesbanner auf dem Reichstag. Unzählige Rotarmisten mußten noch in letzter Minute sterben. In geografischer Nähe zu diesem historischen Ort hielt 75 Jahre später der Bundespräsident eine Ansprache, die zu meinem Entsetzen nur auf die Erinnerungspolitik der alten Bundesrepublik gerichtet war. Wer erwartet hatte, er würde darin auch den Anteil der sowjetischen Armee wenigstens an der Befreiung der deutschen Hauptstadt würdigen, wurde enttäuscht. Das Heimatland der Rotarmisten hatte mit 27 Millionen Toten die Hauptlast des Krieges getragen. Kein Land der Welt hatte mehr Opfer zu beklagen als die Sowjetunion. Jenseits aller ideologischen Barrieren sollten diese Fakten anerkannt und gewürdigt bleiben. Daß dem

höchsten Repräsentanten der BRD dies in seiner Rede keine Erwähnung wert war, halte ich zumindest für einen Fehler. Der Einwand, auch die Rolle der anderen Mächte der Anti-Hitler-Koalition blieben ja unerwähnt, ist kein Argument, sondern ein weiterer Fehler. Zwar war ich bei Kriegsende erst acht Jahre alt, aber soviel ist mir in Erinnerung geblieben: Das vom Bundespräsidenten angemahnte „Nie wieder“ kam nach 1945 nicht als Weckruf aus den Westzonen. Zu uns drang dieser Appell aus Buchenwald und wurde eine Maxime fürs Leben: „Nie wieder Krieg und Faschismus!“. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 so mutig wie geschichtsbewußt vom „Tag der Befreiung“ sprach, gab es diesen in der DDR bereits seit 35 Jahren als gesetzlichen Feier- und Gedenktag. Ob „verordnet“ oder nicht, ist hier nicht die Frage. Schon im Potsdamer Abkommen hatten

die Alliierten dem deutschen Volk den Antifaschismus verordnet. Er wurde von Jahr zu Jahr stärker auch im Lebensgefühl vieler Ostdeutscher verinnerlicht. Es wäre ein überfälliges Zugehen auf DDR-Realitäten gewesen, hätte Walter Steinmeier nicht nur an die Gedenkpoltik der alten Bundesrepublik, sondern auch an die der DDR erinnert, die ja nach 1990 Teil der deutschen Nationalgeschichte werden sollte. Wer in diesem Jahr am 8. und 9. Mai wieder beobachtete, wie viele Familien im Osten Deutschlands die Gedenkstätten der Befreier aufsuchten und der Gefallenen gedachten, wird zugeben müssen: Gute Prägungen verlieren sich nicht. Daß es nicht nur die Alten, sondern auffallend viel auch junge Menschen waren, die Blumen niederlegten, bestärkt meine Hoffnung: Es wird auch in Zukunft der Befreier gedacht.

Egon Krenz, Dierhagen

Wir sagen Danke!

Zeitungsanzeige für Stalingrad - Wolgograd

Auf Initiative von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann haben über 50 Politikerinnen und Politiker, darunter drei ehemalige Ministerpräsidenten (Hans Modrow, Oskar Lafontaine, Matthias Platzeck), Bundestagsabgeordnete, internationale, nationale und regionale Friedensnetzwerke und -organisationen, Wissenschaftler und Künstler zum Tag des Sieges am 9. Mai eine Anzeige in den Zeitungen Wolgograds veröffentlicht. Sie hat folgenden Text:

Zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus: Wir sagen Danke!

Unter unfaßbaren Opfern haben Ihre Familien, Ihre Eltern, Großeltern, Urgroßeltern die

Hauptlast in der Anti-Hitler-Koalition daran getragen, Deutschland und Europa vom Faschismus zu befreien – mit der Roten Armee, als Partisanen, als Arbeitende im Hinterland. Dafür möchten wir Ihnen heute von ganzem Herzen danken.

Der Raub- und Vernichtungskrieg war von Deutschland ausgegangen; daß danach so viele Menschen in der Sowjetunion, in Rußland bereit waren und sind, Deutschen Vertrauen entgegenzubringen und gute Beziehungen aufzubauen, berührt uns tief.

Nach der deutschen Vereinigung gab es ein kurzes Zeitfenster für einen Raum des Friedens und

der Zusammenarbeit von Lissabon bis Wladivostok. Leider wurde es nicht genutzt, stattdessen dehnt sich die NATO bis an die Westgrenze Rußlands aus. Sie sieht in Rußland wieder einen Feind, gegen den sie militärisch und propagandistisch aufrüstet. Das ist geschichtsvergessen und gefährlich.

Wir verneigen uns vor den Opfern, die dieser barbarische Krieg die Völker der Sowjetunion gekostet hat. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Dafür setzen wir uns ein.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

DKP: Petition an den Bundestag

Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern. Unter diesem Titel hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht“, sagte deren Vorsitzender Patrik Köbele. „Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften, sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie ein Irrsinn. Genauso muß die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China intensiviert werden. In Zeiten des Kontaktverbots halten wir solch eine Petition für eine Möglichkeit, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um diesen Irrsinn zu beenden“, erläuterte Köbele.

Jede Stimme zählt! Die Petition findet man unter www.change.org/p/bundestag-alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern

Der Text der Petition:

Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern. Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung: Alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen.

Begründung: Zentrale Beispiele sind die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen politischen Sanktionen, wohl wissend, daß damit u.a. Medikamente in der EU festgesetzt werden, die für die Versorgung von Patienten in Venezuela lebensnotwendig sind. Die Verschärfung der Corona-Pandemie soll die politische Situation in Venezuela verschärfen, soll Venezuela destabilisieren. Die Sanktionen gegen Kuba behindern das dortige Gesundheitssystem. Sie haben gleichzeitig den Effekt, daß der gleichberechtigte, wissenschaftliche und humanitäre

Austausch auch von Medikamenten unterbunden wird. Betroffen ist auch das kubanische Medikament „Interferon alfa-2b“, das derzeit gute Ergebnisse im Kampf gegen Corona anzeigt. Die Russische Föderation bildet geographisch die Brücke zwischen Europa und Asien. Sie verfügt über große Kenntnisse im Kampf gegen Epidemien. Ein Kampf gegen die weltweite Ausbreitung des Virus ist ohne sie undenkbar. Die bestehenden Sanktionen be- und verhindern das. Die mangelnde Zusammenarbeit mit der VR China ist ein viertes Beispiel. Die VR China verfügt über die größten Erfahrungen und viele Spezialisten im Kampf gegen das Virus. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Hilfsangebote der VR China anzunehmen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Diese vier Beispiele passen nicht zur notwendigen weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen Corona. Das muß geändert werden. Weg mit den Sanktionen gegen Venezuela, Rußland und Kuba, für die Zusammenarbeit mit der VR China!

Schneider und Nazihenker

Im September 1940 richtete die Gestapo im belgischen Fort Breendonk eine „Auffanglager“ ein. Es wurde das Zentrum der Verfolgung von Widerstandskämpfern in Belgien und in Nordfrankreich. Bis zur Befreiung Belgiens im Herbst 1944 wurden dort mindestens 3500 Menschen inhaftiert, von denen etwa die Hälfte nicht überlebte. Seit 1947 befindet sich hier die „Nationale Gedenkstätte Festung Breendonk“.

Am 8. Mai sprach dort Peter Mertens, Vorsitzender der Partei der Arbeit Belgiens (PTB-PVDA), anlässlich des Gedenkens an den 75. Jahrestag des Sieges über den Faschismus:

In der zweiten Junihälfte 1944 kam Arnold Brucker ins Konzentrationslager Breendonk. Unter anderem mußte er sich um Särge kümmern. Fernand Wyss, ein flämischer Waffen-SS-Mann, zeigte auf einen Sarg und sagte: „Er hat genau Deine Größe.“ „Das stimmt“, antwortete Brucker, „aber vergiß nicht, daß wir genau die gleiche Größe haben“. Fernand Wyss war der Henker von Breendonk. Er war etwa zwanzig, hatte ein kantiges Kinn und einen kräftigen Kopf. Er war ein Kämpfer aus Deurne, der in Deutschland zum SS-Soldaten ausgebildet wurde. Ein fanatischer Nazi. Ein Mann, der Gefangene ihren eigenen Hinrichtungsort anlegen ließ. Kein Deutscher, aber ein Flame. „Unser Volk geht vor“, das kennen wir. Arnold Brucker war Schneider. „Wir haben die gleiche Größe“, sagte er zum Henker in Breendonk, auch wenn er nur ein kleiner Gefangener war. Für diese Worte hätte er zu Tode geprügelt werden können. Aber Arnold Brucker spuckte sie aus, als einen Akt des Widerstands. Und er gab damit den Häftlingen im Lager Hoffnung. Brucker gegen Wyss. Der jüdische Schneider gegen den fanatischen Straßenschläger.

Vor 75 Jahren, am 8. Mai 1945, beendeten die Truppen der sowjetischen Roten Armee, Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten den größten geplanten und mechanisierten Völkermord der Weltgeschichte.

Bevor die Särge von Arnold Brucker gebaut werden mußten, hatte eine Wahl stattgefunden. Eine Wahl, für die der große Führer den gesamten medialen Raum zur Verfügung hatte. Eine Wahl voller falscher Versprechungen. Eine Wahl, die zwar knapp zur Hälfte von der NSDAP gewonnen wurde, von den leichtgläubigen Menschen jedoch ganz und gar verloren wurde.

Der Verwandlung von einfachen Flamen und Wallonen in Männer der Waffen-SS, in KZ-Henker und in Soldaten der Ostfront waren große Versprechen vorausgegangen. Vom VNV, von Verdinaso, von Rex. (VNV steht für „Vlaamsch Nationaal Verbond“, eine flämisch-nationalistische Partei, 1933 gegründet, in Erscheinungsbild und Auftreten am Faschismus orientiert. Während der deutschen Besatzung kollaborierte die Partei mit den Nazis. Verdinaso steht für „Verband der großniederländischen Nationalsolidaristen“,

eine klerikalfaschistische Partei, bestand von 1931 bis 1941. Rex spielte sich in der Wallonie unter Leitung von Léon Degrelle als Verbündeter der deutschen Besatzungsmacht auf. Ab 1943 trat Degrelle für den Anschluß von Wallonien an Deutschland ein. Er selbst machte in der Waffen-SS Karriere. Sie hatten versprochen, daß die Armut, der Hunger und das Elend der kleinen Leute ein Ende haben würden, wenn der jüdische Marxismus besiegt würde. Wenn bloß die Juden und Marxisten verschwinden würden, gäbe



Der Vorsitzende der Partei der Arbeit Belgiens, Peter Mertens, bei seiner Rede am 8. Mai.

es das Paradies auf Erden. Aber es gab kein Paradies. Es gab Terror. Und in den zwölf Jahren der Nazi-Terrorherrschaft wurden mindestens 55 Millionen Menschen getötet. Millionen Juden wurden durch Rassenwahn, Rassismus ermordet. Hunderttausende Kommunisten, Partisanen, Gewerkschafter, Roma, Sinti und Andersdenkende wurden ermordet. Und 25 Millionen Zivilisten und Soldaten der Sowjetunion wurden ermordet und zwar durch Antikommunismus. Die meisten von ihnen, etwa 16 bis 18 Millionen Sowjetbürger, starben nicht im Kampf, sondern wurden auf grausame Weise auf besetztem Gebiet getötet. Zurück zu Breendonk. „Die SS bindet ihre Handschellen an ein Seil und zieht es mit Hilfe einer Rolle nach oben, so daß nur die Zehenspitzen den Boden berühren. Peitschenhiebe prasseln nieder. Mira schreit, aber spricht nicht“, schreibt Vander Velpen. „Die SS zieht am Seil, bis der Körper von Mira hängt. Ihr ganzes Gewicht ruht auf ihren Handgelenken. Blut läuft ihr den Hals hinunter. Für einen Moment wird sie ohnmächtig. Wenn sie das Bewußtsein wiedererlangt, beginnt alles wieder von vorn.“ Mira, eine der wenigen Frauen in Breendonk, war im Widerstand. Sie arbeitete für die Rote Kapelle. Miras Folter begann mit Worten. Mit Reden von Politikern, die Gruppen von Menschen stigmatisiert haben, die sich gegen Juden richtete, genauso wie ihre Nachkommen sich jetzt gegen Muslime richten. Es begann mit Ehrungen durch uniformierte Faschisten, die Gewalt legitimierten, gegenüber denjenigen, die sie für minderwertig hielten und gegen diejenigen, die anders dachten: gegen Gewerkschafter, Marxisten und Sozialisten.

Alles fing mit Geld an, mit viel Geld, von Großindustriellen wie Krupp und Thyssen, die die rote Gefahr bekämpfen wollten.

Worte. Sie sind wichtig. Deshalb erinnern wir uns. Mira sagt uns: Widerstand beginnt damit, nicht zu akzeptieren. Durch die Verweigerung der Normalisierung. Durch Infragestellung. Damit beginnt der Widerstand. Der von Mira und der von allen anderen: Von den über 5000 Kommunisten unseres Landes, die deportiert wurden, kehrten mehr als 2000 nicht zurück. Sie zahlten den höchsten Preis, für die Freiheit von uns allen. Mira ist die rote Blume des Liedes Bella Ciao: „È questo il fiore del partigiano, morto per la libertà.“

Am 8. Mai 1945 fanden Terror, Folter, Erniedrigung und Deportation ohne Rückkehr durch die Gestapo ein Ende. „Wir werden das Tageslicht steigen lassen. Uns die Freude! Auf uns, die Liebe!“ schrieb der französische kommunistische Schriftsteller Paul Vaillant-Couturier.

Einfache Jungen wie der Schneider Arnold Brucker, einfache Mädchen wie die Sekretärin Mira besiegten den Faschismus. Partisanen und Widerstandskämpfer, Jugendliche, die sich in ganz Europa gegen die Besatzungstruppen erhoben, Soldaten der Roten Armee, Kanadier, Briten, Franzosen und Amerikaner.

Ganz normale Jungen und Mädchen. Sie besiegten den Faschismus. Wenn wir gemeinsam den Faschismus besiegen, können wir zusammen eine andere Welt schaffen. Was vor dem Krieg unmöglich schien, konnte durch den Widerstand erzwungen werden. In unserem Land wäre die Sozialversicherung ohne die Résistance während des Krieges nicht möglich gewesen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde aus dem Sieg über den Faschismus geboren. Am 8. Mai 1945 kam der Wind der Veränderung durch die Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus in Indonesien, Syrien, Jordanien, den Philippinen, Indien, Pakistan, Burma, Sri Lanka, Palästina und vielen anderen Ländern. Der Sieg über den Faschismus entlarvte den „biologischen Rassismus“ als eine kriminelle Doktrin weißer Überlegenheit, die zu Gewalt und Unterdrückung führt. Dies ist der Geist des 8. Mai 1945. Heute scheint dies eine Selbstverständlichkeit zu sein. Aber es ist nicht selbstverständlich. Und es wird nicht als selbstverständlich hingenommen werden, wenn wir nicht weiterkämpfen.

Dem Faschismus und der Barbarei gehen Worte voraus. Worte von salonfähigen Menschen in maßgeschneiderten Anzügen. Dem Faschismus und der Barbarei gehen das Schweigen voraus. Das Schweigen von Menschen, die ihre Augen viel zu lange geschlossen haben. Dem Widerstand und der Befreiung geht die Weigerung voraus zu akzeptieren, wegzuschauen und zu schweigen.

Hört auf den kleinen Schneider Brucker, der den Henker von Breendonk auslacht.

Wider das Vergessen

Als vor 75 Jahren der 2. Weltkrieg am 8. Mai in Europa sein Ende fand, waren die Völker der am Krieg beteiligten Länder überglücklich und voller Hoffnung auf eine friedliche Zukunft unserer Welt. Doch Deutschlands Herrschende fühlten die Schmach des Verlierers. Wieder, wie schon 1918, war der Traum vom Größenwahn geplatzt.

Zu einem ersten Fakt des Vergessens: Die deutschen Kriegsherren hatten den sinnlosen Kampf nach dem Tod ihres obersten Befehlshabers, Adolf Hitler, weitergeführt und so starben noch in den letzten Wochen des Krieges überdurchschnittlich viele Soldaten an den Fronten. Überdies fügte der Krieg der Volkswirtschaft der Sowjetunion einen Schaden zu, der zusammen mit den Rüstungsausgaben und den Verlusten in den besetzten Gebieten zwei Billionen 569 Milliarden Rubel ausmachte. So gab es nach dem Krieg keine Möglichkeiten für einen sowjetischen „Marshallplan“ zum Aufbau der DDR als „Schaufenster“ des Sozialismus.

Zu einem zweiten Fakt des Vergessens: Es war die erklärte Absicht Hitlers, gegen die Sowjetunion einen „Krieg ohne Regeln“ zu führen. Am 22. Juni 1941 begann ein Vernichtungskrieg, der mit einer unglaublichen Grausamkeit geführt wurde. Schon am 3. Januar 1941 hatte Hitler vor den Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte betont, daß die Besonderheit des Krieges gegen Sowjetrußland in dessen völligem Gegensatz zu einem regelgerechten Krieg im Westen und Norden bestünde und daß der Kampf gegen den „Bolschewismus“ eine totale Zerstörung und Vernichtung der UdSSR als Staat zum Ziele habe. Bereits am 18. Dezember 1940 erteilte Hitler die Weisung Nr. 21 zum Unternehmen „Barbarossa“ für den Krieg gegen die Sowjetunion. Darin heißt es: „Die Deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben.“ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum Stalin den ihm vorgelegten Warnungen vor Hitlers Absicht nicht vertraute. Selbst am 22. Juni fragte er seine obersten Heerführer noch, ob der Überfall nicht doch eine Provokation sei. Es folgte ein opferreicher Kampf bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945, als die Wehrmacht die Waffen streckte und Deutschland in Trümmern lag. Die faschistische Propaganda prägte die Angst vor den „Russen“, doch wie hätte der Osten Deutschlands ausgesehen, wenn die Rote Armee auch einen Vernichtungskrieg geführt hätte?

Die Sowjetunion erklärte den 9. Mai zum „Tag des Sieges“ und feierte ihn am 24. Juni

1945 mit einer großen Militärparade. Doch es war noch kein Frieden in der Welt.

Zu einem dritten Fakt des Vergessens: Oft gerät die Beteiligung der UdSSR am Krieg im Fernen Osten aus dem Blickfeld. Dabei hatte die Rote Armee schon die Hauptlast des Krieges in Europa getragen. In 24 Tagen, vom 9. August bis Anfang September 1945, standen drei Fronten auf einer Breite von fast 5000 Kilometern in China gegen Japan. Mit über 1,5 Million Mann wurde die Zusage Stalins in Teheran erfüllt und die japanische Kwantung-Armee zerschlagen. 594 000 Ja-



Siegesparade am 24. Juni 1945 in Moskau

paner, darunter 148 Generale, gingen in Gefangenschaft. Damit war der 2. Weltkrieg endgültig beendet. „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten, Ihr Helden der Sowjetunion!“ Der Krieg hinterließ ein furchtbares Trauma bei den Überlebenden, nicht nur einer Generation.

Valentin Falin schrieb: „Der 22. Juni hat sich im Gedächtnis des sowjetischen Volkes fest eingepreßt. Das Jahr 41 selbst ist zu einem Inbegriff geworden. Anders konnte es kaum kommen, nachdem jede Minute, jede Stunde, jeder Tag zu einer Art Countdown für das eigene Schicksal und das Los aller wurde, die einem lieb und teuer waren.“

Zu einem vierten Fakt des Vergessens. Angesichts des im Namen des deutschen Faschismus geführten Krieges ist es eine Ungeheuerlichkeit, wenn heute versucht wird, die Geschichte umzuschreiben. Das entspringt einem System, das den Vernichtungskrieg bis heute nie als Schuld empfunden hat. Oft sind es nur kleine Nuancen, die davon zeugen. Da wird die Landung der alliierten Truppen in der Normandie zum Wendepunkt des Krieges. In der März-Ausgabe der „Militärzeitschrift“ wird behauptet, Shukow hätte als Generalstabschef den Überfall auf Deutschland geplant. Ja, es wird versucht, der Sowjetunion eine Mitschuld am Krieg zu geben. Doch Hitlers Weisung Nr. 21 von 1940 spricht eine deutliche Sprache. Was General Guderian in seinen „Erinnerungen“ schreibt, ist für die Diener des Staates BRD

in den ersten Jahrzehnten in Verwaltung, Armee, Polizei, Justiz, Geheimdienst und Politik symptomatisch und hat sich bis heute erhalten: „Nichts wird das Innere meiner Seele ändern, und ich werde meinen geraden Weg gehen und tun, was ich für nützlich und ehrenvoll halte. Das Buch soll meinen Dank an unsere teuren Toten und an meine alten Soldaten sein und ihren Ruhm der Vergessenheit entreißen. Euch, meine alten Soldaten, gilt mein letztes Wort. Richtet Euch auf, meine Kameraden, und tragt den Kopf hoch, wie einst zur Parade! Ihr braucht Euch Eurer Taten wahrlich nicht zu schämen. Ihr

wart die besten Soldaten.“ Kein Wort des Bedauerns, der Verantwortung, Schuld oder Entschuldigung, es bleiben nur die „verlorenen Siege“, für die allein Hitler verantwortlich sein soll. Das war die Grundhaltung für die Rechtslastigkeit der Diener des Staates BRD nach 1945. Hitlers Eliten, die Banken und die Großindustrie, verstärkt durch den staatlich verordneten Antikommunismus, lebten in der Idylle der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung“ weiter. Angefangen bei Globke und Kiesinger, bis in die Amtsstuben der Gemeinden hatte der alte Geist überlebt. Mit dem Antikommunismus wurden Wahlen gewonnen.

1990 wollte man uns weismachen, die Bundeswehr hätte kein Feindbild, dabei wurden die Führungskräfte der Bundeswehr bei ihrer Aufstellung nach dem Kriterium der „Osterfahrung“ ausgesucht und Adenauer sprach von der „Befreiung der Ostzone“.

Nicht allein durch die Rechtsnachfolge Nazi-Deutschlands, sondern auch mit massiver Unterstützung der Westmächte ist man bis in die Gegenwart auf dem rechten Auge blind. US-Generale wie Patton bremsten die Entnazifizierung, wo sie nur konnten, weil sie überzeugt waren, nur so die Deutschen gewonnen zu haben, mit den USA gegen die Sowjetunion zu marschieren. Die Generation der Landsmannschaften, Kriegervereine und Veteranen der Waffen-SS, die sich nach 1945 zu einem Traditionsverband – der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) – zusammenschlossen, hatten bis in die 70er Jahre erheblichen Einfluß im Netzwerk der Soldaten- und Traditionsverbände, aber auch intensive Kontakte zu den Parteien der Bundesrepublik. Sie alle haben ihre Nachkommen gefördert, die sich ab 1990 auch im Osten ausbreiteten. Die Führer der AfD kommen alle aus dieser Gesellschaft im Westen.

Kämpfen wir wider das Vergessen! Ich bin mit dem Schweizer Jean Ziegler einverstanden, der sagte: „Der Kapitalismus muß zerstört werden, bevor er uns und den Planeten zerstört.“

Oberst a. D. Horst Nörenberg
Potsdam

Die Linke und die Gewalt

Beinahe wäre der Parteivorsitzende der Linken wegen seiner scherzhaften Belehrung „Wir erschießen sie nicht, wir setzten sie schon für nützliche Arbeit ein“ auf einer Strategiekonferenz seiner Partei gestürzt worden. Zuvor hatte eine Konferenzteilnehmerin in einem entdeckten Papiertiger in ihrer Partei die Meinung dergestalt geäußert, daß auch „nach ’ner Revolution ... wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben ... immer noch“ eine Klimawende anstehe und „wir (deshalb) von dieser Metaebene runterkommen“ müssen. Von dieser „unverzeihlichen Äußerung“ des Parteivorsitzenden distanzierte sich die Parteispitze reflexartig mit Ausnahme von Ulla Jelpke, die gelassen und souverän kurzerhand formulierte: „In einer überspitzten Äußerung einer Genossin, die sich so über Revolutionsfantasien einiger Linker lustig machen wollte, kann ich keinen Erschießungsskandal erkennen.“

Die Linksjugend sekundierte: „Im Gegensatz zur EU schießen wir auf niemand.“

Dies schien dem Chefideologen Michael Brie nicht zu passen. Er sah sich genötigt, eine Notiz aus aktuellem Anlaß im ND vom 11. März zu platzieren.

Abgesehen davon, daß er Sandra L. etwas unterstellte, was sie weder gesagt noch gemeint hat, kommt er unter Bezugnahme auf historische Erfahrungen von Extinction Rebellion ebenfalls zu der Erkenntnis, daß „Gewalt gegen die Träger des Systems“ der sichere Weg sei, jede wirkliche radikale Veränderung auf Jahrzehnte hinaus zu delegitimieren und unmöglich zu machen. Im ND vom 13. März wird in einem Leserbrief Brie

für die klaren Worte gedankt und zugleich die gesamte DDR-Geschichte als Beweis für die Richtigkeit dieser Erkenntnis ins Feld geführt.

Was sollte grundsätzlich dazu gesagt werden?

1. Linke, die auf dem Boden des Marxismus stehen, lehnen individuellen Terror ab. In der Partei Die Linke gibt es keine Plattform oder Strömung, die im Ansatz individuellen Terror das Wort redet. Die Mainstreammedien und führende Politiker anderer bürgerlicher Parteien glauben in dieser mißglückten Äußerung den Beweis entdeckt zu haben, daß Linke niemals von der Gewalt, von Mord, Klassenmord usw. lassen können. Die Linke ist schlecht beraten, über dieses Stöckchen zu springen.
2. In der DDR und SED wurde aus praktischer und theoretischer Überzeugung individueller Terror als Mittel der proletarischen Revolution entschieden abgelehnt. DDR und SED haben auch nicht die Aktionen der RAF unterstützt. RAF-Terroristen wurden erst dann Aufnahme in die DDR gewährt, als sie sich vom individuellen Terrorismus distanziert und glaubhaft versicherten, diesen in keiner Weise mehr zu fördern und ein bürgerliches, straffreies Leben zu führen.
3. Der Linken hilft es auch nicht, wenn sich Prominente von einer sozialen Revolution, ob mit oder ohne Gewalt, kategorisch verabschieden. Die Linke sollte es mit Engels halten: „An die Stelle des absterbenden Wirklichen tritt eine neue,

lebensfähige Wirklichkeit – friedlich, wenn das Alte verständlich genug ist, ohne Sträuben mit dem Tode abzugehen, gewaltsam, wenn es sich gegen die Notwendigkeit sperrt“ (MEW Bd. 21, S. 266).

Es liegt also ganz bei den Herrschenden, ob die unweigerlich kommende soziale Revolution mit oder ohne Gewalt abgehen wird. Mithin können sowohl die Herrschenden als auch die Beherrschten von den Klassikern lernen.

4. Und im Übrigen: Wenn die Linke aus dem ND-Beitrag Michael Bries „Die Linke und die Gewalt“ die Konsequenz zöge, die die Leserbriefschreiberin gezogen hat, daß nämlich jede Gewalt gegen Träger des Systems jede wirklich notwendige grundsätzliche Veränderung delegitimiere, dann wäre im Nachhinein auch das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ein illegitimer, diskreditierter Tötungsversuch. Dafür hätte wohl der legendäre BRD-Generalstaatsanwalt Fritz Bauer kein Verständnis.

Das von ihm entwickelte Widerstandsrecht, wonach dieses erwache, wenn der Rechtsstaat seine Funktionen nicht mehr imstande ist auszuüben und Menschenrechte nicht mehr gewahrt werden, sollte nach wie vor in der Linken unbedingt eine konsensfähige humanistische Position bleiben.

Das Problem der Gewalt in der menschlichen Geschichte ist also etwas historischer, dialektischer und materialistischer anzugehen, als man es aus gegebenem Anlaß von den meisten Spitzenfunktionären der Linken glaubt angehen zu müssen.

Dr. Hans-Jürgen Joseph, Berlin

Was zu Corona noch zu sagen ist

Die Corona-Pandemie zeigt uns deutlich, was der Menschheit blüht, wenn sie so wie bisher im neoliberalen Mischmasch weiter agiert. Nach 1990 jubelte der Westen über die beginnende Globalisierung. Sie fabulierten über das Ende der Geschichte.

Man bekleckerte sich damals überschäumend mit den Weisheiten des Westens:

- alles wächst zusammen
- keine Grenzen mehr
- unendliche Freizügigkeit
- unüberschaubare Wirtschaftsräume zum Wohle der Menschen
- Wohlstand für alle nach dem „american way of life“
- keine Kriege mehr

Vernünftig denkende Menschen, die ihren wachen Verstand noch nicht verloren haben, fragen nun, was daraus nach 30 Jahren eigentliche wurde? Und was wurde daraus?

Nach 1990 gab es zunächst erst einmal wieder Krieg in Europa, den der „freiheitliche“ Westen ungeachtet der UNO begann. Jugoslawien wurde vom Westen zerbombt, worin die US-Amerikaner ja Erfahrung und Übung hatten.

Ob völkerrechtlich gedeckt oder nicht spielte für die „Freiheits- und Friedenskämpfer“ aus Nordamerika niemals eine Rolle. Der Westen zündelte und brachte offiziell oder geheimdienstlich gesteuert Kriege in Irak, Libyen und Syrien zum Ausbruch. Die Deutschen mit ihrer Mädchenschulbauenden „Friedensbundeswehr“ halfen und helfen kräftig mit. Die USA setzten sich in Europa noch mehr fest, als sie es bisher schon waren. Was haben sie in Europa überhaupt zu suchen?

Den in den USA geschulten Politikern, Bankern und Konzernlenkern Westeuropas lehrte man, wie man sich nach amerikanischem Vorbild in Europa zu bewegen hat. Man fragt sich, woher eine solche vasallenähnliche Unterwürfigkeit eigentlich kommt. Diese sogenannten Eliten haben sich in völlige Abhängigkeit der USA begeben, aus der sie sich aus ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht mehr zu befreien vermögen.

Nun erscheint ein Virus, dessen Ursprung unklar ist und viele Spekulationen zuläßt. Plötzlich kommt das gesellschaftliche Leben

im globalem Maßstab zum Erliegen und erzwingt das, was Washington bereits seit Jahren der Welt vorexerziert – „Amerika first“. Nun wird die transatlantische Vasallentreue im Zusammenhang mit der höfischen Mitmache bei den Sanktionen gegen Rußland einer Prüfung unterzogen und durch die Pandemie noch verstärkt. Die USA denken zuerst an sich, was in der Europäischen Union derzeit seine Nachahmer findet. Länder wie Griechenland, Italien, Spanien fühlen sich allein gelassen. Immer deutlicher wird, wie zerbrechlich die EU eigentlich ist, wenn es um politische und ökonomische Interessen geht. Ein wirklich solidarischer Miteinander gibt es im Kapitalismus, in dem der Profit als Gipfel des Erreichenden an der Spitze steht, nun mal nicht. Dagegen leisten die „Feindstaaten“ Rußland, China und Kuba weltweit uneigennützig Hilfe. Für die nimmermüden Verteidiger von Demokratie und Menschenrechte muß das ja so etwas wie ein Schuß ins Knie sein. Angerichtig erklärt man, diese Hilfe sei ein Angriff des Ostens auf die Freiheit des Westens.

Reiner Neubert, Berlin

Zeitenwende? Wie ein Virus die Welt verändern könnte

Zurück zu welcher Normalität?

Das höchste Wesen der Evolution, der mit einem komplexen Denkapparat ausgestattete Mensch, ist nicht in der Lage, ein menschenwürdiges Leben für alle Erdenbürger zu gestalten und zu gewährleisten. Ein Virus hingegen scheint zumindest etwas in Bewegung zu bringen, zeigt die Grenzen des globalisierten geldgeilen Wahns einer Konsum- und Vergnügungsgesellschaft. Statt dies als Chance zu begreifen, schließt die Europäische Union jedoch Grenzen, schottet sich ab, überlässt Flüchtlinge ihrem Schicksal und debattiert national engstirnig. Wo sind die Stimmen, die angesichts der die Existenz der Menschheit bedrohenden Krise Fragen aufwerfen, in welchem Gesellschaftssystem wir eigentlich leben und wie wir leben möchten?

Das todbringende Virus schlägt diesmal gnadenlos in den Zentren des Wohlstandes zu. Als Coronas „Brüder und Schwester“ in vergangenen Jahren und Jahrzehnten in den ärmsten Ländern der Welt wüteten, hat es die westliche „Wertegemeinschaft“ kaum erschüttert. Nun ist jedoch deren Wirtschaft, deren Vergnügungssucht, deren Lebensstil bedroht. Und mahnt zum Nachdenken über die bis dato gewohnte Lebensweise im Norden auf Kosten der Menschen im globalen Süden.

Die Lehren aus der Pandemie können nur sein: Schluß mit der Herrschaft des Finanzkapitals und seiner Spekulanten. Schluß mit der Schöpfung von Geld und Reichtum ohne Arbeit. Schluß mit der Ansammlung von gigantischem Reichtum bei wenigen und gigantischer Armut bei den vielen weltweit. Schluß mit der Herstellung billiger Lebensmittel und Konsumwaren in den ärmsten Ländern unter menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Schluß mit unnötigem, unvernünftigem Transport von Waren und Menschen rund um den Globus zu Lande, zu Wasser und in der Luft; vielmehr Besinnung auf eigene Ressourcen und Fähigkeiten. Schluß mit einer außer Rand und Band geratenen Konsumgesellschaft, die entbehrliche, oft nutzlose Produkte offeriert und Massen zu überpreuerten „Kultur“- und Sport-Events auf Straßen, in Hallen und Stadien rund um den Globus treibt. Schluß mit der dem Profit unterworfenen Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen, Wohnungswesen und anderen sozialen Diensten, des öffentlichen Verkehrs, der Energieversorgung, von Bildung, Kultur und Sport. Rückführung in staatliches und kommunales Eigentum, um die Daseinsfürsorge der Bevölkerung zu sichern und nicht Profitgeiern zu überlassen. Eine Krankenschwester äußerte jüngst im Internet bitter: „Euren Beifall von den Balkonen könnt ihr euch sonst wohin stecken, sorgt endlich dafür, daß im Gesundheitswesen die Sparorgien und die Profitwirtschaft aufhören!“

Gewiss, diese Forderungen sind im Herrschaftssystem des Kapitals auch nicht ansatzweise zu realisieren. Und natürlich ist es ein Gebot der Stunde, jetzt alle Kräfte auf die Bewältigung der Gesundheitskrise zu konzentrieren. Aber warum wird „nur“ ein Virus

bekämpft, das die reichen Staaten und deren Wirtschaft befällt? Nach offiziellen Angaben sterben jährlich 9 Millionen Menschen an Hunger, 1,4 Millionen an Tuberkulose, eine halbe Million an Malaria. 300 bis 500 Millionen sind an Malaria erkrankt, 1,3 bis 1,4 Millionen an Cholera. Gegen all diese Krankheiten gibt es Medikamente, warum werden sie nicht eingesetzt?

Zur Zeit gibt es auf fünf Kontinenten 31 bewaffnete Konflikte. Dabei kommen jährlich 150 000 bis 200 000 Menschen zu Tode. Gigantische Flüchtlingsströme sind die Folge. Ende 2018 hat es auf der Erde 70,8 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Asylbewerber gegeben. Doch die „Wertegemeinschaft“ EU ist nicht einmal in der Lage, alleinstehende Kinder aus Elendslagern zu befreien. Zur Finanzierung der Kriegshandlungen wurden 2018 weltweit rund 1,82 Billionen US-Dollar ausgegeben. Hilfsorganisationen zur Erhaltung von Menschenleben müssen um Almosen betteln. Covid-19 hat immerhin zeitweilige Waffenruhe in Jemen, Kolumbien, Libyen, Sudan, Syrien und der Ukraine erzwungen. Die Chance, die Krise zu nutzen für eine generelle Ächtung von Kriegen sollte nicht ungenutzt bleiben. Statt weiter aufzurüsten, wie just von der deutschen „Verteidigungsministerin“ mit dem Kauf neuer atomar bestückbarer Kampfflugzeuge geplant, sollte sich die Staatengemeinschaft auf die weltweite Bekämpfung von Armut fokussieren.

Die Coronakrise legt die Unmenschlichkeit des Systems offen. Dem ist nicht mit Appellen an Menschlichkeit und Solidarität zu begegnen. Eine Debatte über einen neuen Gesellschaftsansatz, der das Überleben der Menschheit in Würde gewährleistet, ist zwingend notwendig. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron – bestimmt kein Linker – wandte sich an sein Volk mit den Worten: „Liebe Landsleute, morgen werden wir die Zeit haben, um Lehren aus dem Augenblick zu ziehen, den wir durchleben, um das Entwicklungsmodell zu erörtern, das unsere Welt seit Jahrzehnten gewählt hat und das seine Mängel ans Tageslicht bringt ... Diese Pandemie offenbart, daß es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze bleiben müssen.“

Deutschlands Staatsoberhaupt, Frank-Walter Steinmeier, und die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, fabulieren von Menschlichkeit, Solidarität und Zusammengehörigkeit. Während die Wirtschaft und deren Interessenvertreter lautstark eine „Rückkehr zur Normalität“ fordern. Zu welcher Normalität? Diese Frage müßten die Linken aufwerfen. Doch sie scheinen sich in einer Art Schockstarre zu befinden. Man hört von ihnen wenig – und wenn sie sich melden, haben sie nur Pflasterchen anzubieten. Dabei könnten sie auf viele junge Mitstreiter zählen. Die Jugend will kein „Weiter so“.

Eine – bis heute leider ausstehende – tiefgründige Analyse des realen Sozialismus würde offenbaren, daß dieses – nicht fehlerfreie – System zweifelsfrei einen richtigen Ansatz hatte. Er bestand darin, daß erstmalig in der

Geschichte der Menschheit die Mehrheit nicht mehr arbeiten mußte, um den Reichtum weniger zu mehren. „Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen“, hieß es im Artikel 2 der DDR-Verfassung.

Als ein Grund für die Niederlage des realen Sozialismus wird immer wieder angeführt, daß es ihm nicht gelungen sei, die kapitalistischen Industriestaaten auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität zu überholen. Ist das der Kernpunkt? Immer größerer Massenkonsum und immer weniger Arbeit – nichts anderes bedeutet letztlich Arbeitsproduktivität. Grenzenloser Konsum gefährdet unsere Umwelt. Arbeitslosigkeit – die durch Corona nicht nur in den USA, auch in Europa auf über zehn Millionen anwächst – greift die Würde des Menschen an. Aufrechter Gang und Arbeit führten zur Menschwerdung des Affen, schrieb Friedrich Engels. Arbeitslosigkeit, Müßiggang, so könnte man überspitzt sagen, führt zurück zur Affenwerdung des Menschen. Arbeit ist nicht lediglich Broterwerb, sondern auch wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung.

Der Sozialismus erstrebte friedliches und solidarisches Miteinander zwischen Menschen und Völkern, selbstverständliche Unterstützung der Schwachen durch die Starken. Sozialismus verhiess das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, auf kostenfreie Gesundheitsversorgung und Bildung. Natürlich wäre dazu auch ein hohes Niveau der Arbeitsproduktivität nötig gewesen. Auch sozialistische Wohltaten kommen nicht aus dem Nichts. Und Fakt bleibt: Wesentliche Reserven wurden im realen Sozialismus nicht genutzt – national durch unzureichende Interessiertheit und international durch einen ineffektiven Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das einstige Pendant zur EWG, der (westlichen) Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Wenn die sozialistischen Ideale so edel waren, warum ging dieses System dann so krachend unter? Weil dem Volk fälschlicherweise das unrealistische, die Umwelt und damit die Existenzgrundlagen der Menschheit bedrohende Ziel des Überholens des Kapitalismus in Konsumtion und Produktivität vermittelt wurde. Daß dieses Versprechen unerfüllbar war, spürte das Volk zunehmend, doch die politische Führung hatte weder den Verstand noch den Mut, es offen kundzutun. Eine ehrliche und offene gesellschaftliche Aussprache hat nie stattgefunden. Das Volk wurde zum Erfüllungsgehilfen von Parteibeschlüssen degradiert. Es fühlte sich nicht ernst genommen, die Widersprüche verschärfen sich, die Bürger gingen auf die Straße: „Wir sind das Volk!“ Was ist daraus zu lernen? „Die Enkel fechten's besser aus“, hieß es nach der Niederlage des Großen Deutschen Bauernkriegs von 1525 – und wurde oft in der DDR zitiert. Was und wie sollen die Enkel es besser ausfechten? Warum haben es die Großeltern nicht geschafft? Welche grundsätzlichen Schlüsse sind zu ziehen? Wenn die Enkel es besser austragen sollen, müssen sie zunächst verstehen, daß Sozialismus – oder wie auch immer man die neue,

menschlichere, gerechtere Gesellschaft nennen möchte – nicht ein verbesserter Kapitalismus sein kann, sondern eine völlig andere Gesellschaftsordnung. Daniela Dahn schrieb in dieser Zeitung: „Die Zweitrangigkeit von Geld war unser Kapital“ Für die heutige Generation ist diese Aussage nur schwer verständlich, ist sie doch in einem System geboren und aufgewachsen, in dem sich alles, aber wirklich auch alles, nur ums Geld dreht.

Weltweit hat sich ein Geldvermögen von 170 Billionen Dollar angesammelt, in Deutschland 6,3 Billionen Euro – in wenigen Händen. Die sogenannten Staatsschulden, „Schulden“ des Staates gegenüber Spekulanten und Profitgeiern, betragen weltweit circa 53 Billionen Dollar und in Deutschland 1,9 Billionen Euro. Fast alle Staaten dieser Erde – voran die reichsten, darunter die USA und Japan – sind beim Privatkapital verschuldet. Und lassen dieses weiter hemmungslos agieren, während die Bürger zu immer mehr sozialen Einschränkungen gezwungen werden. Und dies auch in Zeiten der Pandemie. Weniger als ein Drittel des Privatkapitals würde benötigt, um soziales Elend

zu beseitigen. Schluß mit dem scheinheiligen Gejammer über neu aufgenommene Staatsschulden zur Eindämmung von Corona. Stattdessen sollte die Idee von führenden Personen von SPD und Linkspartei realisiert werden, Multimillionäre und Milliardäre mit einer „Corona-Abgabe“ zur Kasse zu bitten. Die herrschende Politik geht den üblichen Weg: neue Schulden bei diesen „Herrschaften“ zu machen und diese dann auf die Bevölkerungen abzuwälzen – sprich: den Reichtum der 0,1 Prozent der Welt zu mehren. Es kann nicht sein, daß 42 Menschen genauso viel Vermögen besitzen wie 3,7 Milliarden der Ärmsten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zugunsten der Flüchtlinge und Ausgebombten einen Lastenausgleich als Sonderabgabe. Überfällig ist nunmehr, daß Großaktionäre und Gesellschafter, die sich über Jahrzehnte durch die Arbeit des Volkes und die Ausplünderung der Natur bereichert haben, etwas von ihrem Reichtum abgeben, korrekter: zurückzahlen. Letztlich sollte die Profitwirtschaft überwunden werden. Dazu bedarf es der Vergesellschaftung der Reichtümer eines jeden Landes, die

Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln zur persönlichen Bereicherung. Grund und Boden, Felder, Wälder, Seen, große Industrie, Finanzinstitute, Wohnraum, soziale Leistungen, Gesundheitswesen, Bildung dürfen nicht Objekte privater Bereicherung und Spekulation sein.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie in vielen Landesverfassungen ist fixiert, daß Eigentum dem Allgemeinwohl zu dienen habe. Bei Verstößen kann enteignet werden. Umgesetzt oder gar eingeklagt wurde dieses Verfassungsrecht bisher nie. In der DDR war Volkseigentum in der Verfassung verankert und wurde auch umgesetzt, in der kleinen Privatwirtschaft und im Handel gar zu konsequent.

Der Sozialismus hat eine Niederlage erlitten, ist aber nicht für alle Zeit gescheitert. Der Kapitalismus ist offenkundig am Ende, die Niederlage muß ihm noch beigebracht werden.

Klaus Blessing / Uli Jeschke

Aus dem ND vom 24. April 2020, redaktionell gekürzt

Corona-Virus: Die perfekte Katastrophe des katastrophalen Kapitalismus

Die aktuelle Pandemie des Corona-Virus bietet eine einheitliche Chance, um unseres Art und Weise zu überdenken, wie wir unser gemeinsames Haus gestalten; wie wir produzieren, konsumieren und mit der Natur umgehen wollen. Es ist die Stunde gekommen, um die Tugenden der kapitalistischen Ordnung zu erörtern: Grenzenlose Akkumulation, Konkurrenzkampf, Individualismus, Konsumverhalten, Verschwendung, Gleichgültigkeit gegenüber der Not von Millionen Menschen, Einschränkung des Staates, Verherrlichung der Wallstreet-Losung „Geiz ist geil“. Das Alles hält uns heute in Schach. So darf es aber nicht weitergehen.

Was uns heute retten kann, sind nicht die Privatunternehmen, sondern der Staat mit seiner generellen Gesundheitspolitik, die immer durch das System des „freien“ Marktes attackiert wird, die aber die Tugend eines neuen Modell sein muß, in der die soziale Solidarität, die Mitverantwortlichkeit und das Mitgefühl von vielen und von mir, dem Bürger, verteidigt werden.

Der Erste, der die Dringlichkeit dieser Veränderung erkannte, war der neoliberale und aus der Finanzwelt kommende französische Präsident E. Macron. Er sagte sehr eindeutig: „Liebe Landleute, morgen werden wir die Zeit haben, um Lehren aus dem Moment zu ziehen, den wir durchleben; um das Entwicklungsmodell zu erörtern, das unsere Welt seit Jahrzehnten gewählt hat und das seine Mängel ans Tageslicht bringt; um die

Schwächen unserer Demokratien zu diskutieren. Diese Pandemie offenbart, daß die kostenlose Gesundheitsversorgung ohne Einkommensbedingungen, früheren Personalstand oder Beruf und unser sozialer Wohlfahrtsstaat nicht Kosten und Lasten, sondern wertvolle Güter und unabdingbare Wohltaten sind, wenn das Schicksal an die Türe klopft. Diese Pandemie offenbart, daß es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktsetze bleiben müssen.“ Hier zeigt sich die Erkenntnis, daß eine reine Marktwirtschaft, die alles vermarktet, und ihr politischer Ausdruck, der Neoliberalismus, schädlich für die Gesellschaft und für die Zukunft des Lebens sind. Noch vernichtender war die Journalistin Naomi Klein, eine der scharfsinnigsten Kritikerinnen des Weltsystems, in ihrem Urteil. Es dient als Titel dieses Artikels: „Das perfekte Unheil des unheilvollen Kapitalismus.“

Diese Pandemie erzeugte den Kollaps des Wertemarktes, des Herzens dieses spekulativen, individualistischen und lebensbedrohenden Systems, wie Papst Franziskus sagte. Dieses System verletzt das universellste Gesetz des Kosmos, der Natur und der Menschheit: Die Verflechtung aller mit allen. Kein Sein existiert, viel weniger wir Menschen, als eine von allem Anderen isolierte Insel. Mehr noch: wenn wir nicht anerkennen, daß wir Teil der Natur sind und daß die Erde uns nicht gehört, damit wir sie ausbeuten, wie es uns gefällt, dann werden wir zu Erde.

In der Vision der besten Raumfahrer und Astronauten, die die Einheit unserer Erde und der Menschheit sehen, sind wir der Teil der Erde, der fühlt, denkt, liebt, aufpaßt und sie verehrt. Weltweit wird Raubbau an der Natur und an der Erde betreiben. Damit zerstören wir uns selbst. Damit setzen wir uns den Reaktionen und den Strafen aus, die uns die Erde auferlegen wird. Sie ist eine großzügige Erde, aber sie kann aufbegehren und uns einen verheerenden Virus schicken.

Ich stelle die These auf, daß diese Pandemie nicht mit immer unerläßlichen ökonomischen und Heilmitteln bekämpft werden kann. Es erfordert ein anderes Verhältnis zur Natur und zur Erde. Wenn wir, nachdem die Krise vorbei ist, nicht die notwendigen Veränderungen herbeiführen, dann könnte das nächste Mal das letzte sein. Wir verwandelten uns bereits in erbitterte Gegner der Erde und es könnte sein, daß sie uns dann nicht mehr hier will.

In seinem Bericht erklärte der Professor Neil Ferguson vom Imperial-College Londons: „Das ist der gefährlichste Virus seit der Grippe H1N1 von 1918. Wenn es keine Antwort gibt, dann könnten die USA 3,2 Millionen Tote und Großbritannien 510000 Tote haben.“

Diese Erklärung reichte aus, damit Trump und Johnson sofort ihre Positionen änderten. In Brasilien machte das dem Präsidenten nichts aus. Er bezeichnete das als „Hysterie“. Ein Reporter der Deutschen Welle sagte dazu: „Er

agiert kriminell. Brasilien wird von einem Psychopaten regiert und das Land tut gut daran, ihn so schnell wie möglich auszuschalten. Es gibt viele Gründe dafür.“ Das Parlament und das Oberste Gericht müssten das aus Liebe zum Volk unverzüglich tun.

Die Hyperinformation und die Aufrufe aller Medien reichen nicht aus. Sie bewegen uns nicht zum Wechsel des erforderlichen Verhaltens. Wir müssen die wahrnehmbare und freundliche Vernunft wachrütteln. Wir müssen die Gleichgültigkeit überwinden und im Herzen den Schmerz der anderen fühlen. Niemand ist immun gegen den Virus. Reiche und Arme müssen solidarisch miteinander sein. Wir müssen persönlich auf uns und auf den anderen achten. Wir müssen kollektive Verantwortung auf uns nehmen. Es gibt keinen Hafen der Rettung. Entweder benehmen wir

uns menschlich, gleichgestellt im gemeinsamen Haus oder wir gehen alle unter.

Die Frauen haben wie nie zuvor in der Geschichte eine besondere Mission: Sie kennen das Leben und den erforderlichen Schutz. Sie können uns helfen, unser Mitgefühl für den anderen und für uns selbst wachzurütteln. Ihnen und den Mitarbeitern des Gesundheitswesens, Ärzten und Krankenschwestern gehört unsere grenzenlose Unterstützung. Behüten wir den, der uns behütet, um das Übel dieses schlimmen Ansturms auf das menschliche Leben zu verringern.

Von Leonardo Boff,

veröffentlicht bei TeleSUR am 22. März 2020

Übersetzung: Wolfgang Herrmann, Dreesch

Leonardo Boff, geboren am 14. Dezember 1938 in Concordia, Santa Catarina, ist ein

brasilianischer katholischer Theologe. Mit Frei Betto, einem brasilianischen Dominikanerpriester gehört er zu den Hauptvertretern der Befreiungstheologie. Beide versuchen, ihre Kirche auf die Verteidigung der Menschenrechte für die Armen zu verpflichten.

Frei Betto traf in Nicaragua 1980 zum ersten Mal Fidel Castro und sprach mit ihm über die Basisgemeinden Mittel- und Südamerikas und über das Verhältnis von Kirche, Theologie und Revolution. Im Mai 1985 unterhielten sie sich in Havanna an vier Tagen insgesamt 23 Stunden lang. Dabei hoben sie die Notwendigkeit einer strategischen Allianz von Marxisten und Christen hervor. Leonardo Boff, schloss sich dieser Auffassung an. (W.H.)

Aufklärung ist vonnöten!

Wilhelm Rettler hat einen Text „Traktat über Logik und Sprache – Logik für Kommunisten“ verfaßt, der für Leser des RF sehr hilf- und aufschlußreich sein könnte.

Dem Autor geht es um Aufklärung darüber, wie man allgegenwärtige sprachliche und logische Manipulationen erkennen und sie entlarven kann. Er bezieht sich auf Hans Heinz Holz, der forderte: „Die Kommunisten müssen auf äußerste Genauigkeit bei der Anwendung der Begriffe achten.“ Schon Friedrich Engels rügte im Vorwort zur dritten Auflage des ersten Bandes des Kapitals die sinnverdrehenden Wörter „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ (MEW, Bd. 23, S. 33 f.), deren gedankenloser Gebrauch heute leider – nicht zuletzt dank der deutschen Sozialdemokratie – gang und gäbe ist. Daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht imstande ist, ihre eigenen objektiven Interessen zu erkennen, führt Wilhelm Rettner auch auf die allumfassende Sprachmanipulation zurück, die zu Trugschlüssen führte. Dem müßte mit Aufklärung begegnet werden.

Zunächst werden Begriff, Definition und Ausdruck behandelt. Der Autor weist nachdrücklich darauf hin, daß das Wort „Begriff“ kein Synonym für Wort/Ausdruck, sondern für ein Gedankengebilde steht, was für die Autoren in der DDR eine Selbstverständlichkeit war,

heute jedoch grundsätzlich bis in höchste Kreise falsch gemacht wird und Trugschlüsse, insbesondere die Begriffsvertauschung, zur

mit dem Denken ihrer Begriffe Probleme haben, wie „Proletariat“ oder „Imperialismus“. Beschönigende Wörter, die sogenannten

Euphemismen, werden gerne bei der Kriegspropaganda eingesetzt, wie „Verteidigungsministerium“, „Friedensmissionen“, „Kollateralschaden“, „Verantwortung übernehmen“. Beispielhaft ist darauf hinzuweisen, daß die imperialistischen und völkerrechtswidrigen Aggressionskriege der USA, wie die gegen das vietnamesische, das afghanische und das irakische Volk, verharmlosend auf geographische Bezeichnungen reduziert werden, z.B. „Vietnamkrieg“. Wer da gegen wen Krieg geführt hat, kann dem Wort nicht entnommen werden. So wird die Verantwortung für diese Kriege bewußt verdeckt. Die Konterrevolution in der DDR wird heute von den Propagandasöldnern der Herrschenden beschönigend und sinnverdrehend als eine „Wende“ bezeichnet. Dieser Ausdruck wird inzwischen auch von vielen Linken übernommen.

Die Broschüre von Wilhelm Rettler füllt eine Lücke und gehört in die Hand aller, die sich mit ideologischem Klassenkampf auseinandersetzen möchten.

Dr. Matin Baraki



Grafik: Thomas Kruse

Folge hat, zu der es immer kommt, wenn unter einem sprachlichen Ausdruck mit mehreren Gedankengebilden (Begriffen) operiert wird. Zu den Sprachmanipulationen gehören die beschönigenden, herabsetzenden und sinnverdrehenden Wörter sowie das Phänomen, daß die herrschende Klasse bestimmte Wörter aus dem allgemeinen Sprachgebrauch entfernt, mit dem Ergebnis, daß die Menschen

Wilhelm Rettler, *Traktat über Logik und Sprache – Logik für Kommunisten*, Kömmt Verlag, Wittenberg 2018, 68 Seiten. Preis nach Aufhebung der Buchpreisbindung 3,- Euro, Bestellungen an whrettler@web.de

Dünne Luft

Das rechte Lager Brasiliens spaltet sich

Wegen seines gemeingefährlichen Umgangs mit der Corona-Pandemie und Amtsmissbrauchs zur Vertuschung krimineller Machenschaften seines Familienclans gerät Brasiliens ultrarechter Staatschef Jair Bolsonaro immer weiter unter Druck. Die Alliierten gegen die linke Arbeiterpartei (PT) vom Parlamentsputsch gegen Dilma Rousseff 2016 sind längst untereinander zerstritten. Bolsonaro, mittlerweile parteilos, hat sich nicht nur mit den sogenannten Sozialliberalen (PSL) überworfen, auf deren Ticket er 2018 kandidierte. Deren Fraktion im Unterhaus hat sich gespalten, nachdem sich die Hälfte der Abgeordneten nicht dem Diktat des Bolsonaro-Familienclans unterwerfen wollte. Das Regierungslager besitzt im zersplitterten Parlament keine eigene Mehrheit, sondern muß mit dem Block des „großen Zentrums“ und den verschiedenen Interessengruppen dort von Fall zu Fall schachern.

Die Coronakrise hat diese Gräben weiter vertieft. Der Gouverneur des Bundesstaates São Paulo von der großbürgerlichen PSDB, João Doria – Anwärter auf eine Kandidatur bei den kommenden Präsidentschaftswahlen –, profilierte sich mit einer Eindämmungspolitik. Die zynische Ignoranz, mit der Brasiliens Staatschef die Ausbreitung von Covid-19 im Land als Petitesse abtut, und das von ihm in der Exekutive gestiftete Chaos haben Bolsonaro Anhänger gekostet und seine Position empfindlich geschwächt. Die Seuche bedroht besonders die etwa elf Millionen Bewohner der Favelas, die unter oft beengten Wohnverhältnissen und prekären sanitären Bedingungen leben müssen. Gar nicht zu reden von Hunderttausenden in den völlig überfüllten Gefängnissen. Für die vor allem im Amazonasgebiet lebenden indigenen Völker ist das Virus eine weitere existentielle Gefahr. Die Abholzung der Regenwälder dort hat in Bolsonaros Brasilien rasant zugenommen. Mit dem Zerstörungswerk von Holzfällern, Viehzüchtern, Minenbetreibern und Goldsuchern dringen auch Krankheiten in die indigenen Gebiete vor.

Auf dem Tisch von Parlamentspräsident Rodrigo Maia von den konservativen Demokraten (DEM) liegen seit Monaten mehrere Anträge zur Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Faschisten. Noch Mitte Mai hatte es Maia mit einer Eröffnung keineswegs eilig – ein taktisches Abwarten, kein Freundschaftsdienst. Das Verhältnis der beiden Politiker ist angespannt. Bolsonaro wirft dem Chef des Unterhauses vor, seine Regierung, deren Projekte im Parlament immer wieder hängen bleiben, ökonomisch destabilisieren zu wollen. Eines der vielen Ablenkungsmanöver des ideologischen Geisterfahrers vom eigenen Totalversagen.

Maia kann warten, denn er weiß, daß die Zeit für ihn arbeitet, der Kopf des Mannes an der Spitze des Staates mächtig wackelt. Schließlich war am 24. April Justizminister Sergio Moro, ein wichtiges Aushängeschild

der Bolsonaro-Regierung, als Reaktion auf die Entlassung des Chefs der Bundespolizei Mauricio Valeixo zurückgetreten und hatte den Fehdehandschuh geworfen. Moro sagte gegen seinen bisherigen Chef aus und das Oberste Gericht leitete umgehend ein Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten ein. Moro wirft Bolsonaro vor, sich in die Polizeiarbeit eingemischt zu haben, um an interne Informationen zu gelangen und um politische



Parlamentpräsident Rodrigo Maia

Verbündete und seine Familie vor dem Arm der Justiz zu schützen. Auf den Straßen gingen jetzt Bolsonaristas und Moro-Anhänger aufeinander los.

Die Schlinge um den Bolsonaro und seinen Clan zieht sich Stück für Stück zu: Sohn Carlos, Stadtrat von Rio de Janeiro, steht im Mittelpunkt des Fake-News-Skandals. Er dirigiert die Haß-Kampagnen in den sozialen Netzwerken gegen alle, die sich Bolsonaro in den Weg stellen. Diese Methoden trugen bereits zum vorher von den meisten für unmöglich gehaltenen Wahlerfolg von Jair Bolsonaro 2018 wesentlich bei. Jairs Sprößling Flávio ist erst recht ein schlimmer Finger. Als Abgeordneter des Parlaments von Rio de Janeiro unterschlug der heutige Senator zum einen Teile der Gehälter seiner Angestellten. Vor allem aber war er in lukrative Immobiliendeals und in Geldwäsche für Rios paramilitärische Milizen verstrickt, die auch am Waffen- und Drogenhandel verdienen. Die mit den Bolsonaros verbandelte Verbrecherorganisation war in den Mord an Rios Stadträtin Marielle Franco von der linken Partei PSOL und ihrem Fahrer Anderson Gomes im März 2018 involviert. Flávios damalige „rechte Hand“ Fabrício Queiroz ist ein alter Freund des Präsidenten und war auch eng mit Adriano da Nóbrega, dem Chef einer Gang von Auftragsmördern. Als Zeuge fällt Nóbrega leider aus: Im vergangenen Februar wurde „Hauptmann Adriano“ bei seiner Festnahme erschossen. Der nun von Bolsonaro neu ernannte Polizeichef Rolando de Souza tauschte in einer seiner ersten Amtshandlungen den Direktor der Bundespolizei in Rio de Janeiro aus.

Moro will sich nun reinwaschen. Dabei hat den früheren Parlamentskasper Bolsonaro

erst zu dem gemacht, der er heute ist. Der damalige Richter manipulierte gemeinsam mit den Anklägern der Antikorruptionsbehörde Lava Jato die Prozesse gegen den früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (2003–2010) von der Arbeiterpartei (PT). US-Stellen schauten Moro dabei über die Schulter. Lula landete für mehr als 19 Monate im Gefängnis und durfte als Favorit nicht zu den Präsidentschaftswahlen 2018 antreten. Erst im November vergangenen Jahres kam Lula frei. Das Ministeramt für Moro war eine Belohnung für dessen Verrat am eigenen Land und an der Demokratie. Eine Berufung an den Obersten Gerichtshof stand eigentlich auch noch auf Moros Wunschzettel. Aber es könnte nun auch auf etwas Größeres hinauslaufen.

Wohin sich die Waage der Justitia neigt, hängt von der politischen Konjunktur, dem Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Krise und den Machtkämpfen der Eliten im Hintergrund ab. Sollte gegen Bolsonaro tatsächlich Anklage erhoben werden und der von ihm eingesetzte Generalstaatsanwalt Augusto Aras – ein politischer Opportunist – mitspielen, würde sich das vom Impeachment gegen Rousseff bekannte Prozedere wiederholen. Nur wären diesmal echte Verbrechen zu ahnden. Zwei Drittel der Abgeordneten des Unterhauses müßten der Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens zustimmen. In diesem Fall würde Bolsonaro für 180 Tage suspendiert werden und sein Vize Hamilton Mourão bis zum Abschluß des Prozesses übernehmen. Der General – ein Reaktionsär mit Umgangsformen – und etliche weitere in die Exekutive aufgerückte Militärs könnten damit sicher leben.

Sich über ihre Taktik zunächst nicht einig, stellen nun auch Brasiliens Linkskräfte geschlossen und deutlich die Forderung, Bolsonaro aus dem Amt zu entfernen. Lula da Silva warf seinem, Maßnahmen gegen eine Ausbreitung des neuartigen Coronavirus offenen sabotierenden Nachfolger vor, einen „Genozid“ zu verursachen. Wegen Angriffen „auf die Demokratie, demokratische Institutionen und das brasilianische Volk“, so Lula, müsse Bolsonaro des Amtes enthoben werden.

Peter Steiniger

Liebe

Dietlinde Wellner

der Vorstand und die Redaktion gratulieren Dir von Herzen zum 70. Geburtstag am 4. Juni.

Wir bedanken uns für Dein großes Engagement bei der ständigen Aktualisierung und Pflege der Webpräsenz unserer Zeitschrift und des „RotFuchs“-Fördervereins. Es ist uns wichtig, Dich in unserem Arbeitskollektiv zu haben.

Kampf der Giganten um die neue Beute in der Arktis

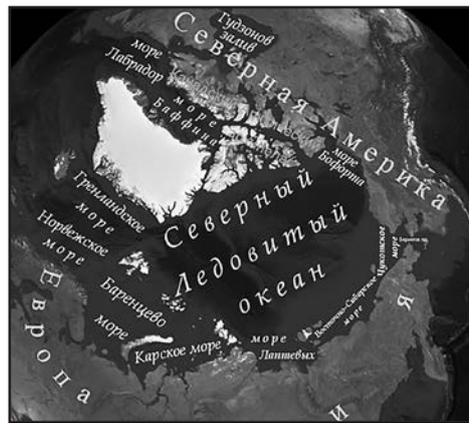
Nach dem Ende der Sowjetunion begann ein Kampf um die Rohstoffe des kaspischen Raumes, zu denen das internationale Kapital über sechzig Jahre keinen Zugang hatte. Als erste meldeten die USA ihre Ansprüche an. Wir erinnern uns, daß die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright während einer Reise nach Mittelasien und in den Kaukasus die gesamte Region als Interessensphäre der Vereinigten Staaten deklariert hatte. Dem stand jedoch ein sich aus den größten Energiekonzernen der kapitalistischen Länder gebildetes Konsortium gegenüber, nach dem man die Rohstoffe gemeinsam auszubeuten gedachte. Ohne diese Spielregel wäre es möglicherweise zu einem Krieg gekommen. Nun haben wir es mit einer ähnlichen Situation in der nördlichsten Spitze des Globus zu tun.

In der Arktis wurden durch den Klimawandel eisfreie Schifffahrtsrouten ermöglicht und damit Zugänge zu den dort lagernden riesigen Vorkommen an Öl, Gas, Uran, Seltenen Erden, Nickel, Gold und vieles mehr geschaffen. Die VR China, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten bringen sich gegenwärtig entsprechend in Stellung.

In der Regel tagte der 1996 gegründete Arktische Rat hinter verschlossenen Türen. Da sich aber der „Wind gedreht“ hat, lud US-Außenminister Mike Pompeo im Mai 2019 während eines Raststreffens in Finnland zu einer separaten Veranstaltung. In seinem Vortrag: „America’s Arctic Focus“ sah er die Zeit für gekommen, der internationalen Gemeinschaft die Position der USA auf die Polarregion in aggressiven Tönen zu verkünden: „Hiermit gibt Amerika bekannt, daß es sich künftig stärker auf die Arktis und deren Zukunft konzentrieren wird. Unter Präsident Trump werden wir unsere diplomatische und militärische Präsenz in der Region ausbauen. Auch als Antwort auf die destabilisierenden Aktivitäten Rußlands werden wir mehr Manöver abhalten, unsere Stützpunkte verstärken, die Eisbrecher-Flotte unserer Marine ausbauen, den Küstenschutz verstärken und einen neuen Beauftragten für Arktis-Sicherheitsfragen in unseren Streitkräften schaffen.“ Das klingt nicht nach einem neuen kalten Krieg, sondern eher nach einem robusten Umgang, um nicht zu sagen, nach heißer Kriegs-Rhetorik. Pompeo verwandelte den Arktischen Rat, dessen Sinn die Verständigung war, zu einer Arena der Demonstration der Stärke mit militärischen Komponenten. Er machte in seiner Rede deutlich, daß sich die USA im Kampf um Rohstoffe auch militärische Vorteile verschaffen wolle.

China versteht sich seit dem 2018 veröffentlichten „Weißbuch Außenpolitik“ als einen „Near Arctic State“, einen „Nah-Anrainer“ der Arktis. Die Volksrepublik liegt ca. 8 000 Kilometer weit von dort entfernt. Ihr Botschafter in Island, Jin Zhijian, begründete die Position seines Landes wie folgt: „China ist einer der Staaten auf dem asiatischen Kontinent, die dem Polarkreis am nächsten liegen. Das erklärt, warum wir uns einen Nah-Anrainer nennen. Und es spiegelt unser Interesse an

der Arktis wider – angesichts all der Veränderungen, die hier vor sich gehen.“ Die VR China beabsichtigt, wie die anderen Mächte auch, Zugriff auf die Bodenschätze zu haben. Der chinesische Energieminister war bereits dreimal in Grönland. Ein chinesisch-australisches Konsortium arbeitet dort am Abbau von Seltenen Erden und Uran. Außerdem hat China bereits angeboten, im südgrönländischen Narsaq einen Überseehafen zu bauen. Auch in Island haben die Chinesen ein ähnliches Projekt in Angriff genommen. Selbstredend stößt chinesisches Engagement



Die Arktis auf einem russischen Satellitenbild

in der Arktis-Region auf Widerstand. Als Peking vor zehn Jahren den Grönländern anbot, ihre Flughäfen auszubauen, intervenierte die US-Administration beim dänischen Verbündeten. Die Vereinigten Staaten zeigten sich über das wachsende Engagement der VR China dort beunruhigt. Ihr Außenminister erklärte am Rande der letzten Sitzung des Arktischen Rates, „Nah-Anrainer“ der Arktis gebe es für ihn nicht. „Es gibt nur Arktis-Anrainer und Nicht-Anrainer. Wenn China nun eine dritte Kategorie beansprucht, dann berechtigt es sie zu rein gar nichts. Chinesische Investitionen, sofern sie transparent sind, sind willkommen. Aber wie so oft ist China dabei, wichtige Infrastrukturprojekte mit chinesischem Knowhow, chinesischem Geld und chinesischen Arbeitern allein deshalb aufzubauen, um damit eine dauerhafte, am Ende sicherheitspolitisch relevante Präsenz in der Arktis zu etablieren.“

Chinas Botschafter in Island Jin widersprach dem Vorwurf des US-Chefdiplomaten, sein Land habe in der Region nichts zu suchen, relativ gelassen: „Einige US-Vertreter haben eine große Sache aus der Tatsache gemacht, daß wir uns hier in der Region engagieren. Unsere Position bleibt aber: Diese Region geht nicht nur die arktischen Länder etwas an.“

Die Russische Föderation sieht in einer Ausweitung der NATO eine reale Bedrohung seiner Sicherheit. Das Land besitzt mit Abstand die längste arktische Grenze der Anrainerstaaten und leitet daraus zurecht auch Besitzansprüche auf einen Großteil des Festlandssockels in der Barentssee ab. Anfang März 2020 unterzeichnete Staatspräsident Putin die „Nationale Arktis-Strategie“ seines

Landes, die bis zum Jahr 2035 gelten soll. Demzufolge soll die Ausbeutung der Rohstoffe in der russischen Arktis-Region beginnen. Die russische Regierung stützt sich auf dem völkerrechtlichen Anspruch mit der im Jahr 1982 verabschiedeten UN-Seerechtskonvention, die von mehr als 150 Staaten ratifiziert wurde. Nach diesem Abkommen können Staaten vor ihrer Küste eine Wirtschaftszone beanspruchen, die bis zu 200 Seemeilen, also 370 Kilometer, breit ist – und dort auch über die Ausbeutung von Rohstoffen im Meeresboden bestimmen. Dank ihrer großen Eisbrecher-Flotte ist es der russischen Regierung gelungen, ihre bestehenden Militärposten in der Arktis in stand zu setzen. Als regelrechte Machtdemonstration fand 2018 die größte NATO-Übung seit Ende des kalten Krieges entlang der russischen Grenze im Norden Norwegens statt. Und im März 2020 startete die NATO erneut im Norden Norwegens das Manöver mit 16 000 Soldaten aus zehn NATO-Staaten.

Die USA investieren mit allen Mitteln in den Machtkampf um die Arktis. Das viel belächelte Kaufangebot des US-Präsidenten Donald Trump für Grönland Mitte 2019 kann man als einen Teil dieser Aufholjagd verstehen. Auf Island wollen die Vereinigten Staaten eine 2009 geschlossene Militärbasis wieder reaktivieren. Demonstrativ war 2018 mit der „USS Harry S. Truman“ erstmals seit 30 Jahren ein US-Flugzeugträger in die Arktis geschickt worden. Außenminister Pompeo fordert die westlichen Verbündeten in der Arktis auf, zusammenzustehen: „Wir stehen einer neuen Ära in der Arktis gegenüber. Es ist die Zeit für [...] mehr Mut gekommen.“ Als Verbündete versteht Pompeo unter anderem Norwegen, Schweden und Dänemark, obwohl sie nicht alle Mitglieder der NATO sind.

Die kleineren Staaten sind über das immer aggressivere Auftreten der Großmächte sehr besorgt. Schweden erhöht seine Verteidigungsausgaben von einem auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Norwegen verlegte ein zusätzliches Bataillon von 400 Soldaten nahe der russischen Grenze und stationierte neue F-35 Kampfflugzeuge nördlich des Polarkreises.

Daß China als „Nah-Anrainer“ Ansprüche in der Arktis anmeldet, bekümmert den isländischen Außenminister Gudlaugur Thordarson nicht weniger als die Machtansprüche der anderen beiden Großmächte Rußland und USA. Doch ihm bleibt nicht mehr, als an die Konkurrenten zu appellieren: „Wenn wir die Arktis als eine Zone mit niedrigen politischen Spannungen erhalten wollen, dann ist es wichtig, daß sich alle an die Regeln und internationale Verträge halten. Dann sehe ich keine Probleme. Bricht aber jemand, egal wer, dieses bestehende Übereinkommen, dann stehen wir in der Tat vor Herausforderungen,“ sagte Islands Außenminister, der derzeit dem Arktischen Rat leitet.

Um des Friedens willen wäre es angebracht, diesen Appell von Thordarson zu beherzigen und internationale Verträge zu respektieren.

Dr. Matin Baraki

1960: Als Jungdemokrat auf dem „Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands“ in Erfurt

Es war Donnerstag, der 14. April 1960, als ich zum ersten Mal den Boden der DDR betrat. Jetzt, 60 Jahre später, weiß ich, daß dieser Tag der Anfang eines Lebens war, das ich nie hätte missen wollen.

Ich war zu diesem Zeitpunkt Kreisvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, der Jugendorganisation der FDP im Kreis Plön. Wir hatten im Kreisvorstand beschlossen, Kontakt zur FDJ aufzunehmen. Damals standen wir erheblich unter dem Einfluß des anti-kommunistischen „Kuratoriums unteilbares Deutschland“, doch wir hatten die Parole „Macht das Tor auf!“ ernst genommen und wollten dazu beitragen, dieses Tor zu öffnen. Auf den Gedanken, daß diese Forderung nichts anderes war als Teil einer gegen die DDR gerichteten diffamierenden Kampagne, kamen wir damals nicht.

Ich hatte einige Wochen vorher ein Exemplar der Hamburger Zeitung der illegalen KPD „Blinkfuer“ in die Hand bekommen, in der zur Teilnahme am „Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands“ in Erfurt aufgerufen wurde. Kurz entschlossen hatten wir diesen Aufruf umgesetzt. Ein Freund und ich wollten daran teilnehmen. Es gab zwar verschiedene Versuche uns davon abzuhalten, glücklicherweise standen aber kurz vor Ostern keine Entscheidungsträger zur Verfügung, denen das vielleicht gelungen wäre.

So fuhren wir also. Ein Sonderzug, der gerammelt voll war mit jungen Menschen in unserem Alter, stand bereit.

Von Anfang an hörten wir vielen Gesprächen im Zug zu, ohne uns selbst zu beteiligen. Es war ja unsere erklärte Absicht, die Vorzüge unserer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ als die weitaus bessere Gesellschaftsordnung auf dem Kongreß zu vertreten. Schließlich waren wir liberale Demokraten und keine Sozialisten oder Kommunisten. Wir waren Facharbeiter und keine Arbeiter.

Die erste Überraschung erlebten wir an der Grenze. Auf BRD-Seite, bei den „Guten“ also, wurde der Zug stundenlang festgehalten. Beamte in der Uniform des Bundesgrenzschutzes kontrollierten jede Person, mindestens zwei junge Leute wurden an der Weiterfahrt gehindert.

Ich hatte das nicht erwartet und machte mich auf noch schlimmeres gefaßt, wenn wir erst in der DDR ankämen. Man hörte ja so viel von Repressalien und Unterdrückung, von den miesen Lebensverhältnissen gar nicht zu reden.

Aber es kam ganz anders. Der Zug hielt und wir wurden von Menschen in Uniform freundlich begrüßt, man wünschte uns eine gute Weiterfahrt und weiter ging's nach Erfurt.

Die Ankunft in Erfurt, die freundliche Begrüßung, die unerwartete Gastfreundschaft, die Massen von fröhlichen jungen Menschen waren dann aber überwältigend. Ich hatte ähnliches vorher nicht erlebt und hatte solches auf keinen Fall erwartet.

Die Ernsthaftigkeit, mit der in Gruppen und im Forum diskutiert wurde, die Begeisterung und Fröhlichkeit, die überall herrschte, waren unfassbar für uns. Wir wurden ziemlich still und unser Vorhaben, die Vorzüge der BRD zu vermitteln, hatte sich in Luft aufgelöst.



Ich erinnere mich, daß wir von den Diskussionen im Forum nur wenig mitbekamen. Wir haben versucht zwar, in Debatten zwar irgendwie mitzuhalten, aber wir waren bei diesen Diskussionen hoffnungslos unterlegen. Wir mußten feststellen, daß unser politisches Wissen, auf das wir bis dahin so stolz waren, in jeder Hinsicht rudimentär war. Alle unsere Gesprächspartner waren uns meilenweit überlegen. Mir wurde sehr schnell klar, daß wir in der BRD, insbesondere in Bezug auf das Leben in der DDR, mit gefilterten Informationen und mit bösartigen Lügen abgespeist und in der Jugendorganisation der FDP bewußt falsch informiert wurden.

Wir erkannten, daß unsere Vorstellungen von den Lebensverhältnissen in der DDR einer gründlichen Revision bedurften. Allein die Tatsache, daß wir stundenlang allein durch die Stadt streifen konnten, war für uns unfassbar.

Unvergesslich war der Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg. Man redete damals in der BRD nicht über die Zeit des Faschismus und schon gar nicht in der FDP. Entsprechend war auch das Wissen bei den Jungdemokraten praktisch nicht vorhanden. Ich selber wußte schon ein wenig mehr. Ein Onkel von mir, ein evangelischer Pastor, war mehrere Jahre im KZ. Aber darüber wurde in der Familie nicht geredet. Nur die Tatsache, daß ich bei seiner Frau, meiner Tante aufwuchs, hatte dazu geführt, daß ich überhaupt etwas Ahnung hatte. Doch das ganze Ausmaß der faschistischen Tötungsmaschinerie wurden mir erst in Buchenwald bewußt.

Das Treffen endete für uns mit einer Verabredung. Wir wollten uns wiedersehen und eine weitere gemeinsame Veranstaltung zwischen den Jungdemokraten Kreis Plön und der FDJ Neustrelitz organisieren. Diese Begegnung fand dann tatsächlich auch im Juni 1960 in Plön statt.

Was sich aber davor und danach abspielte, war ein Spießrutenlaufen.

Ich war damals noch Lehrling in einem kleinen Handwerksbetrieb. Als ich kurz nach Ostern in den Betrieb kam, wurde ich vom Meister in sein Büro beordert. Was mir eingefallen sei, in die Ostzone zu einem Treffen von Kommunisten zu fahren, die politische Polizei sei bei ihm gewesen, das würde ja auch auf seinen Betrieb zurückfallen. Und so weiter.

Es gab ziemlich unerfreuliche Gespräche mit dem Landesvorstand der Jungdemokraten und mit dem Kreisvorstand der FDP. Alle mit dem Ziel, Druck auszuüben.

Dies hielt uns aber nicht davon ab, die Veranstaltung mit der FDJ vorzubereiten.

Ein paar Wochen später fuhr ich nach Neustrelitz. Ich hatte eine Einladung zu einem Fest bekommen und ich wollte die Einladung zur Veranstaltung in Plön auch persönlich überbringen.

Die Fahrt wurde ein Abenteuer der besonderen Art.

Ich hatte den Zug, mit dem ich fahren wollte, verpaßt und wollte die Grenze in Lübeck-Schlutup zu Fuß überqueren, irgendwie würde sich dann schon eine Möglichkeit zur Weiterfahrt ergeben. Ich erreichte den Grenzposten auf BRD-Seite, zeigte meinen Ausweis vor und dachte, ich könnte jetzt weitergehen. Von wegen. Man bat mich sehr bestimmt in einen der Räume der Grenzstation und forderte mich ebenso bestimmt auf, meine Sachen auszuwickeln. Man sah die Einladung, telefonierte und sagte mir, daß es noch Dinge zu klären gäbe. Eine Stunde später erschienen zwei Leute in Zivil. Die haben mich dann einem intensiven Verhör unterzogen. Erst nach gut zwei Stunden hat man mich dann tatsächlich gehen lassen, auf das Staatsgebiet der DDR. Und wieder der Unterschied, dort wurde ich sehr freundlich empfangen. Natürlich wollte man wissen, was denn drüben los gewesen sei. Man habe schon beobachtet, daß irgendetwas im Gange war, der Besuch von Verfassungsschützern an der Grenze sei nicht alltäglich. Bis der Bus kam, mit dem ich nach Neustrelitz fahren konnte, hatte ich noch ein gutes Gespräch mit einem Grenzoffizier. Er fragte mich unter anderem, etwas amüsiert lächelnd, warum ich das Abzeichen „Macht das Tor auf!“ trage, das Tor sei doch offen. Bevor ich dann in den Bus stieg, habe ich das Abzeichen in den Mülleimer geworfen.

Das Treffen in Plön war die letzte Veranstaltung, die ich für die Jungdemokraten vorbereitet habe. Unmittelbar nach Beendigung bin ich bei den Jungdemokraten ausgetreten.

Wilfried Furian
Rostock

Jekaterinburg feierte den 150. Geburtstag von W. I. Lenin

Lenin lebte, Lenin lebt, Lenin wird leben!

Am 22. April kamen Hunderte Swerdlowsker Bürgern den ganzen Tag über auf den „Platz des Jahres 1905“, um das Andenken an Wladimir Iljitsch Lenin zu ehren.

Unsere Genossen legten unter Einhaltung der Distanz und aller vorgeschriebenen Normen Blumen am Denkmal der führenden Persönlichkeit des Weltproletariats nieder, das mitten im Zentrum von Jekaterinburg steht. In allen Städten des Gebietes Swerdlowsk wurden ebensolche Aktionen durchgeführt.

Und auch wenn die Quarantäne keine wirklich richtige, groß angelegte Feier zu Ehren des 150. Geburtstages Lenins erlaubte, so lebt doch in der Seele eines jeden Kommunisten das Gefühl eines echten Feiertages. Wladimir Iljitschs Vermächtnis und Verdienste sind unvergänglich, seine Werke sind immer noch Wegweiser für Millionen Menschen, ohne ihre Aktualität zu verlieren. Er ist ein bedeutender Mensch, und wir sind glücklich, Nachkommen der von Wladimir Iljitsch Lenin geschaffenen Geschichte zu sein!





Das war kein „normaler“ Krieg!

Die Geschichtsschreibung über die deutsche Aggression gegen die Sowjetunion darf nicht revidiert werden.

Der 8. Mai, 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, muß Anlaß sein, dem Kampf für Frieden in der Welt mehr Nachdruck zu verleihen. Das ist um so dringlicher, als sich Versuche häufen, Opfer und Täter in ein neues Licht zu stellen. Manche Behauptungen sind dabei ohne Sinn und Verstand. Sogar unser Staatsoberhaupt beteiligt sich an Deutungen, die einfach nur peinlich sind. Unter Hinweis auf eine der ukrainischen Fronten behauptet er mit ausdrücklicher Betonung, daß die Befreiung des KZs Auschwitz den ukrainischen Soldaten zu verdanken sei, obwohl sie von Marschall Iwan S. Konew, geboren in Moskau, geführt wurden. Steinmeiers Logik zufolge haben demnach in der belorussischen Front nur Weißrussen gekämpft. Ist zwar falsch, weil Nikolai Bersarin, 1904 in St. Petersburg geboren, die 5. Stoßarmee der Belorussischen Front befehligte, mit ihr 1945 das Brandenburger Tor erreichte, deshalb auch erster sowjetischer Stadtkommandant und nach seinem frühen Tod mit der Ehrenbürgerschaft von Berlin geehrt wurde. Diese wurde ihm zwar 1992 aberkannt (warum wohl?), aber seit 2003 ist er wieder Ehrenbürger. Seine Verdienste und seine Wertschätzung auch aus den Reihen der Christdemokraten konnte man letztlich doch nicht ignorieren. Schließlich noch die Leningrader Front unter Marschall Schukow, geboren in Rußland. Hat er die dem Hungertod geweihten Einwohner der Stadt eingesammelt, damit sie ihn auf seinem Vormarsch auf Berlin begleiten konnten?

Andernorts wird (fast noch schlimmer) erzählt, daß es US-amerikanische Soldaten waren, die Auschwitz befreit hätten. Den Vogel bei dieser Legendenbildung schoß die US-Botschafterin in Warschau Georgette Mosbacher ab. Im vergangenen Jahr verkündete sie, daß Hitler und Stalin 1939 gemeinsam verabredeten, den Zweiten Weltkrieg zu beginnen. Selbst in den Reihen derjenigen, die in Bildungsberufen tätig sind, ist das Wissen über den Krieg oft erschreckend gering. Sonst könnte aus dem Kreis der Pädagogen die ungeheuerliche Zahl von 27 Millionen Sowjetbürgern, die in Folge des deutschen Überfalls und der Besatzungspolitik umgekommen sind, nicht mit den Worten „aber es war doch nur ein normaler Krieg“ kommentiert werden. Die Toten also allesamt Opfer „normalen“ Kriegsgeschehens und der deutsch-sowjetische Krieg eine bloße bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, bei der es – leider – auch immer Tote gibt? Die Reichweite revisionistischer Geschichtsschreibung in Deutschland ist bedrohlich. Vor allem deshalb, weil gewissermaßen im Kielwasser derartiger Lügen Rußland erneut als Bedrohung empfunden werden soll, weil dem Staat zunehmend aggressives Vorgehen

unterstellt wird. So versuchte man das im Jubiläumsjahr geplante und vorläufig auf Eis gelegte Mega-Manöver der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Es stellt sich die Frage, ob „diejenigen in der NATO und in der EU, die für ein ‚Nie wieder Frieden mit Rußland‘ und ‚Faschismus war im Kampf gegen den Kommunismus legitim‘ stehen, auch bestimmenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik gewinnen“, so Arnold Schölzel. Der diesjährige 8. Mai ist – gerade auch, weil er unter eingeschränkten Aktivitäten stattfinden mußte – ein Anlaß für uns, ein weiteres Mal Vorgeschichte, Beginn und Ziele des Zweiten Weltkriegs etwas ausführlicher zu behandeln, um unseren Widerspruch gegen das verharmlosende „Es war doch nur ein normaler Krieg“ einzulegen.

Das geplante Jahrhundertverbrechen

Die Wehrmacht war nicht für einen „normalen“ Krieg, für die Landesverteidigung aufgebaut und ausgerüstet worden. Sie war das entscheidende Instrument der faschistischen Expansion. Sie war der Garant für die Ausnutzung und Neugliederung der besetzten Gebiete. Die Wehrmacht sollte Eroberungskriege zur Erringung der Herrschaft über den Kontinent und zur Schaffung eines riesigen Ostimperiums bis an den Ural und Mittelasien als Voraussetzung für den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt führen. Man plante, die unterworfenen Länder, vor allem die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und die besetzten Gebiete in der Sowjetunion extrem auszubeuten und nach politischer und „rassischer“ Säuberung sowie einer deutlichen Dezimierung der einheimischen Bevölkerung wirtschaftlich „neu zu ordnen“. Die Wehrmacht hatte an der bevölkerungspolitischen „Neuordnung“ mitzuwirken und war entscheidend dafür verantwortlich, daß die deutsche Herrschaft über diese Gebiete für die nächsten „tausend Jahre“ erhalten bleibt.

Wir wollen uns in diesem Beitrag nicht mit dem militärischen Verlauf des Kriegs beschäftigen. Uns geht es darum, der These von einem angeblich „normalen“ Krieg entgegenzutreten. Selbst der „Traditionerlaß“ für die Bundeswehr vom März 2018 mußte feststellen, daß die Wehrmacht dem NS-Unrechtsregime diene, „in dessen Verbrechen schuldhaft verstrickt war, die in ihrem Ausmaß, in ihrem Schrecken und im Grad ihrer staatlichen Organisation einzigartig in der Geschichte sind“. Dokumente belegen, daß lange vor dem Überfall die Ziele benannt wurden, deren Realisierung zu dem späteren Jahrhundertverbrechen an der sowjetischen Bevölkerung führte.

Nach Festlegung der militärischen Operationen beschäftigte sich die deutsche Führung vor allem mit den Fragen, wie der

„Riesenraum“, das „deutsche Indien“, wie das zu erobernde Ostimperium genannt wurde, politisch und rassisch „gesäubert“ sowie wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch neu zu ordnen wäre, um ihn mit Worten Hitlers „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten zu können. Zwei Ziele standen im Vordergrund: „Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen“, sei der Hauptgrund des Angriffs, heißt es in den wirtschaftlichen Richtlinien zur Besatzungspolitik vom 23. Mai 1941. Außerdem solle das anspruchsvolle fast vier Millionen Mann zählende Invasionsheer und ein voluminöser Besatzungsapparat „aus dem Lande“ versorgt werden. Im Klartext: der „Eigenverbrauch“ der sowjetischen Bevölkerung sollte drastisch reduziert bzw. in manchen Gebieten vollständig gestrichen werden, was in der zynischen Sprache der Faschisten zum „Absterben ... eines großen Teils der Menschen z. B. in Großstädten und in der gesamten Waldzone führen sollte. Das bekannteste Beispiel für die rigorose Durchsetzung der Hungerstrategie gegen die Bevölkerung war Leningrad. Das Drama um diese Stadt ist hinlänglich bekannt, weshalb wir uns eine nähere Schilderung ersparen. Hermann Göring nannte im November 1941 gegenüber dem italienischen Außenminister, Galeazzo Ciano die geplanten Todeszahlen. Noch 1941 „werden in Rußland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern“. Außerdem sollte die Menge der den Deutschen zur Verfügung stehenden Lebensmittel dadurch gesteigert werden, daß man „Ballastexistenzen“ und „unnütze Esser“ beseitigt. Dazu zählten Menschen mit körperlichen und geistigen Defekten. Auch der schon lange vor dem Krieg geplante Massenmord an Juden und Kommunisten sollte jenseits aller politischen und rassenpolitischen Motive der „Entspannung der Ernährungslage“ dienen. Von Anfang an zählte auch die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener dazu. Ihre „Behandlung“ hatte vor allem die Wehrmacht zu verantworten: Von den seit Juni 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen 5 734 528 Rotarmisten sind bis Anfang 1945 etwa 3 300 000, ungefähr 57 Prozent, vorwiegend durch Hunger, aber auch durch Erschießungen und Vergasungen umgekommen. Der millionenfache Mord an den gefangenen Soldaten der Roten Armee zählt neben der Judenvernichtung zu den schwersten Verbrechen der Deutschen an der sowjetischen Bevölkerung.

Verbrecherische Befehle – mörderischer Kriegsalltag

Mehrfach hat Hitler schon vor Kriegsbeginn bekräftigt, daß es sich beim Feldzug um einen weltanschaulichen Vernichtungskrieg

handele. Deshalb sollten in großem Umfang völkerrechtswidrige Mittel angewandt werden. bei dem bevorstehenden Kampf dürfe es „keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems“

daß die Nazis die jüdischen Sowjetbürger nicht nur zur „feindlichen Rasse“ erklärten, sondern auch zu den „Trägern des Bolschewismus“ rechneten. Der faschistischen Ideologie zufolge war der sowjetische

in der Vorbereitungszeit eins gemeinsam: jeder Widerstand müsse mit Massenterror und mit schrankenloser Gewalt verhindert werden. Und die Anordnungen enthielten immer auch den Zusatz, daß den Soldaten, Polizisten und SS-Männern für Handlungen gegen die Bevölkerung weitgehend Straffreiheit gewährt werde, was die Ausübung niedrigster Instinkte erleichterte.

Auf Grundlage der vor Beginn der Kampfhandlungen erlassenen Weisungen, unterstützt von ideologischer Indoktrination der Soldaten, gingen Wehrmacht, Polizei und SS vom ersten Tag des Überfalls an mit größter Brutalität gegen die sowjetische Bevölkerung vor. Der voraus geplante Massenterror war dabei auch als Mittel des Genozids an Juden, Slawen, Zigeunern sowie als Vernichtung von Behinderten angelegt. Besonders in der ersten Phase des Krieges wurden unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung von Wehrmacht und SS flächendeckende Zerstörungen vorgenommen und in großem Umfang Massenmorde an Zivilisten verübt, die der Ausmerzungen „unerwünschter“ Bevölkerungsteile und der Schaffung „menschverdünnter“ Zonen zur Gewinnung von freiem Land für die Ansiedlung von Siedlern „deutschen oder artverwandten Blutes“ dienen. Auf diesen Zusammenhang wies der damalige Generalstabschef der 4. Armee, Hans Röttiger, 1945 im Zusammenhang mit den alliierten Kriegsverbrecherprozessen hin. Er führte damals aus, „daß die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, ... die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen“. Röttiger wurde nach 1945 erster Inspekteur des Heeres in der Bundeswehr ...

Martin Seckendorf



Wehrmachtssoldaten am 16. Juli 1941 in einem brennenden sowjetischen Dorf

geben. Der Begriff „Träger“ wurde bewußt unklar gefaßt, er sollte in der „Praxis“ weit ausgelegt werden können. Nach Beginn des Überfalls fielen darunter nicht nur die Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Komsomol, sondern auch Gewerkschaftsfunktionäre sowie alle sogenannten staatsnahen Sowjetbürger von der Kindergärtnerin bis zum Minister, Angehörige der Intelligenz und leitendes Wirtschaftspersonal. Die damit ohnehin hohe Zahl von zur Ermordung vorgesehenen Menschen wurde dadurch erheblich gesteigert,

Kommunismus vom Judentum geprägt und personell von den Juden dominiert. Daher sei der Bolschewismus das Böse schlechthin. Jeder Jude galt als potentieller „Träger der feindlichen Einstellung“. Durch diese Verknüpfung, zu der noch die asiatischen Sowjetbürger sowie die Sinti und Roma kamen, war die Zahl der zu tötenden Menschen nach oben offen. Die Bezeichnung „jüdisch-bolschewistisch“ war in der „Praxis“ nach dem 22. Juni 1941 die übergreifende, jede Bestialität rechtfertigende Tötungsformel. Allen Anweisungen und Befehlen war schon

Ende und Anfang vor 75 Jahren ...

Es jährte sich zum 75. Mal die Befreiung des deutschen und sorbischen Volkes vom Hitler-Faschismus. Dieses Ereignis berührt das Leben vieler heute betagter Zeitgenossen, die die Schrecken der letzten Kriegsmomente im April/Mai 1945 noch fest im Gedächtnis verankert haben. Viele von ihnen haben in den Jahren nach Kriegsende immer mehr verinnerlicht, daß es nie wieder Faschismus und Krieg geben darf! Dafür wurde gearbeitet und auch gekämpft! Mehrere Generationen, bis zu den heute lebenden Kindern und jungen Leuten, kennen Faschismus und Krieg nur aus dem Hörensagen oder aus Film und Fernsehen. Wenn sie Glück hatten oder haben, dann vielleicht auch noch aus Erzählungen der Groß- oder Urgroßeltern. Weil das so schwierig heute ist, kamen wir als schreibender Verein in Sachsen (Autorenkreis „Lausitzer Almanach“ e. V.) auf die Idee, einen Aufruf an die ältere Generation zu starten. Wir baten um Zuschriften zur Veröffentlichung zum Thema „Spurensuche 1945 – die letzten Zeitzeugen!“ Die Resonanz war erstaunlich.

LAUSITZER ALMANACH

SONDERAUSGABE IV

Ma 1945 es ist Frieden!

zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus:
Das Kriegsende und der Neubeginn
„Spurensuche 1945 – die letzten Zeitzeugen“
(Berichte, Erinnerungen, Gedanken)

Entstanden ist ein gelungenes kulturhistorisches Werk der Oberlausitz und Ost Sachsens. Die Seiten werden gefüllt durch historische Darstellungen zum Kriegsende und Neubeginn 1945 und danach.

Zu erwähnen ist, daß bekannte Historiker und Publizisten an unserer Buchausgabe mitwirkten: Dr. Hans Brenner (Zschopau), Prof. Dr. Horst Schneider † (Dresden), Dipl.-Lehrer Heinz-Helmut Regensburger (Kamenz), Botschafter a. D. Dieter Philipp (Berlin), Dr. Gunter Kretzschmar (Elstra), Pädagoge Henning v. Wolffersdorff (Dresden), Dr. Dieter Rostowski (Kamenz), Prof. Dr. Dieter Rost (Kirschau), Dipl.-Phil. Dieter Reichelt (Berlin), Christian Philipp (Dresden), Dipl.-Ing. Christian Müller (Bischofswerda) und andere.

Bestelladresse: Autorenkreis „Lausitzer Almanach“ e. V. c/o Stadtverwaltung Kamenz, Markt 1, 01917 Kamenz; oder info@lausitzer-almanach.de; Preis: 13 €

Dr. phil. Dieter Rostowski
Kamenz

Als der Krieg nach Deutschland zurückkam

Es ist der 21. Januar 1945. Ein frostiger Sonntag im sechsten Kriegswinter. In der Woche zuvor hat es öfters geschneit. In Frankfurt/Oder, einer Stadt, deren Bewohner sich bis dahin relativ sicher fühlten, wächst die Unruhe. Denn an diesem Sonntag treffen die ersten Flüchtlinge aus Posen und Łódź ein, zwei polnische Großstädte, die seit 1939 von den Deutschen besetzt waren, aber jetzt von der Roten Armee befreit wurden. Die Weichsel-Oder-Operation, die die Rote Armee am 12. Januar noch aus weiter Entfernung begonnen hatte, kommt in schnellem Tempo voran. Wenige Wochen zuvor hatten deutsche Einheiten noch die polnische Hauptstadt Warschau zerstört. Jetzt sind die Sowjettruppen den Deutschen überlegen. Doch Adolf Hitler erteilt immer weitere Durchhaltebefehle.

Am 26. Januar wird Frankfurt zur Festungsstadt erklärt. Sie soll sich der Roten Armee entgegenstellen. Das Volkssturmbataillon 16/1 wird an den Ostwall bei Meseritz (heute Międzyrzecz) verlegt. Wenige Tage später ist es aufgerieben.

Am 15. Februar besucht Propagandaminister Joseph Goebbels noch einmal die Oderstadt. Vier Tage später wird die Eisenbahnbrücke über den Fluß von den Deutschen gesprengt. Bis Ende Februar fallen in Frankfurt 206 Soldaten, 905 sind verwundet, und 209 werden vermißt. Das alles geht aus einer Chronologie hervor, die der Viadrina-Mitarbeiter, Karl-Konrad Tschäpe, zahlreichen Quellen gefertigt hat.

Die Rote Armee legt nach ihrem enormen Geländegeinn eine mehrmonatige Pause an der Oder ein. Der Sturm auf Berlin soll erst im Frühjahr erfolgen. Während die Festung Frankfurt nicht in der Hauptkampflinie liegt, spielt sich nur 25 Kilometer weiter nördlich die blutigste Schlacht des Zweiten Weltkriegs auf deutschem Boden ab.

Am 16. April 1945 begann beiderseits der Reichsstraße 1 die erste Belorussische Front mit der „Berlin-Operation“. Sie ist als Schlacht um die Seelower Höhen in die Geschichte eingegangen. Über 33 000 sowjetische Soldaten, etwa 5000 polnische und mehr als 12000 deutsche starben in diesen Kämpfen. Der Schriftsteller Helmut Preißler erinnert: „Ich steh' auf der Seelower Höhe, um mich die Gräber, blicke hinunter auf die baumlose Ebene. 20 Kilometer breit ist das Tal. Da sind sie hineingestürzt in den Kugelregen, in die Salven der Artillerie. Achtmal Angriff, siebenmal liegengeblieben im Feuer, und über dreißigtausend Gefallene hinweg sind sie gestürzt ein achttes Mal.“

Beseelt von dem Willen, die Faschisten zu schlagen, besiegten sie unter dem Einsatz ihres Lebens das letzte Aufgebot des Hitler-Regimes. Daß dies zugleich die Rettung der Deutschen vor einem Leben in faschistischer Barbarei war, wird in den Diskussionen um die historische Bedeutung des 8. Mai 1945 häufig bestritten. Die Befreiungsaktion der Sowjetunion wird zerredet und geleugnet. Dazu Heinrich Böll: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder

der Befreiung bezeichnen.“ Sogar der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker anerkannte in seiner beeindruckenden Rede von 1985: „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Aber auch er gibt keine Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Faschismus, nach den Ursachen, die zu Krieg und Völkermord geführt haben.



Als die sowjetischen Truppen zum Sturm auf die Seelower Höhen antraten, hatte auch in Strausberg die letzte Stunde der faschistischen Herrschaft geschlagen. Die Geschichtsschreibung hält dazu fest: „Am Mittag des 20. April 1945 war Strausberg eine herrenlose Stadt. Es gab keine Stadtverwaltung mehr, keinen Militärkommandanten und auch keine Kampftruppen. Am Fahnenmast auf dem Rathaus wehte zu dieser Zeit schon die weiße Fahne, die Georg Kurtze auf eigenen Entschluß dort hißte. Nur einige hundert Bewohner waren zurückgeblieben und hatten sich in Kellern oder Gärten am Stadtrand verborgen. Um den Militärflugplatz am Nordostrand Strausbergs gab es dagegen am 20. April noch Kämpfe.“

Im raschen Vormarsch auf Berlin kamen die sowjetischen Truppen am 20./21. April nach Strausberg. Sie haben seine Bewohner nicht nur von den Faschisten befreit, sondern auch am Leben erhalten. Otto Langenbach, am 26. April als Bürgermeister eingesetzt: „Wenn die sowjetischen Truppen damals nicht geholfen hätten, wäre halb Strausberg verhungert. Die Sowjetarmee gab Mehl, Transportraum, Treibstoff und anderes, um das Notwendigste in der Versorgung zu gewährleisten.“

Was die Befreiung Strausbergs von der faschistischen Diktatur bedeutete, erkannten damals viele Einwohner noch nicht in vollem Maße. Die Erleichterung, den Krieg überstanden zu haben, war fast allen gemeinsam. Die Menschen mußten nicht mehr stunden- oder gar nächtelang in Luftschutzkellern zubringen und ständig in Angst vor Bombenangriffen leben. Die bewußten Antifaschisten sahen mit dem Ende der Naziherrschaft ein sehnlichst erwartetes Ziel erreicht. Sie konnten wieder offen reden und für menschenwürdige Zustände eintreten, ohne daß ihnen dafür

Verhaftung, Folter und KZ drohte. Aber die meisten der wenigen hundert verbliebenen Strausberger erlebten die Vorgänge eher mit gemischten Gefühlen. Viele fürchteten Vergeltung für die faschistischen Untaten. Die Rote Armee sorgte dafür, daß das Leben in Strausberg wieder in Gang kam. Die oberste und einzige Instanz für alle kommunalen Belange war zunächst der sowjetische Stadtkommandant. Bei ihm trafen sich (wahrscheinlich am 23.

und erneut am 25. April) einige Antifaschisten, die beauftragt wurden, einen neuen Magistrat zu bilden und die zivile Verwaltung der Stadt in die Hand zu nehmen. Für alle Entscheidungen waren sie dem Kommandanten gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Als Bürgermeister setzte der Kommandant (mit Wirkung vom 26. April den Kommunisten Otto Langenbach ein. Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Inangasetzung des Wasserwerkes. Ein Aggregat der Roten Armee lieferte anfangs gerade soviel Strom, daß die Pumpen einigermaßen in Gang zu halten waren. Ein anderes, sehr schwieriges Problem war die Versorgung der Bevölkerung und der großen Massen durchziehender ehemaliger Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln. Dabei war anfangs die Hilfe durch die Rote Armee die einzige Rettung. Auch daran sollte im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus erinnert werden.

Heinz Pocher
Strausberg

Am 19. Juni vollendet

Andreas Ebermann

das 75. Lebensjahr. Mit seinen großen politischen und Lebenserfahrungen leitet Andreas erfolgreich die Regionalgruppe Frankfurt/Oder und hat persönlichen Anteil daran, daß sich der „RotFuchs“ einen festen Platz im politischen Leben der Stadt erarbeiten konnte.

Allerherzlichste Glückwünsche,
lieber Andreas

Als Sozialisten und Kommunisten die Revolution begannen – Leipzig Knautkleeberg – Knauthain 1945

Aus dem Tagebuch von Max Gilbert

Von den Faschisten befreit und besetzt von der US Army

(...) Bis zum 2. Juli hielten die Amerikaner die Stadt besetzt. „Zu besonderer Freude, zu Jubel war kein Anlaß. Keine Stimmung da. Gut, Krieg und Nazispuk waren vorbei, aber was sollte nun geschehen? Deutschland hatte zum zweiten Male in diesem Jahrhundert einen Krieg verloren. Alles hing von den Siegermächten ab. Bedrückt von der bängigen Frage, was nun noch kommen würde an Not und Entbehrung, hatten wir noch kein Verständnis dafür, mitten in einem Ende aber auch vor einem neuen Anfang zu stehen. Das dauerte erst noch eine Weile, ehe den Siegern etwas uns Zumutbares einfiel und ehe auch den Überlebenden, uns also, eine Vorstellung kam, wie es nun in der Familie, der Straßengemeinschaft, im Betrieb weitergehen müsse. Denn noch war ja Krieg, wurde erbittert in Berlin und an den Fronten gekämpft. Aber das Ende war schon erkennbar.“ „Alle deutschen Streitkräfte haben am 8. und 9. Mai kapituliert. Deutschland ist wahrscheinlich für immer aus der Geschichte gestrichen. Wichtigste Tageserfordernis: Arbeit und Brot. Hauptnahrung: Kartoffeln, wenig Brot, noch weniger Fleisch und Fett. Leerlauf hält an. Beha (Aufzugswerk) hat geschlossen.“

„Was nun? Die Amis hatten es auch nicht eilig, daß es besser werde. Da fanden sich die Genossen zusammen, die der Partei und der Arbeiterklasse in der faschistischen Nacht die Treue gehalten hatten, zu ersten Besprechungen. Über 70 Genossen des Ortes waren durch die Zuchthäuser und KZ gegangen. Aber die Amerikaner untersagten jede politische Tätigkeit. Und noch einmal mußten wir in die Illegalität gehen.“

Zukunft mit der Sowjetunion

Aber eine große Veränderung stand noch bevor: ganz Sachsen, die Provinz Sachsen und Thüringen werden von der Roten Armee besetzt werden. „Diese Nachricht wird ganz allgemein, von allen Bevölkerungsschichten, mit Bangen und Angstgefühlen aufgenommen. Die Hetze der Nazis gegen den Bolschewismus wirkt sich nun aus. Manche Leute sehen sich schon nach Sibirien verschickt. Im Betrieb hatte ich es im Januar oder Februar schon ausgesprochen. Die Niederlage stand uns allen vor Augen, mindestens seit Stalingrad. Und die bange Frage: Was soll dann werden? Im Betrieb sagte ich zu einigen Kollegen, von denen ich annehmen konnte, daß sie nicht „pfeifen“ würden: „Bei einer Niederlage ist es besser, wenn die Russen ganz Deutschland besetzen.“ Aber damit waren diese Kollegen gar nicht einverstanden. Wir konnten uns, auch unter Genossen im engsten Kreis, zu keiner nüchternen Einschätzung der Lage durchringen. Ich bin auch heute, am 8. 6. 1945, noch der gleichen Meinung. Die Gründe: Sowjetrußland ist, trotz aller zweifelnder Meinungen (die wir auch als SPD-Genossen hatten), der

einzigste sozialistische Staat der Welt. Weder England noch das hochkapitalistische Amerika werden jemals den Sozialismus einführen. Das meiste, was die Nazis über die Sowjets geschrieben, geredet, gehetzt haben, war sicherlich Schwindel. Der Ausgang des Krieges ist der Beweis dafür, wie stark der Sowjetstaat geworden ist. Vielleicht ist es wirklich wahr, daß Stalin das Lebensniveau der russischen Menschen auf das westeuropäische heben will. Noch mehr Gründe: Es muß befürchtet werden, daß es zwischen dem sozialistischen Kernland Rußland und dem hochkapitalistischen Westen noch einmal zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommt. Und dann ist es besser, wir stehen auf der richtigen Seite.

Es ist möglich, daß diese Entwicklung anders läuft, und zwar dann, wenn in den westlichen Ländern, einschließlich der USA, der Sozialismus aus den Massen der Arbeiterschaft herausbricht. Das ist aber unwahrscheinlicher.

Wirtschaftlich ist es unbedingt besser, wenn wir mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Beide Länder könnten sich in idealer Weise wirtschaftlich ergänzen. Für einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung wären alle Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.“ 25. 6. 45: „In Berlin und Russisch-Deutschland ist die ‚Deutsche Kommunistische Partei‘ neu gegründet. Parteiorgan: ‚Deutsche Volkszeitung‘. Kein Sowjetsystem für Deutschland, sondern demokratische Republik. Auch die ‚Sozialdemokratische Partei‘ gegründet. Ein Arbeitsausschuß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hat die Arbeit aufgenommen.

Weltsicherheitsrat-Organisation: die Vereinten Nationen.“

2. Juli 1945: „Rote Fahnen und Wimpel auf Dächern und in Fenstern. Heute soll die Rote Armee kommen.

Gestern Abend schon Vorkommando in Bisdorf gesehen. Auf der Fahrt von der Arbeit abrückende Amerikaner, gepackte Autos fahren westwärts. Am Hauptbahnhof russisches Vorkommando. Von Osten marschierende Kolonnen. In Stadtmitte einzelne Truppen. Auch noch Amerikaner. Russische Truppen auf der Frankfurter Straße, auch im Westen. Ab 11. Juli erscheint in Leipzig ‚Neues Deutschland‘ als Blatt der KPD.

22. Juli – noch andauernde Konferenz in Potsdam.“

Nachtrag: Sie machte den Weg frei für ein neues Deutschland – für die Revolution.

Gemeinsam die Revolution beginnen

„Erst als der Zusammenbruch endgültig da war, als Leipzig zwar von Amitrustruppen besetzt war, die nach einigen Wochen wieder verschwanden, erst dann, als wir endgültig sowjetische Besatzungszone geworden waren, wurde der Weg aus dem Chaos sichtbar: Die beiden Arbeiterparteien, brüderlich vereint, werden eine neue, bessere Zukunft

aufbauen.“ Max hat 1969 noch einmal sein entschlossenes Handeln für die Einheitspartei und den Sozialismus begründet: „Die Geschichte der letzten 50 Jahre hat eindeutig bewiesen, daß wir als ehemalige Mitglieder der SPD einer falschen Richtung der Arbeiterbewegung nachgelaufen sind. Wir standen als Leipziger Arbeiter meist in Opposition zur Politik des Parteivorstandes in Berlin. Wir glaubten bis zur Auflösung der Partei 1933, daß die Opposition in der Partei einmal so stark würde, daß die herrschenden Rechten von der Macht verdrängt werden könnten, um einer revolutionären Politik Platz zu machen. Wir glaubten noch an diese demokratischen Spielregeln, das war einer unserer Irrtümer. Trotz dieser falschen Einstellung war aber unsere Haltung als Kämpfer für die Arbeiterklasse, für den Sozialismus, klar und eindeutig, tief in unserem Leben, in unseren Herzen, in unser Denken und Handeln eingegraben. Diese Überzeugung war es auch, die uns SPD-Genossen 1945 und 1946 mit Macht zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien drängte.“ (...) Also: von unten und von oben wurde die Einheit hergestellt. Es gab keine Zwangsvereinigung!

Verschwiegen wird von all den Verleumdern, daß auch im Westen starke Bestrebungen für eine Einheitspartei der Arbeiterklasse wirkten. In den Unterlagen befindet sich eine „Sächsische Volkszeitung“ vom 1. April 1948. Warum hob Max die Zeitung auf? Die Antwort gibt der Leitartikel:

„Sozialistische Einheit! Die große Bewegung für Einheit der Arbeiterschaft auch in Bayern unaufhaltsam

Nürnberg (Eig. Bericht). Im Zeichen der Einheit der Arbeiterbewegung tagte in Nürnberg der erste Kongreß der Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Einheit in Bayern. Von den 228 Delegierten aus dem Bezirk Franken gehörten 36 der SPD und 75 der KPD an; unter den übrigen Parteilos befand sich eine erhebliche Zahl wegen ihres Willens zur Zusammenarbeit mit der KPD aus der SPD Ausgeschlossener oder aus Protest gegen die Schuhmacher-Politik aus der SPD Ausgetretener. Die übrigen waren Sozialisten ohne parteiliche Bindung, die einer einheitlichen sozialistischen Partei begeistert beitreten würden. Mehr als 50 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zählten zu den Delgierten.“ Die sowjetische Besatzungsmacht wird hier nicht die Hand im Spiel gehabt haben!

Und „rotlackierte Faschisten“, wie Kurt Schuhmacher die SED-Mitglieder in der SBZ beschimpfte, waren diese gewiß auch nicht. Man muß nur die Tatsachen der Geschichte zusammenziehen, und die Wahrheit kommt ans Licht. (...)

Aus: *Henri und Johanna Weiße: Eine rote Familie. 1916 bis 2016. Verlag am Park, Berlin 2018*

Vor 75 Jahren: Der Aufruf der KPD

Am 11. Juni 1945 rief das Zentralkomitee der KPD dazu auf, nach dem verheerenden Krieg ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes aufzuschlagen. Der Aufruf benannte klar Schuld und Verantwortung, zog die geschichtlichen Lehren und entwarf ein Programm für den demokratischen Neuanfang Deutschlands. Die KPD schlug vor, einen antifaschistisch-demokratischen Block zu bilden. Sie sprach sich für die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterklasse und für die Zusammenarbeit aller Antifaschisten aus. Sie wandte sich gegen die Auffassung, sofort mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Sie war der Ansicht, daß dafür die Arbeiterklasse noch nicht gut genug organisiert wäre. Das Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten mußte geschmiedet werden. Große Teile Deutschlands waren von imperialistischen Mächten, also von Gegnern des Sozialismus besetzt.

Der Aufruf beinhaltete die Aufgaben, welche die KPD für die dringlichsten hielt:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen sollen, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.
3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des

Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres gesamten Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jene Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich

daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.

In der sowjetisch besetzten Zone kam es erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie fand ihren Ausdruck im Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED. Am 21. April 1946 reichten sich der Kommunist Wilhelm Pieck und der Sozialdemokrat Otto Grotewohl die Hände. Im Osten Deutschlands wurde begonnen, die Folgen eines barbarischen Weltkrieges zu überwinden, den Unrat des Faschismus beiseite zu räumen und den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung in Angriff zu nehmen. Im Westen gründete die Partei Adenauers, die Bundesrepublik Deutschland, um lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb zu besitzen. Im Osten antworteten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949. Deutschland war gespalten. Während auf der einen Seite Militarismus und Imperialismus neues Leben eingeblasen wurden, nahmen sich die Menschen im anderen Teil etwas Neues vor: Sozialismus und Barbarei in zwei deutschen Staaten. Die Fronten waren klar.

Jahre des Klassenkampfes vergingen. Die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschloß, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Im Juni 1953 sollte der Weg ins Neuland durch einen Putsch abgebrochen werden. Ich ging damals in die 8. Klasse. Am 17. Juni war ich auf dem Fahrrad nach Freiberg unterwegs, um bei der Bau-Union in der Himmelfahrtsgasse meinen Zimmerer-Lehrvertrag zu unterschreiben. Am Obermarkt habe ich mein erstes Werkzeug gekauft. Auf der Rückfahrt holten mich „Streikposten“ der Baustelle Zinkhütte vom Rad, kontrollierten den Rucksack, zerrissen den Lehrvertrag, nahmen mir das Werkzeug weg und schlugen mich. Immer, wenn Kapitalisten von „friedlichen Demonstranten für Freiheit und Demokratie“ reden, muß ich an dieses Erlebnis denken.

Von „Freiheit und Demokratie“ redeten sie auch, als wir am 13. August 1961 die Grenzen in und um Berlin schlossen. Ich lebte und arbeitete damals bereits als junger Bauingenieur bei der Kreisbauleitung Neubrandenburg. An diesem Wochenende war ich auf Reisen ins Sachsenland gegangen. Auf der Rückfahrt wurde ich in Schönefeld mit anderen Reisenden aus dem Zug geholt und kontrolliert. Verspätet kam ich nachts in Neubrandenburg an. Unter meiner Dachkammertür lag ein Zettel von der Kreisleitung der FDJ: „Morgenfrüh um 6:00 Uhr Beratung in der Kreisleitung. Ich war FDJ-Sekretär im Rat des Kreises. Nach der Beratung organisierten wir dort ein Kampfmeeting der FDJ-Mitglieder. FDJ-Aufgebot: Zustimmung und Verpflichtung, Kandidat zu werden und die Grenze zu schützen.“

Im Januar 1963 beschloß der 6. Parteitag der SED das Programm des Aufbaus des Sozialismus.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Es ist nicht vorbei ...

Als ich kürzlich ein Gespräch mit einem guten Bekannten über „Defender 2020“ führte, vertrat dieser die Meinung: „Na ja, es ist ja endlich vorbei, Corona sei Dank“. So wie er denken viele. Medien tun ihr Übriges, um die Meinung der Menschen zu manipulieren. So scheint gegenwärtig nicht mehr Rußland Staatsfeind Nr. 1 zu sein, sondern das Coronavirus. Doch im Hintergrund laufen die Vorbereitungen für einen Krieg weiter. „Defender“ wird – wenn auch in wesentlich kleinerem Umfang – weitergeführt, ebenso „kleinere“ NATO-Manöver. Trotz des Fortschreitens der Coronakrise und der dabei auftretenden Belastung des Bundeshaushaltes forderte NATO-Generalsekretär Stoltenberg bei der Vorstellung seines Jahresberichtes für 2019 im Monat März 2020, das 2-%-Ziel beim Rüstungsetat der NATO Staaten aufrechtzuerhalten. Mit Genugtuung verwies er darauf, daß Nordmazedonien als 30. Land in den Kreis der NATO-Länder aufgenommen wurde, was eine entsprechende Würdigung auch bei deutschen Politikern, wie Außenminister Maas fand. Ein weiterer Schritt zur umfassenden Einkreisung Rußlands durch die NATO wurde damit vollzogen. Nicht zu vergessen, daß es seit einigen Jahren immer mehr NATO-Manöver an den russischen Grenzen gibt, die an Größe und Umfang stetig zugenommen haben. Deutsche Medien verschweigen dies oder berichten in wenigen nichtssagenden Zeilen darüber. Wie wird die „Notwendigkeit“ dieser verstärkten Manövertätigkeit durch deutsche Politiker nun begründet? Charakteristisch hierfür ist die fast immer gleichlautende Aussage – hier von der deutschen Verteidigungsministerin AKK – „die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage seit 2014 mit einer möglichen Bedrohung der Sicherheit, insbesondere unserer Bündnispartner in Osteuropa“. Damit ist klar, worin das eigentliche Ziel der Aufnahme osteuropäischer Länder in die NATO besteht, nämlich „Bündnispartner“ gegen Rußland zu schaffen und in der Folge „Bedrohungen“ herbeizureden und Bedrohungsszenarien zu schaffen. Einher gehen die Manöver mit der Schaffung neuer US-Militärstützpunkte in Europa sowie der Schaffung neuer NATO-Strukturen. Mit solchen Maßnahmen bauen die USA und die NATO seit Jahren ihre Infrastruktur und Truppenstärke in Europa weiter aus.

Wie Medien verbreiteten, werden der Stützpunkt im polnischen Powidz rund 200 Kilometer westlich von Warschau aufgebaut und als Depot für Waffen, Munition und gepanzerte Fahrzeuge der US-Armee dienen. Eine Flugbasis in der Region könne gegebenenfalls zu einem „Drehkreuz für die US-Streitkräfte“ werden, wofür Kosten von 260 Millionen Dollar veranschlagt werden. US-Stützpunkte existieren rund um den Erdball, so auch in nahezu allen europäischen Staaten, wobei besonders aktiv daran gearbeitet wird, die bestehenden in den ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten zu

vervollkommen oder solche neu zu schaffen. Geld – ob in Dollar oder Euro – spielt dabei keine Rolle. So geben die NATO-Staaten insgesamt schon mehr als eine Billion US-Dollar für die Rüstung und andere militärische Zwecke aus, was 22 mal die Summe der Militärausgaben Rußlands übersteigt. Auch



Befreier – Konrad Wolf

die Bundeswehr versucht den Forderungen im Rahmen des 2-%-Zieles nachzukommen. Wie man einer Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums entnehmen kann, sollen in den kommenden Jahren drei voll ausgestattete Divisionen aufgestellt werden. Liegenschaften, die man abschreiben wollte, werden erhalten, ebenso Material und Munitionslager. Neue Kommandoebenen

werden geschaffen, neue Korvetten und Kampfflugzeuge angeschafft. In einer Rede vor der Deutschen Maritim Akademie verwies die Verteidigungsministerin u.a. darauf, daß „der Schutz deutscher Interessen auf den Seewegen nicht zum Nulltarif zu haben“ sei sowie auf die Notwendigkeit von „mehr Präsenz und Wirkmöglichkeiten auch im Nordatlantik sowie im oft vernachlässigten Schwarzen Meer“. Gleichlaufend wird die deutsch-französische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich weiter forciert, wie das Bundesverteidigungsministerium verlautbaren ließ. So habe „der Haushaltsausschuß des Bundestages am 11. März ein „wichtiges Signal für die deutsch-französische Kooperation im Panzerbau gegeben“. In diesem Zusammenhang wird sichtbar, daß für Studien und Forschung auch für sogenannte unbemannte Plattformen weitere Haushaltsmittel bereitstehen. Damit sichern Deutschland und Frankreich den Rüstungskonzernen riesige Aufträge zur Herstellung neuer Waffensysteme.

Zusammengefaßt kann man nur zu dem Schluß kommen: Die Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gange und Deutschland ist ganz vorn mit dabei. Untermauert wird dies u.a. durch die Feststellung des US-Verteidigungsministers auf der Münchener Sicherheitskonferenz, wonach sich die USA auf einen „Krieg mit hoher Intensität gegen China und Rußland vorbereiten“.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Norbert Röttgen, betonte gegenüber Journalisten im Oktober 2019, Deutschland müsse „wieder Gestaltungsmacht werden und die eigenen Interessen gegebenenfalls militärisch absichern“. Es geht also wie immer im imperialistischen System um die Macht, um die Durchsetzung der eigenen Profitinteressen, der Macht der Rüstungskonzerne und der Banken nicht etwa um ein friedliches Zusammenleben der Völker.

Dietmar Hänel
Flöha



US-Soldaten auf dem polnischen Militärflughafen Powidz, Juli 2019

Die Monroe-Doktrin und die einzige unentbehrliche Nation

In „Lateinamerika anders“, Heft 1/2020, der österreichischen Zeitschrift für Lateinamerika und die Karibik, hat Peter Gärtner eine Abhandlung über die Monroe-Doktrin und ihre variable Anwendung durch die USA geschrieben. Er erwähnt darin u.a. auch die besondere Ausnahmestellung in der Welt, welche die USA für sich beanspruchen: „Das ideologische Fundament wird durch den American Exceptionalism gebildet, der den Kern der US-amerikanischen Identität ausmacht. Demnach fühlen sich ‚die Amerikaner‘ als auserwähltes Volk, dessen Werte und Institutionen einerseits allen anderen überlegen sind, andererseits gerade deswegen zum Wohle der gesamten Menschheit weltweit verbreitet werden sollten (Mission), was aber von den jeweiligen Machtressourcen (Power) abhängt.“ Er spricht auch vom „Sendungsbewußtsein des American Exceptionalism“, von dem die Geopolitik der USA und ihr Streben nach der „Weltherrschaft“ (Primacy) bestimmt wird.

Daß sich „die Amerikaner“ als auserwähltes Volk verstehen, findet seine Erklärung in dem Schlagwort „manifest destiny“, das besagt, daß die USA einen göttlichen Auftrag zur Expansion hätten. Diese Losung, die so viel wie offensichtliches (oder unabwendbares) Schicksal bedeutet, erläuterte der New Yorker Journalist John L. O’Sullivan 1845 in einem Zeitungsartikel mit folgenden Worten: „Die Erfüllung unserer offensichtlichen Bestimmung ist, uns auf dem gesamten Kontinent auszubreiten, der uns durch die Vorsehung für die Entwicklung des großen Experiments der Freiheit und Selbstregierung auferlegt wurde“. Er begründete diesen Anspruch zugleich mit folgendem Vergleich: „Es ist daßelbe Recht wie das eines Baumes auf nötige Luft und Boden für die völlige Entwicklung seiner Kapazitäten und für das Wachstum, das ihm als Schicksal bestimmt wurde.“ Nur den USA stehe also dieses „Naturrecht“ zu. Andere Länder und Völker mit eigenen Vorstellungen spielen offensichtlich keine Rolle. Es handelt sich mithin um ein religiös-politisch-ideologisch begründetes Sendungsbewußtsein, bei dem die eigenen gottgegebenen Werte zum Ziel und Ideal der gesamten Menschheit erklärt werden. Diese Grundeinstellung findet auch darin ihren Ausdruck, daß führende USA-Politiker von den USA als der einzigen unentbehrlichen Nation der Welt sprechen. So bezeichnete z.B. Madeleine Albright im Jahr 1998 die USA als „indispensable nation“. Ihr stand der mit einem Glorienschein versehene Barrack Obama nicht nach. Am 23. Mai 2012 bekräftigte er vor den Absolventen der Luftwaffenakademie in Colorado Springs, daß die USA außergewöhnlich seien und immer die einzige unentbehrliche Nation im Weltgeschehen sein werden. Keine andere Nation könne diese Rolle übernehmen. Das schließe die

Gestaltung der globalen Institutionen mit ein.

Am 26. April 2016 bilanzierte Barack Obama in einer Grundsatzrede an der Militärakademie West Point erneut die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika als „unentbehrliche Nation“.

Er hatte auch keine Skrupel, während einer Auslandsreise am 21. November 2016 in einer Rede in Lima in Peru seinen Nachfolger Donald Trump aufzufordern, zu dieser Verantwortung der USA als unentbehrlicher Nation zu stehen. Hatte Obama Angst, Trumps Losung „America first“ würde hinter dem Anspruch einer unentbehrlichen Nation zurückbleiben?



James Monroe, 1758 – 1831

Hillary Clinton sagte zu diesem Thema am 31. August 2016 im Wahlkampf gegen Trump: „Die Vereinigten Staaten sind eine einzigartige Nation. Ich glaube daran, daß wir immer noch Lincolns letzte und beste Hoffnung für die Erde sind. Nicht nur haben wir das größte und beste Militär, nicht nur ist unsere Wirtschaft größer als jede andere auf der Welt; es ist die Stärke unserer Werte und des amerikanischen Volkes, eines jeden, der härter arbeitet und größer träumt und niemals aufhört zu versuchen, dieses Land und die ganze Welt zu einem besseren Ort zu machen. Und ein Teil dessen, warum wir eine einzigartige Nation sind, ist, daß wir auch eine unentbehrliche Nation sind. Tatsächlich sind wir die unentbehrliche Nation.“

Diese Grundhaltung findet auch in eindeutigen Aussagen von weiteren führenden USA-Politikern ihren Ausdruck: Madeleine Albright, Michelle Bachmann (republikanische Kongreßabgeordnete) am 25. Januar 2011, Joe Biden am 2. April 2013 und am 18. Januar 2017; Chris Christie (republikanischer Gouverneur von New Jersey), Jeb Bush (republikanischer Gouverneur von Florida), Bobby Jindal am 3. Dezember 2014 (republikanischer Gouverneur von Louisiana), Marco Rubio am 26. April 2012 (republikanischer Senator für Florida). Sie alle scheuten nicht davor zurück, von den USA als der einzigen unentbehrlichen Nation in der Welt zu sprechen. Obamas Sorge, Trump könnte in

diesem Punkt schwächeln, erwies sich als unbegründet. Am 24. Januar 2020 auf dem „Marsch für das Leben“ (gegen Schwangerschaftsabbruch) stellte Trump klar: „Die extreme Linke arbeitet aktiv darauf hin, unsere gottgegebenen Rechte auszulöschen.“ (jW 1.2.20) Es bleibt also weiterhin bei Selbstwahrnehmung der USA als „God’s own country“.

Alle anderen Völker sind demnach entbehrlich und haben keine Daseinsberechtigung, wenn sie sich nicht den USA-Werten unterwerfen. Das ist die Geisteshaltung, die hinter der aggressiven US-Großmachtspolitik steht mit ihrer auch „nichtkriegerischen“ Anwendung von Wirtschaftssanktionen gegen Völker und Nationen, die sich nicht von einer egoistischen Denkweise und Weltauffassung leiten lassen, sondern für Solidarität und gemeinsames Handeln zum Wohle aller und nicht nur einer Nation eintreten. Bernie Sanders verzichtete auf seine Kandidatur und unterstützte nun Obamas ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden. Gleiches macht Obama. Joe Biden und Barrack Obama vereint dieselbe Auffassung von den USA als der einzigen unentbehrlichen Nation in der Welt. Was kann die Welt, was können die anderen Nationen vom nächsten US-Präsidenten erwarten? Donald Trump würde wohl seine poltrige Politik fortsetzen, Joe Biden zu Obamas Taktik des Wandels durch Annäherung zurückkehren, die er dem Duo Brandt/Bahr abgeschaut hatte, und die der ehemaligen DDR-Außenminister Otto Winzer als „Aggression auf Filzlatzchen“ bezeichnet hatte. Das Ergebnis ist bekannt. Übrig bleibt die einzige unentbehrliche Nation. Oder auch nicht, wie es im letzten Satz des Artikels von Peter Gärtner anklingt. Da helfen wohl auch nicht die verzweifelten und verlogenen Worte des damaligen Außenministers Tillerson weiter: „Lateinamerika braucht keine neuen imperialen Mächte (China, Rußland der Verf.), die nur ihre eigenen Interessen im Blick haben. Die Vereinigten Staaten sind anders: Wir suchen keine kurzfristigen Vereinbarungen mit asymmetrischen Gewinnen, wir suchen Partner.“

Wie die USA ihre Partner behandeln, konnte man erst kürzlich erneut sehen, als für die BRD und Frankreich bestimmte medizinische Güter zur Bekämpfung der Corona-Epidemie kurzerhand unter ungeklärten Umständen (Preisüberbietung, Bestechung) in die USA umgeleitet wurden, damit die einzige unentbehrliche Nation erhalten bleibt.

Gerhard Mertschenk
Berlin

Peter Gärtner ist Senior Researcher am Global and European Studies Institute (GESI) der Universität Leipzig, Vorsitzender von Quetzal – Leipziger Lateinamerika Verein e.V. und Mitglied der Redaktion des Online-Magazins Quetzal.

Nichts gelernt?

Deutschland, Rußland und Antifaschismus

Es vergeht in den letzten Wochen und Monaten kaum ein Tag an dem ich meine Zeitungen aufschlage und lesen muß: Der Russe ist Schuld! Na prima, dann weiß ich ja Bescheid. Nicht der Kapitalismus/Imperialismus, nicht der Islam ja nicht einmal Dietmar Hopp oder Karl-Heinz Rummenigge sind Schuld, nein der Russe ist's. Na, oder auch der Chinese, egal, der Feind steht im Osten, wieder mal. Heute war es Christoph Schlitz von der „Welt“, der mir diese tiefe Wahrheit verkündet: „... Der eigentliche Schurke in dem Spiel ist Rußland! ...“

Hört sich irgendwie nach NLP an, also Neuro-Linguistisches Programmieren. Damit soll, kurz gesagt, ein Mensch so programmiert werden, daß er entsprechend handelt.

Aber das hat schon viel früher angefangen, bevor in den 70er Jahren zwei Amis das erfunden haben und was heute vor allem dazu dienen soll stromlinienförmige, nicht aufmuckende Produzenten und Konsumenten zu schaffen. Hallelujah! Ein Großversuch mithilfe alter und neuer Medien ganze Völker auf Linie zu bringen. Doch, wie gesagt, das wurde schon früher versucht. Einer der bekanntesten Vor-NLP-Protagonisten war Joseph Goebbels. Vermittels eines „Goebbels-Schnauze“ genannten Radiogeräts, dem gerade erfundenen Rundfunk, vielen Großveranstaltungen und Aufmärschen und aller Gliederungen der vom Großkapital bezahlten Nazi-Partei ist es gelungen ein ganzes Volk in einen mörderischen Weltkrieg zu treiben. Eine der verbreiteten Grundmaxime war die Menschheit vor der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung zu retten. Vor 1917 hatte noch die jüdische Weltverschwörung in den aufgeklärten christlichen Ländern gereicht.

Natürlich konnte so ein Wertesystem nach 1945 nicht einfach verschwinden oder sich ändern. Zumindest nicht im „Wirtschaftswunderlandesteil Deutschlands“. Daraus entstand die braunfleckige Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands, die ich als Beigetretengewordener nun mit auf dem Buckel habe auch wenn ich mich 35 Jahre erfolgreich dagegen wehren konnte (bin halt erst 1955 geboren worden). Bundeskanzler Adenauer sprach es im April 1952 vor seinen Multiplikatoren, also Chefredakteuren wichtiger Zeitungen, gelassen aus: „Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat!“ (siehe www.welt.de/print-welt/article191635/Adenauers-Schmutzwasser-Hitlers-Diplomaten-in-Bonn.html) Also übernahm die Bundesrepublik, natürlich nur um das Funktionieren des westdeutschen Staates zu garantieren, nach kurzer Reinwaschung, jede Menge Beamte, die schon unter Hitler funktioniert hatten in allen Bereichen,

von der Provinzverwaltung über die Justiz und Polizei bis zum Geheimdienst, nichts blieb verschont. Und mit den Leuten gelangte auch das „bewährte Wertesystem“ ins Staatsgetriebe.

Doch auch außerhalb der offiziellen Stellen, im politischen Raum feierte, mit Duldung und Förderung der westlichen „Schutzmächte“, der Naziungeist fröhliche Urständ. Schon in den ersten Bundestag im August 1949 zogen Abgeordnete der beiden rechten Parteien Deutsche Konservative



München 2007 – Wladimir Putin analysiert die Weltlage

Partei-Deutsche Rechtspartei und Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung ein. Noch unmittelbarer an die faschistischen Wurzeln knüpfte die Sozialistische Reichspartei an, die sich in unmittelbarer geistigen Nachfolge der NSDAP wähnte und z. B. bei den Landtagswahlen 1951 in Niedersachsen mehr als 11 Prozent verbuchen konnte. Auch in Bremen konnten sie fast 8 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Kernforderungen der Sozialistischen Reichspartei waren u.a.:

- „Treue zum Reich“
- „Schutz und Ehre des deutschen Soldaten“
- „Anspruch auf die Gesamtheit des Reichsraumes“, sowie ungeheuerlicherweise die
- „Notwendigkeit“ einer „Lösung der Judenfrage“,

allerdings mit anderen Mitteln als zur Zeit der Naziherrschaft. Kritisiert wurde nicht die „Notwendigkeit“ einer „Lösung der Judenfrage“, sondern nur die Methoden.

(Quelle: Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Reichspartei)

Im Jahre 1952 wurde diese Partei, deren Treiben selbst für die Bundesrepublik zu starker Tobak war, verboten. Seitdem wurde in der BRD nie mehr eine rechte Partei verboten.

Übrigens nahm man das Verbot dieser faschistischen Partei 1952 als willkommene Rechts-Schablone um die stärker werdende Kommunistische Partei 1956 ebenfalls zu verbieten.

Als Nachfolgepartei und Sammelbecken von Funktionären aus der Sozialistischen

Reichspartei galt die Deutsche Reichspartei (bestand zwischen 1950 und 1965) in die viele nach dem Verbot wechselten.

Rechte und mehr oder weniger faschistoide Gruppen und Parteien gab es in der BRD auch danach immer. Denken wir an die NPD oder später die Republikaner. Erfolge erzielte „Mitte der 1980er Jahre, besonders ... die 1983 gegründete Partei der Republikaner (REP) als sie 1989 überraschend den Sprung in das Berliner Abgeordnetenhaus (7,5 Prozent) und das Europaparlament (7,1 Prozent) schaffte. 1992 erreichte die

„Rechtsabspaltung“ der CSU – zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete der CSU gehörten zu den Mitbegründern – bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 10,9 Prozent, 1996 9,1 Prozent der Stimmen. Diese Welle zog sich in Gestalt einer Reihe von Landtagswahlerfolgen nicht nur der Republikaner, sondern auch der 1971 zunächst als Verein ins Leben gerufenen Deutschen Volks-Union (DVU) bis in die 1990er Jahre hinein. Die DVU, 1987 zur Partei umgeformt, verstand sich als Sammelbecken für die zerfallende extreme Rechte und steht bis heute unter der autokratischen Führung des wohlhabenden

Münchener Verlegers Gerhard Frey. Sie feierte ihre größten Wahlerfolge vor allem in Norddeutschland (unter anderem 1991 in Bremen 6,2 Prozent, 1992 in Schleswig-Holstein 6,3 Prozent).“ (zitiert nach: Bernd Kummer, Entwicklung des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, März 2007)

Unterhalb der Parteiebenen tummelten sich Vereine (z. B. Wiking-Jugend) Wehrsportgruppen und Co., verbunden mit solchen Namen wie Karl-Heinz Hoffmann oder Ex-Bundewehroffizier Michael Kühnen, meist unbehelligt und nur mäßig beobachtet von Polizei und Verfassungsschutz. (Siehe auch: Anton Latzo u.a. „AfD - Keine Alternative für Deutschland. Wehret den Anfängen“, Berlin 2018)

Störend wirkten hier nur die Kommunisten, die ja nicht nur zu den Hauptfeinden der Nazis gehörten und besonders unter der Verfolgung zu leiden hatten, sie trugen ja auch wesentlich zum Widerstand gegen das Naziregime bei. Die KPD war nach 1945 in fast allen westdeutschen Länderparlamenten vertreten. 1949 schaffte sie mit 5,7 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in den (West-)Deutschen Bundestag und das trotz großangelegten Kampagnen der Westmächte und der westdeutschen bürgerlichen Parteien in trauter Eintracht mit der Rest-SPD, die sich lieber mit den Kräften verbündete, die die Nazis 1933 ermöglicht hatten als sich, wie im Osten, zu einer Einheitsfrontpartei zusammenzuschließen. Schon 1950 gab es dann den sogenannten

Adenauer-Erlass, der ein erstes Berufsverbot für KPD- und FDJ-Mitglieder in der BRD bedeutete. Staat, bürgerliche Medien und westliche Besatzungsmächte schürten gemeinsam einen entschiedenen Antikommunismus und bedienten sich auch hier in allen Gliederungen alter Nazis. Letztendlich erfolgte dann am 17. August 1956 das Verbot der KPD. In der Folge wurde gegen tausende Kommunisten Ermittlungsverfahren eingeleitet und sie landeten dann oft vor Richtern, die sie schon mehr als ein Dutzend Jahre zuvor verurteilt hatten. Bei der Bundeszentrale für politische Bildung liest sich das lapidar so: Die KPD war „im westlichen Teil DEUs ... an einigen Landesregierungen (beteiligt); Einzug in den ersten Deutschen Bundestag 1949; seit 1953 keine Abgeordneten mehr im Deutschen Bundestag. Vom Bundesverfassungsgericht 1956 für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst...“ (siehe: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17728/kommunistische-partei-deutschlands-kpd)

Man kann mit Fug und Recht konstatieren, daß Antifaschismus von Anfang an nicht zu den Grundwerten der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland gehörte. Der kapitalistische Humus auf dem der Nazi-keim offenbar gut gedeiht überkam dann 1990 leider auch meine Heimat, denn ich wurde mit dem Rest der DDR ungefragt der BRD beigetreten. Nicht daß es hier und da auch im Osten unentdeckte Nazis, alte und junge, gegeben hätte. Doch wurden sie, wenn man sie enttarnt hatte, mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgt, darauf konnte ich mich in meinem Staat verlassen. Heute haben wir, nach 30 Jahren bundesrepublikanischer Herrlichkeit seit fast drei Jahrzehnten von Faschisten verübte Morde und Gewalttaten gegen Ausländer, Migranten, Arme und Schwache wie Obdachlose und gegen Antifaschisten und Demokraten. Die Strafverfolgungsbehörden, die sich nie vom Verdacht befreien konnten, seit Jahrzehnten auf dem rechten Auge ziemlich blind zu sein, verfolgen die Taten, trotz ständiger Versicherungen von Politikern, eher langsam und schleppend. Vielleicht trägt ja auch der Umstand, daß immer wieder und immer mehr Rechtsextreme in den Reihen eben dieser Behörden entdeckt werden, dazu bei. Aber auch die sogenannte Zivilgesellschaft (bei diesem Begriff frage ich mich immer wer das wohl sein könne – alle ohne Uniform und zählt ein Dresscode bei Banken oder Schuluniformen an Privatschulen dazu?) ist immer weniger bereit, sich öffentlich zum Antifaschismus zu bekennen, also außerhalb von Kundgebungen. Sind wir schon so weit, daß man mit Faschoklamotten unbehelligter durch Wohngebiete in Eberswalde, Cottbus, Chemnitz, Hagen, Dortmund oder Hanau laufen kann als mit Antifa-Aufnehmern? Jedenfalls trägt der seit Jahren laufende Versuch, den Beginn, die Ursachen sowie Verlauf und Ergebnis des zweiten Weltkrieges umzuinterpretieren, nicht dazu bei, jungen und heranwachsenden Menschen in der Bundesrepublik, meinem neuen Heimatland, den Kampf gegen den

Faschismus als eine heute noch erstrebenswerte Haltung nahezubringen. Und die Medien tragen ihren Teil dazu bei.

Nur ein kleines Beispiel: Es vergeht kaum ein Tag auf den im Fernsehen verfügbaren Dokumentarkanälen, an dem nicht eine Hitler-Dokumentation oder ein Beitrag darüber, wie die Westalliierten den Krieg gewannen, gesendet wird. Und da rede ich noch nicht von den unzähligen Beiträgen über den „Hitler-Stalin-Pakt“, in denen geraunt wird, daß die Russen ja wohl wenigstens die Mitschuld am Zweiten Weltkrieg trügen. Flankiert von Filmen wie „Der Untergang“, „Unsere Väter, unsere Mütter“ und weitere Schmonzetten über das für uns Deutsche ach so schlimme Ende des Weltkrieges.

Einher geht das mit einem „Russenshaming“, um hier mal so einen neudeutschen Begriff zu verwenden, das von Woche zu Woche zunimmt. Gegenwärtig wird Rußland fast an der gesamten Medienfront zum Hauptverantwortlichen bei der Zuspitzung der Lage in Syrien gemacht und ihm damit indirekt vorgeworfen, Schuld zu sein an den neuen „Flüchtlingsströmen“ nach Westeuropa. Der Bundesaußenminister ließ sich sogar dazu hinreißen Rußland „Kriegsverbrechen“ in Syrien zu unterstellen, siehe „Der Tagesspiegel“ vom 27. Februar 2020 (... Maas wirft Assads Armee und Rußland Kriegsverbrechen vor...). Immer wieder raunen NATO-Militärs von der zunehmenden Aggressivität Rußlands gegenüber anderen Staaten. Als Beleg müssen neben aktuell Syrien vor allem die Krim und der Bürgerkrieg in der Ukraine herhalten. Den habe Rußland inszeniert als Bestrafung für die Ukraine, weil sie sich der EU in die Arme geworfen hätte. Man hofft wohl immer darauf, daß die Menschen nur ein funktionierendes Kurzzeitgedächtnis haben.

Wir erinnern uns ein paar Jahre zurück: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 hat der russische Präsident Wladimir Putin eine aufrüttelnde Rede gegen militärische Gewalt bei der internationalen Konfliktlösung und für eine umfangreiche nukleare Abrüstung auf der Welt, mit der Rußland und die USA beginnen sollten, gehalten. (siehe Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz in: *Die Internetzeitung Rußland.ru*; <http://Rußland.ru>) In dieser Rede sprach Putin fast alle internationalen Probleme an, die in den nächsten 13 Jahren die Welt unsicherer machen sollten. Die anwesenden Politiker und Militärs des „Westens“ waren nicht begeistert und murrten sehr über diese Rede.

Zwei Jahre später hielt der neue US-Präsident Obama im April 2009 in Prag eine Rede in der er u. a. die weltweite Abrüstung von Atomwaffen für dringend notwendig hielt (siehe Countries with nuclear weapons will move towards disarmament, countries without nuclear weapons will not acquire them... To reduce our warheads and stockpiles, we will negotiate a new Strategic Arms Reduction Treaty with the Russians this year..., in President Obama,

Hradcany Square, Prague, Czech Republic, April 5, 2009, in Pressemitteilungen des Weißen Hauses 2009). Im September 2009 leitete er dann eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates und schlug vor, alle Nuklearmächte sollen in Abrüstungsverhandlungen eintreten, sein Ziel sei eine Welt ohne Atomwaffen. Für diese und ähnliche Ausführungen wurde Obama weltweit gefeiert und bekam am 10. Dezember 2009 den Friedensnobelpreis.

Es zeigte sich jedoch, daß er weder auf Putin, der einen ähnlichen Vorschlag bereits zwei Jahre vorher gemacht hatte, zugehen noch überhaupt zur nuklearen Abrüstung beigetragen hat. Wie sagte der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki immer so schön in seiner Sendung: „Worte, Worte, Worte...“. Heute stehen NATO-Panzer nur noch ein paar Dutzend Kilometer vor der russischen Grenze und der größte Truppenaufmarsch gegenüber Rußlands Territorium mit dem Namen „Defender 2020“ wird wohl auch nur durch einen Virus und nicht durch Vernunft und Friedenswillen gebremst.

Dabei haben gerade wir Deutschen den Russen soviel zu verdanken. Nachdem unsere Vorväter, egal ob gezwungen, gleichgültig oder mit fliegenden Fahnen, am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen haben, konnte die Sowjetarmee zusammen mit ihren Verbündeten, den Faschismus in Europa am 8. und 9. Mai 1945 besiegen und uns Deutsche damit von der Nazi Herrschaft befreien. Der Blutzoll war hoch, 27 Millionen Sowjetbürger, Russen, Ukrainer, Belorussen, Grusinier, Armenier, Kasachen, Tadschiken und andere Nationalitäten, Juden, Orthodoxe, Atheisten, alle Völker der Sowjetunion und alle Religionsgemeinschaften waren unter den Opfern. Viele Opfer fielen im Kampf aber noch mehr fielen einem organisierten Völkermord zum Opfer. Juden sollten ausgerottet, die Slawen auf ein Minimum reduziert, um Platz zu schaffen für deutschen „Lebensraum“ im Osten sowie der Kommunismus mit Stumpf und Stiel vernichtet werden (siehe Kommissarsbefehl). Beim Kampf gegen die Barbarei des Faschismus trug die Sowjetunion die Hauptlast. Dafür gebührt ihr und auch dem heutigen Rußland, das sich in der Tradition des sowjetischen Kampfes gegen den Faschismus sieht, mein und unser aller Dank. Ohne Sieg über den Hitlerfaschismus keine friedliche deutsche Nachkriegsentwicklung. Deswegen sollte der 8. Mai für uns Deutsche ein Feier- und Gedenktag sein. Und Antifaschismus sollte zu den deutschen Grundwerten gehören – ohne Wenn und Aber!

Leider ist die politische Realität im heutigen Deutschland eine andere. Die Antifaschisten der VVN-BdA sind nicht gemeinnützig, Faschisten sitzen in Landtagen und im Bundestag und deutsche Soldaten sind auf dem Weg zur russischen Grenze. Als ob die letzten 75 Jahre nicht zu einem Zuwachs an Vernunft und Erkenntnis geführt haben, im Osten wie im Westen Deutschlands.

Uli Jeschke
Chorin

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Moral und Gesellschaft

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

8. Juli 1976

An dem Wort „Moral“ ist viel herumge-deutelt worden, und manch einer ist vielleicht auch heute noch in Verlegenheit, wenn er „Moral“ definieren soll. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft bestimmt die Moral als eine besondere Form des gesellschaftlichen Bewußtseins und des praktischen Verhaltens der Menschen, als eine komplizierte Vielfalt von historisch konkreten, gesellschaftlich bedingten Prin-

verbessert haben. Die schwere Handarbeit konnte eingeschränkt, die Produktivität gesteigert werden, die Arbeit macht den Menschen heute mehr Freude. Neue Initiativen im sozialistischen Wettbewerb wurden geboren, der Stolz auf das gemeinsam Geschaffene ist gewachsen. Roswitha Paetz brachte zum Ausdruck, daß der Sozialismus auch in ihrer Gemeinde das Leben schöner und inhaltsreicher macht, daß sich für sie selbst beruflich und ganz persönlich neue Perspektiven ergeben, daß eine gesicherte Zukunft vor ihr liegt.

sozialistische Gesellschaft an das Verhalten und die gegenseitigen Beziehungen der Menschen in allen wesentlichen Lebensbereichen stellt. Die sozialistische Moral ist die der neuen Gesellschaft eigene Gesamtheit von Anschauungen und Gefühlen über gut und schlecht, Pflicht und Verantwortung, Ehre und Gewissen.

Wenn wir die sozialistische Moral in dieser Weise auf das Wechselverhältnis von Gesellschaft und Persönlichkeit zurückführen, so haben wir damit ein Problem berührt, das seit jeher und noch heute Gegenstand der unversöhnlichen Auseinandersetzung zwischen materialistischer und idealistischer Weltanschauung, zwischen sozialistischer und bürgerlicher Ideologie ist. Es handelt sich um die Frage nach dem Ursprung, nach der Quelle der Moral, der moralischen Anschauungen und Forderungen. Diese Frage hat deshalb eine so große praktische Bedeutung, weil mit ihrer Beantwortung zugleich auch die Berechtigung moralischer Anforderungen und Ansprüche an den einzelnen begründet wird. In der bürgerlichen Philosophie und Ethik zum Beispiel wird zumeist die Auffassung von einer angeblich von den gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängigen, ewig gültigen, „höheren“ Moral vertreten. Deren Quelle wird entweder in einem übernatürlichen Prinzip, in der ewigen, unwandelbaren Natur „des“ Menschen oder in der „inneren Stimme“, im Gewissen eines von der Gesellschaft letztlich isolierten Individuums gesehen. Ein abgegriffenes, seit Jahrhunderten genauso wie gegenwärtig vorgebrachtes Argument der bürgerlichen Ideologie besagt zum Beispiel, das Privateigentum an den Produktionsmitteln müsse unantastbar sein, weil es der menschlichen Natur, der Freiheit der Persönlichkeit entspräche. Wenn man aber den ökonomischen Mechanismus des Kapitalverhältnisses aufdeckt, kommt man dahinter, daß diese moralische Heiligsprechung des kapitalistischen Privateigentums überhaupt nichts mit ewig gültigen Werten zu tun hat. Jedes Antasten des Privateigentums ist vielmehr für die Bourgeoisie in Wahrheit deshalb unmoralisch und verdammenswert, weil damit ihre Existenz als Klasse angegriffen, weil – wie Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der kommunistischen Partei“ schrieben – damit die Bourgeois-Persönlichkeit, die Bourgeois-Selbständigkeit und -freiheit im Sinne des ungehinderten Ausbeutenkönnens aufgehoben wird. Aus dem gleichen



Sozialistische Brigade im VEB Mikromat Dresden, 1970

zipien, Normen, Anschauungen, mit deren Hilfe die Menschen innerhalb einer gegebenen Gesellschaftsordnung ihr Handeln motivieren, ihre Beziehungen zueinander und zur Gesellschaft als Ganzem regeln. Es ist sicherlich eine der auffälligsten und bemerkenswertesten Erscheinungen in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, daß mit ihrer Herausbildung auch eine grundlegend neue moralische Lebenshaltung, eine neue Einstellung der Menschen zur Gesellschaft und zueinander entstand, die sich ständig weiter ausprägt. Hier sei nur ein Beispiel genannt. Die Genossenschaftsbäuerin Roswitha Paetz berichtete in ihrem Diskussionsbeitrag auf dem IX. Parteitag der SED sehr eindrucksvoll, wie sich mit der ökonomischen Stärkung ihrer LPG, mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Genossenschaftsbauern

In solchen Diskussionsbeiträgen auf dem Parteitag zeigte sich – auch wenn das Wort „Moral“ nicht ausdrücklich gebraucht wurde – ein neues moralisches Verantwortungsbeußtsein für die eigene Arbeit als Teil des Ganzen der Gesellschaft.

Wenn wir die Frage beantworten wollen, wodurch die sozialistische Moral charakterisiert wird, dann sind vor allem solche Werte zu nennen wie die veränderte Einstellung zur Arbeit und zum Eigentum an den Produktionsmitteln, die verantwortungsbeußte Haltung zur Gesellschaft, die sich in aktiver demokratischer Mitwirkung zeigt. Dazu gehören auch schöpferisches und kritisches Selbstbeußtsein, sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus, die feste Verbundenheit mit der sozialistischen Gemeinschaft. Mit einem Wort – in den Werten, Idealen und Grundsätzen der sozialistischen Moral äußern sich die Anforderungen, welche die

Gründe erklären bürgerliche Ideologen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln für unsittlich und mit der menschlichen Natur für unvereinbar.

Darin bestätigt sich erneut die Erkenntnis der materialistischen Weltanschauung, daß jede Moral, daß moralische Anschauungen und Forderungen stets die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck bringen, unter denen die Menschen leben. Friedrich Engels schrieb im Anti-Dühring, „daß die Menschen, bewußt oder unbewußt, ihre sittlichen Anschauungen in letzter Instanz aus den praktischen Verhältnissen schöpfen, in denen ihre Klassenlage begründet ist – aus den ökonomischen Verhältnisse, in denen sie produzieren und austauschen“. Natürlich gilt dieser Grundsatz in vollem Maße auch für die sozialistische Moral. Fragen wir uns zum Beispiel, warum Arbeiter in unseren volkseigenen Betrieben, Genossenschaftsbauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verantwortungsbewußt neue Initiativen zur Steigerung der Produktion entwickeln, Reserven am eigenen Arbeitsplatz aufdecken, es als ihre Ehre ansehen, die Qualität der Produkte zu verbessern, warum sie sich in ihren Kollektiven zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben kameradschaftlich zusammenschließen: Diese bewußte, gesellschaftliche Interessiertheit der Werktätigen wurzelt letztlich in der wachsenden Übereinstimmung persönlicher mit gesellschaftlichen Interessen. So entspricht die Verwirklichung der Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, den ureigensten Lebensinteressen aller Werktätigen. Deshalb wecken die für jeden sichtbaren Erfolge bei der Lösung der Hauptaufgabe, die persönliche Erfahrung, daß die sozialistische Gesellschaft alles für das Wohl der Menschen tut, ständig neue schöpferische Initiativen, Einsatzbereitschaft und verantwortungsbewußtes Handeln.

Darin wird deutlich, daß die sozialistischen moralischen Verhaltensweisen und Beziehungen fest in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet sind, in der historisch neuen gesellschaftlichen Stellung des werktätigen Menschen als sozialistischer Staatsbürger, Eigentümer und Produzent. In den verschiedensten Gremien hat er die Möglichkeit, auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mit einzuwirken. Zugleich aber erwächst daraus auch die Verantwortung, dieses grundlegende Recht tatsächlich wahrzunehmen und durch eigene Ideen und Taten einen persönlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt zu leisten. Dieses geschichtlich neue Verhältnis von Persönlichkeit und Gesellschaft, ihre wechselseitige Verantwortung füreinander, wie sie aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der politischen Macht der Arbeiterklasse erwächst, bestimmt das Neue der sozialistischen Moral. In der kapitalistischen

Gesellschaft hingegen, in der die arbeitenden Menschen der Kapitalverwertung und Profitmacherei untergeordnet sind, besteht objektiv ein tiefer Interessengegensatz zwischen der Monopolbourgeoisie und den Werktätigen – ob das dem einzelnen nun schon bewußt ist oder nicht.

Wir haben davon gesprochen, daß die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Menschen produzieren, tätig sind, ihr Leben gestalten, die grundlegende Bedingung ihres moralischen Verhaltens, ihrer gegenseitigen moralischen Beziehungen ist. Es wäre jedoch falsch zu

Die Herausbildung sozialistischer Verhaltensweisen ist ein widerspruchsvoller Prozeß der tagtäglichen Auseinandersetzung mit den immer wieder neuen und höheren Anforderungen des gesellschaftlichen wie des persönlichen Lebens, aber auch der Auseinandersetzung mit veralteten, hemmenden Auffassungen und Gewohnheiten. Nehmen wir das Beispiel der „Notizen zum Plan“, die in unserer Volkswirtschaft eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von Reserven für die Steigerung der Arbeitsproduktivität spielen. Bei diesen Notizen zum Plan geht es darum, daß die



Arbeiter im Reifenwerk Fürstenwalde, 1982

erwarten, daß neue Bedingungen automatisch neue Verhaltensweisen mit sich bringen. Das Bewußtsein der Verantwortung, die sozialistische Einstellung zur Arbeit, die Kollektivität in den gesellschaftlichen Beziehungen entstehen nicht von selbst, sie müssen vielmehr zielstrebig und bewußt in Gang gebracht und gefördert werden. Hierbei sind zwei Gesichtspunkte zu beachten, die eng miteinander verbunden sind: Einmal geht es um die eigene, praktische Tätigkeit in der Produktion, die praktische Mitwirkung an der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung, zum anderen um die sich auf dieser Grundlage vollziehende Erziehung und Selbsterziehung. Dabei haben die politisch-ideologische Arbeit der marxistisch-leninistischen Partei, die Gewerkschaften als größte Massenorganisation der Werktätigen und die Tätigkeit des sozialistischen Staates eine besondere Bedeutung. Wie im Programm der SED zum Ausdruck gebracht wird, kommt es darauf an, die Fähigkeit der Menschen zu bewußtem, zielstrebigem, verantwortlichem Handeln weiterzuentwickeln, einen hohen Stand ihrer Kenntnisse über die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu erreichen, überholte Verhaltensweisen wie Egoismus, Individualismus und andere Folgeerscheinungen der bürgerlichen Ideologie zu überwinden.

Arbeiter täglich notieren, wie die Maschinen ausgelastet sind, aus welchen Gründen Stillstandszeiten der Maschinen auftreten, welche Störungen sich im Produktionsprozeß ergeben und worin die Ursachen dafür liegen. Diese Notizen werden dann gemeinsam mit dem Leiter, mit dem Kollektiv ausgewertet, um die Arbeitsorganisation zu verbessern und die Produktivität zu steigern. Nach dieser Methode arbeiten heute schon über 120 000 Arbeiter in volkseigenen Betrieben der DDR.

Karl-Heinz Hübner aus dem VEB Reifenwerk Fürstenwalde, der diese Bewegung ausgelöst hat, sagt selbst, daß die Durchsetzung dieser Initiative mit mancherlei Schwierigkeit verbunden war. Denn schließlich bedeutet die Aufdeckung von Ausfallzeiten eine Kritik an der Leitungstätigkeit, rüttelt an herkömmlichen Maßstäben und Gewohnheiten, erfordert eine neue Denkweise des ganzen Kollektivs. Es bedurfte dazu der harten Auseinandersetzung mit Unterstützung der Parteiorganisation und verlangte Beharrlichkeit, um das als richtig erkannte Neue und Bessere auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Denn nach wie vor ist die Praxis Prüfstein für Bewußtseinsprozesse – auch im Hinblick auf das Entstehen und die Bewahrung neuer moralischer Prinzipien und Verhaltensweisen.

Max Hoelz – der Rebel aus dem Vogtland

Regelmäßig, Tag für Tag, erscheint in unserer Heimatzeitung eine kleine Kolumne „Kalenderblatt“, in welcher lokale Ereignisse von vor zehn, fünfzig und hundert Jahren beschrieben werden. Dem Zeitgeist folgend werden aber kaum soziale oder politische Vorgänge erwähnt, meist wird über Diebstahl und Raub, Feierlichkeiten, Betriebseröffnungen und -schließungen oder ähnliches berichtet. Nur selten, und dann auch nur andeutungsweise, werden Auswirkungen des kapitalistischen Systems thematisiert.

Nach der Niederlage im I. Weltkrieg und der Novemberrevolution herrschte in unserer Region bittere Not. Große Teile der Bevölkerung waren erwerbslos. Man lebte von Erwerbslosenunterstützung des Staates, die für eine

gekommen, seine Ideale von Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in die Tat umzusetzen. Er nutzte die kurze Zeit der fehlenden Staatsgewalt, um die Macht in den Händen der Arbeiterschaft zu gestalten und zu sichern. Ja, er forderte von den Besitzenden, seine Maßnahmen zu finanzieren; er stattete Arbeiter mit Waffen aus und bildete eine Arbeiterwehr; er nahm Geiseln aus den Reihen der alten Machtelementen, um seine Forderungen durchzusetzen. Mit all diesen Maßnahmen zog er sich naturgemäß den Haß der alten Machthaber zu, denn seine Ideale gingen weit über die Regeln und die Ordnung der bürgerlichen Republik hinaus. Noch während der „Kapp-Tage“ nutzten die Verteidiger der alten Ordnung ihre Möglichkeiten in Form der damaligen Massenmedien

erkennen, welchen Einfluß Hoelz als Persönlichkeit ausübt. ... Ein Räuberhauptmann, eine Rinaldo-Rinaldini-Natur ist Hoelz nicht. Er, der ehemalige Filmekklärer im Kino, ist ein tatkräftiger, selbstbewußter, vor allem ein durchaus ernst zu nehmender Mann, der die Verzweiflung und Erbitterung großer Kreise der vogtländischen Arbeiterschaft geschickt benutzt hat, um diese für seine eigenen Zwecke zu gebrauchen. Hoelz hat die Massen hinter sich. Das haben die vier großen Massenversammlungen der organisierten Arbeiterschaft am Mittwochabend bewiesen, in denen die geplante Resolution, nach der das Treiben des Hoelz und seiner Genossen verurteilt wird, völlig zu Wasser wurde und eine Gegenerklärung der allerschärfsten Form angenommen wurde. ... Unzweifelhaft kann man eine Parallele zwischen dem Ruhrgebiet und dem Vogtland ziehen. Dort wie hier besteht die gleiche sprunghafte industrielle Entwicklung und eine ähnliche Gestaltung der örtlichen Verhältnisse, für die besonders bezeichnend die ineinandergewachsenen dörflichen Gemeinden mit städtischem Charakter sind. Eine auf kleinem Raume eng zusammengeballte Bevölkerung, in der Arbeitslosigkeit in höchstem Maße herrscht, und die tatsächlich vorhandene Verelendung, die, unterstützt durch zunehmenden Mangel an Nahrungsmitteln aller Art, eine ungeheure Erregung gezeitigt hat, ist hier wie dort vorhanden. Von verschiedenen Seiten wurde mir bestätigt, daß die Belieferung mit Lebensmitteln, namentlich in der letzten Zeit, äußerst mangelhaft gewesen ist. Kein Wunder also, daß diese Erregungszustände nach einer Erledigung drängen. Daß ein Mann wie Hoelz, der neben anderem auch den Kampf gegen Wucherer und Schieber auf seine Fahne geschrieben hat, Zulauf in hellen Haufen hat, ist unter solchen Umständen erklärlich. ...“

Daß Hoelz mit seinen Idealen scheitern mußte, ist mehreren Umständen zuzuschreiben. Verglichen mit der Größe des Deutschen Reiches war das Vogtland nur ein kleines Gebiet, das leicht zu befrieden war. Die Masse der Anhänger Max Hoelz' war politisch ungebildet und nicht fähig, sich eine andere als die bestehende bürgerliche Ordnung vorzustellen. Ihr Streben war nur auf mehr Gerechtigkeit und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gerichtet. Das Land zu verwalten oder gar zu regieren waren sie damals noch nicht in der Lage.

Und heute? Im Interesse der Erhaltung und steten Festigung der bestehenden Ordnung werden die Fehlleistungen des Hoelz hervorgehoben, gar Lügen kolportiert und die Geschichte sehr einseitig dargestellt. Sie in ihrer Gesamtheit, Widersprüchlichkeit und Allseitigkeit darzustellen und zu vermitteln, haben sich nur wenige vorgenommen. Die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten, für die Hoelz sich eingesetzt, für die er gekämpft hat, werden benebelt von parteiischen Apologeten im Dienste des Kapitals, die durch bezahlte Schreiber unterstützt werden. Zeilenhonorar gegen Tatsachen ...

Peter Giersich
(Geschichtsverein Freundeskreis Max Hoelz e.V.)
Auerbach/Vogtland



Grab von Max Hoelz in Nischni Nowgorod

fünfköpfige Familie 57 Mark wöchentlich betrug. Dem standen Kosten von wenigstens 69 Mark entgegen. In dieser Situation trat ein Mann ins öffentliche Leben, den der große Schriftsteller und Diplomat F. C. Weiskopf charakterisierte als „einen aufrichtigen, blutvollen, leidenschaftlich liebenden und leidenschaftlich hassenden Menschen, der sich mit aller Energie und allem Ungestüm einer Idee hingibt, von deren sieghafter Größe und endgültigem Siege er sich überzeugt hat“. Max Hoelz kehrte aus dem Völkergemetzel des Weltkrieges zurück in dem Glauben, daß nun eine bessere, gerechtere Ordnung in Deutschland einkehren müsse. Ohne jegliche politische Bildung, nur der Stimme seines Herzens folgend, griff er in das gesellschaftliche Leben ein und versuchte gemeinsam mit Gleichgesinnten, das Leben der Ärmsten der Armen erträglicher zu gestalten.

Als im März 1920 restaurative Kräfte auf den Plan traten und die junge Republik samt ihren sozialen Errungenschaften aus den Angeln heben wollten, erhoben sich die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, riefen zum Generalstreik auf und fegten nach fünf Tagen die Putschisten von dannen. Allerorten entstanden gemeinsame Aktionsausschüsse und bewaffneten sich die Arbeiter; sie verteidigten die Republik und die Ergebnisse der Novemberrevolution. Max Hoelz sah die Zeit

– der Zeitungen –, um die Bestrebungen von Max Hoelz zu diffamieren. Die Reaktion auf die dauernde Hetze war dann die Zerstörung der Druckanlagen der „Neuen Vogtländischen Zeitung“ in Plauen. Dort konnte Hoelz auf große Zustimmung der Arbeiterschaft bauen, was die Teilnahme von über 15 000 Menschen am 28. März 1920 auf einer Kundgebung vor dem Plauener „Feldschlößchen“ belegt. Anders die Bourgeoisie der Vogtlandmetropole, die zähneknirsch immer wieder Kontributionen entrichten mußten.

Neben dem Ruhrgebiet war das Vogtland das einzige Gebiet, in dem auch nach Beendigung des Generalstreiks Arbeiter unter Waffen standen. Um ihre Leser über die Verhältnisse im Vogtland zu unterrichten, sandten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ am 8. April 1920 einen Korrespondenten nach Plauen. Dieser berichtete: „Dadurch, daß der kommunistische Diktator des Vogtlandes Hoelz in seinem Machtbereich auf Ruhe und Ordnung hält, unterscheidet sich sein Verhalten vorteilhaft von dem kommunistischen Treiben im Ruhrbezirk, das mehr und mehr in hemmungslosen Erpressungen und Plünderungen ausgeartet ist. Hoelz scheint auch eine große und noch wachsende Anhängerschaft zu haben, und die Tatsache, daß sich niemand bisher die ausgesetzte Prämie von 30 000 Mark zu verdienen gewagt hat, läßt

Das DDR-Fernsehen war besser als sein Ruf

Vor 25 Jahren, am 31. Dezember 1991 um Mitternacht, war Sendeschluß beim DDR-Fernsehen in Berlin-Adlershof. Manche Zuschauer waren glücklich, andere empört, die meisten eher wehmütig oder gleichgültig. Die Ohren waren taub vom Absturz und Abriß so vieler Betriebe und Institutionen in Ostdeutschland. Da fielen die zwei Großbetriebe Rundfunk und Fernsehen mit ihren 14 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur deshalb auf, weil sie unter Millionen Dächern quasi zur Familie gehörten.

Zum Zeitpunkt der „Abwicklung“ hatten diese Sender viele überlebte Prinzipien der früheren Informationspolitik abgelegt. Sie lieferten damals mit Einschaltquoten um 33 Prozent die meistbeachteten deutschsprachigen Programme. Und das, obwohl mehr Gerüchte als Nachrichten unterwegs waren, was dann Dementis verlangte. Der radikale Umbruch aller Existenzbedingungen weckte einen unstillbaren Informationshunger. Die Ausschaltung der zentralen Sender beim Erfahrungsaustausch aller ostdeutschen Regionen war keine „Panne“, sondern Bonner Wille und Weisung im Einheitsvertrag unter Artikel 36. Es ging um den Machtwechsel. Der war durch die neugewählten Leiter der reformierten Anstalten keineswegs behindert. Aber die radikale „Säuberungswelle“ wirkte dann wie eine „Narkose“ bei der materiellen und geistigen Enteignung der zurückgeholten ostdeutschen Provinzen.

Der NDR Hamburg griff sich die Funkhäuser Schwerin, Rostock und Neubrandenburg. Der Westberliner SFB hatte die Zentralen in Berlin und Potsdam als Beute. Der von Kanzler Kohl persönlich entsandte bayerische Chefentwickler, Rudolf Mühlfenzl, nagelte die Senderkette in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit einem Dutzend Studios zum mdr unter Münchener Patronat zusammen.

Da alle Massenmedien dieser Welt Machtinstrumente der einflußreichsten politischen und ökonomischen Kräfte sind, verlangte die angestrebte Meinungsführerschaft der Bonner Eliten die Entmachtung aller früheren Wortführer im Osten. Mit der Zersplitterung und Privatisierung der Medien war die „Leichenfledderei“ der Treuhand und vieler Glücksritter erleichtert. So wurden dann 12 354 Betriebe und Kombinate – vielfach für eine DM – verscherbelt. Drei Millionen Menschen wurden arbeitslos. Eine finanzielle Entschädigung der Bürger für das „entwendete“ Volksvermögen blieb aus. So blieben auch nur fünf Prozent des Produktivvermögens der DDR in

ostdeutschen Händen. Schließlich ging es auch beim Ostfernsehen um einige Speckbrocken. Da gab es die sechs Millionen Gebührenzahler, die sofort das Doppelte zu zahlen hatten. Da waren kostbare Sendekanäle für künftige Werbeprogramme zu kapern, was in zwei Jahren 400 Mio. DM brachte. Da warteten Hunderte Immobilien, zum Teil in lukrativer Lage. Das Land Berlin erbte 50 Grundstücke mit 231 Gebäuden. Da gab es gut ausgebildete Techniker, Kameraleute, Schauspieler, Redakteure und die Archive mit Senderechten und Lizenzen im Wert von einer Milliarde DM.

Der SPD-Vorstand beklagte die „CDU-Medienpolitik nach Gutsherrenart“. Beim mdr in Leipzig wurden fünf der sieben Chefposten mit westdeutschen Vertrauensleuten der CDU und CSU besetzt. Der neue stellvertretende Hörfunk-Intendant in Berlin, Jörg Hildebrand, ein Initiator der ostdeutschen Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“, klagte, daß die neuen Amtsträger „in das Leben des gewandelten Funkhauses hineinstießen wie Stoßtrupps in feindliches Gelände“. Der Ex-Botschafter der BRD in der DDR, Günter Gaus, staunte: „... daß unser System sich so entwickelt hat, daß Gesinnung ein Entlassungsgrund ist“.

Das alles klang, als hätte es die „Wende zu Demokratie und Freiheit“ nie gegeben. Man hatte nur die Türschilder auf den Korridoren der Macht ausgetauscht, um andere Interessen zu bedienen. Das wird aber bei keiner Einheitsfeier mehr gesagt.

Inzwischen wurden viele Bücher über die „Wende-Medien“ geschrieben. Die meisten stammen von westdeutschen Autoren. Sie schildern die Gängelung der ostdeutschen Medien, aber es wimmelt von Vorurteilen, Halbwahrheiten und einäugigen Betrachtungen. Stets fehlen objektive Vergleiche mit den eigenen Arbeitsbedingungen. Und gänzlich unterbleibt die Aufdeckung der Ziele, Methoden und Hintermänner jener massiven Kampagnen, mit denen die Destabilisierung der DDR über die offene Grenze im Äther betrieben wurde. Nach UNESCO-Maßstäben gehörten die DDR-Bürger zu den gut informierten Menschen dieser Welt. Hier gab es 39 Tageszeitungen in 8,9 Mio. Exemplaren; 32 Wochenzeitungen und Illustrierte mit 9,3 Mio. Stück Auflage; 523 Fachblätter für alle Sachgebiete; 32 theologische Periodika zum Kirchenleben mit 12,5 Mio. Exemplaren und 653 Betriebszeitungen in den Großbetrieben mit zwei Mio. Gesamtauflage. Hinzu kamen zwei Fernseh- und vier Radioprogramme. Außerdem lagen 80 Prozent des DDR-Gebietes im Einflußbereich der elektronischen Medien der BRD und Westberlins. Da wurde alles gesagt und gezeigt, was die DDR-Medien „übersehen“ hatten.

In der „Ostpresse“ war wenig Platz für Fürstenthochzeiten, Wunderheiler, Klatsch und Tratsch oder politische Spekulationen. Da warteten die Bewährungen nicht im Dschungelcamp, sondern auf den Großbaustellen. Aber die Sender wurden publizistisch immer mehr zu Megaphonen von oben nach unten, ohne kritische Rückkoppelung. Damit wirkten sie in den 80er Jahren mehr als Sprengsatz denn als Bindeglied zwischen Volk und

Führung. Es entsprach der sozialistischen Tradition, daß die Medien als Agitator, Propagandist und Organisator beim Aufbau der neuen Gesellschaft helfen sollten. Da zählte nicht nur, was die Leute wissen wollten, sondern ebenso, was sie wissen sollten als Mitbesitzer der Betriebe und Mitregierende im Staat. Das machte die Berichte der Plankommission genauso wichtig wie heute die täglichen Börsenkurse. Doch viele Artikel und Sendungen waren langatmig, gestelzt und schöngefärbt. Es wuchsen die Defizite bei der Erstinformation, beim Realismus und damit bei der Vertrauenswürdigkeit.

Dennoch hatte das DDR-Fernsehen damals, als es nur zwei bis fünf Programme in Konkurrenz gab, große Erfolge. Der „Polizeiruf 110“ schaffte oft zwischen 45 und 50 Prozent Sehbeteiligung. Und er wird heute noch wiederholt. Das Kinderprogramm war vorbildlich und half dem Sandmann zu überleben. Die Ratgeber, ob Anwalt oder Gartenfee, hatten Millionen Zuschauer. Das Fernsehballlet holte Preise auf allen Kontinenten. Der „Kessel Buntes“ brachte Weltstars ins Haus. Die Sportberichte waren Programm-Höhepunkte. Die Literaturverfilmungen kosteten Millionen, aber fesselten auch mehr Leute, als in alle Theater der Republik paßten.

Das Adlershofer Hauptprogramm band um 20 Uhr im Jahresdurchschnitt 1987 über 36 Prozent Zuschauer. Heute gelten 20 bis 30 Prozent als Traumquoten, denn es gibt über hundert Fernsehkanäle. Aber die Leute hatten nie so wenig Einblick und Durchblick wie jetzt. Die Wichtigkeiten ersaufen in den Nichtigkeiten. Wer die Wahrheit sucht, muß lange wach bleiben. An den meisten Abenden weiß man wirklich nicht, ob und wo das Einschalten noch lohnt. Sie kochen alle nur mit dem im Geist der Oberschicht gefilterten Wasser. Da war das Mineralwasser aus Adlershof doch oftmals gesünder, zumindest für die Erbauer einer besseren Welt.

Günter Herit
Berlin

Der Autor wurde 1933 geboren und war nach seinem ABF-Studium ab 1954 Radioreporter, später Direktor am Sender Schwerin, Leiter des Nachwuchsinstituts für Rundfunk und Fernsehen, danach Autor und stellv. Leiter im Bereich dramatische Fernsehkunst in Adlershof, anschließend Bereichsleiter für Unterhaltung, ab 1968 als Kommentator und Korrespondent bei der Aktuellen Kamera, für drei Jahre im Bonner Büro des DDR-Fernsehens, zuletzt Chefredakteur für Auslandsreportagen. Er schrieb Hörspiele, Fernsehfilme, Kabarettsszenen sowie etliche Bücher beim Eulenspiegel-Verlag und der edition ost.

(Aus „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke“, 12/2016)

Allen, die an detaillierten Informationen zu einzelnen Sendungen des DDR-Fernsehens interessiert sind, empfehlen wir gerne die Website <http://www.fernsehenderddr.de/index.php?script=ddr-tv-produktionen> Sie ist eine wahre Fundgrube.

„RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 11. Juli um 10.30 Uhr spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: Krieg und Frieden in den Medien – Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung.

Ort: „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

Kommentar eines Dokumentaristen zu einem seiner Filme

Rügen – Entdeckung einer Insel

Was soll es hier noch zu entdecken geben? Daß Rügen 926 Quadratkilometer groß ist und 90 000 Einwohner zählt – das lernen die Kinder in der Schule. Die Küste ist fast 300 km lang. Von keinem Punkt der Insel sind es mehr als 8 km bis zum Wasser. In diesem Sommer (1976) ergossen sich 750 000 FDGB-Urlauber über das Eiland, dazu weit über zwei Millionen Tages- und Wochenendurlauber. Wenn die Rügenger die Brücke über dem Strelasund hochzögen, gäbe es einen Stau bis Leipzig. Was kann es hier noch zu entdecken geben?

Goethe lehrt: „Man sieht nur soviel, wie man weiß.“ Wissen wir soviel über dieses schöne Stück Heimat, daß wir alles erblicken, erfassen, was es zu sehen gibt? Theodor Fontane, ein großer Kenner und Liebhaber Rügens, schrieb einst: „Nach Rügen reisen heißt, nach Saßnitz reisen, nicht nur nach dem Sande blicken, sondern auch auf die Landschaft.“ Natürlich ist Rügen nicht nur Saßnitz. Aber lebte Fontane heute, er würde raten: Nicht nur nach dem Sande und auf die Landschaft blicken, sondern auf die Menschen. Und auf die Geschichte. Und wie manches geworden ist.

Die Kreidefelsen: Wer kennt sie nicht? Aber warum dazu in unserem Film der letzte Satz der Brahmschen c-Moll-Sinfonie? Warum in Gingst kein Kriegerdenkmal mehr: „Kein schön'rer Tod ist in der Welt, als wer vorm Feind erschlagen“, sondern ein neues Denkmal, ein ganz und gar neues Gingst? Wer waren die „Nordlandfahrer“? Wieso will der frühere Einzelbauer Siegfried Burmester, parteilos, partout nicht mehr seine individuelle Kuh wiederhaben? Was hat es mit der „Walpurgisnacht an der Ostsee“ auf sich? Und warum fiele Ernst Moritz Arndt heute in der

BRD unter das Berufsverbot? Weshalb bedeutet das slawische „Samtens“ heute nicht mehr „Einsamkeit“? Was hat der Nichtsnutz Malte Fürst zu Putbus mit vielen hunderttausend Mark unseren guten Geldes zu tun? Was mögen „Broteinheiten“ sein? Was sollen neben dem ehrwürdigen Schinkelschen Leuchtturm von Kap Arkona diese merkwürdigen Exponate aus Metall, Plast, Farbe und Textilien? Was war mit Störtebeker und den Jungfrauen? Wieviel Flaschen mag ein Fischer mit auf Fang nehmen? Wie sieht eine Karl-Marx-Orden-Trägerin aus? Warum schreibt sich Rügenger Mahlkreide mit „h“? Wie kommt „englisches Edelblut“ nach Rügen? Oder eine Luxus-Yacht aus Lauterbach nach Amerika? Was mag am Bergener Plattenwerk Besonderes sein? Und was haben Lenins April-Thesen mit Saßnitz zu tun? Wie kann man mit 21 Jahren Revierförsterin werden? Denkmalschutz für eine Eisenbahn? Wer stand 1910 auf der Kurliste von Binz? Wieviel Kilometer läuft und wieviel Kilogramm schleppt eine Kellnerin im FDGB-Ferienheim bei 34 Grad Hitze? Und wieviel Verständnis findet ihre Schwerarbeit? Wie lebten Fischer und Bauern auf Mönchgut zur Zeit der Leibeigenschaft? Warum werden im Fischwerk jetzt mehr Sprotten verarbeitet? Was ist schlimmer für die Landwirtschaft: ein mittleres Sturmhochwasser oder eine Sommerbadesaison?

Wenn es auf Rügen nichts zu entdecken gäbe, hätten wir diesen Film nicht zu drehen brauchen. Wenn wir hier und jetzt unsere Entdeckungen beschreiben würden, brauchten wir den Film nicht zu zeigen. Neugierig wollen wir machen: auf unsere zweiteilige Reportage – und neugierig, mehr zu wissen, mehr zu sehen von unserer schönen Heimat. Viel Landschaft kommt vor – aber es ist kein Naturfilm. Tiere

kann man sehen (nicht nur Pferde, Kühe und Schweine) – aber es ist kein Tierfilm. Der Geschichte gehen wir nach – aber es ist beileibe kein Geschichtsllexikon. Wir wollen Rügen auch nicht geographisch erschließen: etwa systematisch von Norden nach Süden, also von Kap Arkona bis Klein-Zicker, oder von Westen nach Osten, dem Dänholm bis Saßnitz. Wir haben auch keine Kapiteleinleitung: Etwa Kapitel I = Geschichte; Kapitel II = Wirtschaft (unterteilt a. Industrie, b. Landwirtschaft); Kapitel III = Land und Leute; Kapitel IV = Strand und Ferien und so fort.

Es soll ein Mosaik werden aus kleinen und mittleren Steinchen – mit viel Original-Tönen, klugen Sätzen kluger „Ruganer“, mit sehr viel Musik, mancher Information, einigem Nachdenklichen – und mit vielen Pausen zum Sehen, Genießen und Nachdenken.

Drei Wochen waren wir „auf Motivsuche“. Aber auf Rügen braucht man Motive nicht zu suchen: Die Schwierigkeit besteht im Weglassen. Nach allem Weglassen blieben 90 Minuten übrig: zuviel für eine Sendung, aber – da schade um jede Kürzung – gut für zwei Teile. In dreieinhalb Wochen haben wir die 90 Minuten abgedreht. Während andere sich sonnten, haben wir geschwitzt – genauso wie die, die wir auch besuchten: die Getränke abfüllen, Brötchen backen, Würste stopfen, Lastwagen fahren und Lokomotiven führen oder Käse abpacken – damit es den Urlaubern an nichts mangelt.

Hoffentlich haben wir keinen „Käse“ gemacht. Es wäre schade: nicht nur ums Geld, sondern vor allem um die Freude, die wir bei der Arbeit hatten und die wir unseren Zuschauern wünschen.

Karl-Eduard von Schnitzler
(Aus „FF dabei“, 39/1976)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

Zum 97. Geburtstag

Prof. Dr. Hans-Gerhard Träger (Berlin)
am 22. Juni

Zum 95. Geburtstag

Joachim Durandt (Weimar) am 4. Juni

Zum 94. Geburtstag

Eberhard Kunz (Berlin) am 11. Juni

Zum 93. Geburtstag

Lutz Ludwig Jahoda (Heidesee, OT Wolzig)
am 18. Juni
Vera Tenner (Berlin) am 25. Juni

Zum 92. Geburtstag

Hugo Jensch (Pirna) am 20. Juni
Eva Letz (Berlin) am 25. Juni

Zum 91. Geburtstag

Wilhelm Möller (Leipzig) am 7. Juni

Zum 90. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Neubrandenburg)
am 6. Juni

Zum 85. Geburtstag

Anneliese Kettel (Nielebock-Seedorf)
am 5. Juni
Dieter Wulff (Rostock) am 9. Juni
Karl Bauch (Templin) am 12. Juni
Gottfried Neis (Ahlbeck) am 25. Juni
Heinz Langer (Berlin) am 27. Juni

Zum 80. Geburtstag

Manfred Fischer (Bad Lobenstein) am 4. Juni
Ruth Juhl (Berlin) am 12. Juni

Zum 75. Geburtstag

Udo Hammelsbeck (Drübeck) am 4. Juni
Andreas Ebermann (Frankfurt/ Oder)
am 19. Juni
Dolores Bunzendorf (Neubrandenburg)
am 27. Juni
Raimund Ernst (Ostseebad Rerik)
am 27. Juni

Zum 65. Geburtstag

Gabriela Eichner (Berlin) am 2. Juni

Zum 60. Geburtstag

Ralf Herrmann (Offenburg) am 3. Juni

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

MCCARTHYISMUS (3)

Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen

Die herrschende Klasse war nicht nur durch die innenpolitischen Forderungen der Arbeiter beunruhigt. Die internationale Position, die der Kongreß industrieller Organisationen (CIO) eingenommen hatte – der Gewerkschaftsverband hatte Mitte der dreißiger Jahre im großen Aufschwung der Arbeiterbewegung die Industriegewerkschaften vereint –, stellte eine definitive Bedrohung für die Träume von einer US-Weltherrschaft dar. Der CIO-Gewerkschaftsverband gehörte zu den Gründern des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) im September 1945. Während des CIO-Kongresses von 1946 billigten die Teilnehmer eine Entschließung, durch die jeder Vorschlag für die Teilnahme der USA an einem Block oder einem Bündnis, das sich gegen die Einheit der Alliierten richtete, zurückgewiesen wurde. Ganz offensichtlich mußte die herrschende Klasse aus ihrer Sicht dringend drastische Maßnahmen ergreifen, um die aktive Rolle der Arbeiterklasse zu brechen. Ein Streik von 400 000 Bergarbeitern im Frühjahr 1946 wurde durch die Regierung mit Gewalt beendet. Um diesem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft einen Anstrich von „Legalität“ zu geben, wurden nicht weniger als 200 Gesetzesvorlagen in den Kongreß eingebracht, mit denen die Gewerkschaftsrechte beschränkt werden sollten. Der Kongreß handelte ungewöhnlich schnell und nahm bereits im Juni 1947 das „Taft-Hartley-Gesetz“ an.

Drei Bestimmungen dieses Gesetzes hatten besonders verheerende Folgen für die Arbeiterbewegung. Die erste war der antikommunistische Revers – eine Bestimmung, die von allen gewählten Gewerkschaftsfunktionären verlangte, eidesstattlich schriftlich zu versichern, daß sie nicht Mitglied der Kommunistischen Partei seien und zu ihr keine Beziehungen hätten. Das war von besonderer Bedeutung, weil Kommunisten eine sehr wichtige Rolle bei der Schaffung des CIO gespielt hatten.

Eine zweite Bestimmung verlangte von den Gewerkschaften, einen Streik 60 Tage vorher anzukündigen. Schließlich wurde der Regierung das Recht zuerkannt, vor dem Beginn eines Streiks durch die Erklärung, der Streik sei „der nationalen Sicherheit abträglich“, eine 80tägige Wartezeit eintreten zu lassen.

Zur selben Zeit wurde der Druck auf die Führung des CIO mit dem Ziel verschärft, sie in die Planungen des kalten Krieges einzubeziehen. Der CIO-Präsident Philip Murray gab dem nach. Trotz dieser Entwicklung wandten sich beim CIO-Kongreß im Herbst 1948, mehr als ein Jahr nach Annahme des Taft-Hartley-Gesetzes, 50 Delegierte gegen den kalten Krieg. Aus Angst, derartige Fragen könnten auch in Zukunft während eines Gewerkschaftskongresses zur Abstimmung gestellt werden, änderte der CIO-Exekutivausschuß im Oktober 1949 die Gewerkschaftssatzung,

um Gewerkschaften ausschließen zu können, die sich „unter kommunistischer Kontrolle“ befänden. Auf dieser Grundlage wurden elf Gewerkschaften aus dem CIO ausgeschlossen, wodurch die Mitgliedschaft von sechs auf vier Millionen sank. Zur gleichen Zeit schuf der CIO rivalisierende Gewerkschaften in diesen Organisationsbereichen. Die Offensive der herrschenden Klasse hatte die Gleichschaltung der Arbeiterbewegung erreicht.

Auf der Grundlage des antikommunistischen Revers im Taft-Hartley-Gesetz wurden Kommunisten aus Gewerkschaftsfunktionen vertrieben, sogar in den Gewerkschaften, die vom

Sommer 1949 als großer Sänger und Internationalist ein Konzert in Peekskill im Staat New York abhalten wollte. Dieses Konzert wurde durch faschistische Horden gesprengt, und nachdem ein neues Konzert für die folgende Woche organisiert worden war, wurden die 15 000 Teilnehmer von weißen Schlägern angegriffen und brutal verprügelt, während die Polizei zusah.

Kurz darauf wurde Dr. W. E. B. Dubois, der 84jährige Wissenschaftler und Vorsitzende des Friedens-Informationszentrums, in Handschellen vor eine Untersuchungskommission geschleppt. Zur selben Zeit nahmen die „unpo-



Henry Winston 1963 auf dem VI. Parteitag der SED in Berlin

CIO ausgeschlossen worden waren. Außerdem führte die Regierung einen „Loyalitätseid“ für Beschäftigte im Bundesdienst, selbst in den niedrigsten Stellungen, ein, und 32 Bundesstaaten erließen zusätzliche Gesetze mit dem Ziel, progressive Menschen aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen.

Der staatliche Unterdrückungsapparat konzentrierte sich auch auf die Afroamerikaner. Die herrschende Klasse hatte erkannt, daß Unterstützung für den Frieden, für Abrüstung und für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion durch Afroamerikaner eine tiefgehende internationale Wirkung haben würde, insbesondere hinsichtlich der nationalen Befreiungsbewegungen, und daß eine von afroamerikanischer Seite ausgehende Kampagne für soziale und wirtschaftliche Gleichheit im eigenen Lande verstärkter Ausbeutung Paroli bieten würde.

Um die Akzeptanz der Außenpolitik zu erzwingen, wurden zwei fortschrittliche Führer der afroamerikanischen Bevölkerung besonderer Verfolgung ausgesetzt. Das geschah zur selben Zeit, da mit Henry Winston und Benjamin J. Davis zwei führende schwarze Kommunisten unter den Bestimmungen des Smith-Gesetzes angeklagt und ins Gefängnis geschickt wurden. Einer dieser Führer der Afroamerikaner war Paul Robeson, der im

litischen“ Verfahren mit gefälschten Anschuldigungen gegen Afroamerikaner zu. Zu ihnen gehörte der Fall der Sechs aus Trenton im Bundesstaat New Jersey, bei dem sechs junge Männer mit gefälschten Beweisen des Mordes angeklagt, aber durch Massenaktionen gerettet wurden. Dagegen wurden die Sieben von Martinsville im Bundesstaat Virginia, die unter dem Vorwand der Vergewaltigung angeklagt wurden, im Jahre 1951 hingerichtet. Den Hintergrund für diese ganze Entwicklung bildete die ununterbrochene Kampagne gegen Kommunisten, gegen ihre „Mitläufer“ und gegen die Sowjetunion. 1950 wurde das McCarran-Gesetz mit weitreichenden antikommunistischen Bestimmungen angenommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Generalstaatsanwalt seine erste Liste „subversiver“ Organisationen herausgegeben. Eine endlose Menschenreihe, Kommunisten und Nichtkommunisten, war auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene vor Untersuchungskommissionen gezerrt worden, wo man sie wegen der ihnen vorgeworfenen politischen Ansichten, die sich mit denen der kalten Krieger nicht deckten, schikanierte und einschüchterte. Aber zu keinem Zeitpunkt war die Reaktion in der Lage, die Opposition völlig zum Schweigen zu bringen.

Margrit Pittman
Gestützt auf „UZ“

BUCHTIPPS



► **Emil Carlebach: Hitler war kein Betriebsunfall.**

*Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die programmierte Diktatur
Mit einem Vorwort von Ulrich Sander*

Der Einzug der AfD in den Bundestag und in alle Landtage sei „für alle erkennbar ein sichtbares Zeichen für die politische Rechtsentwicklung in unserem Land“, schreibt Ulrich Sander in seinem Vorwort zur achten Auflage dieses Buches, die im Mai erschien. Ohne falsche Analogien zu ziehen, gewinne die historische Erinnerung an die Jahre 1932/1933 neue Aktualität.

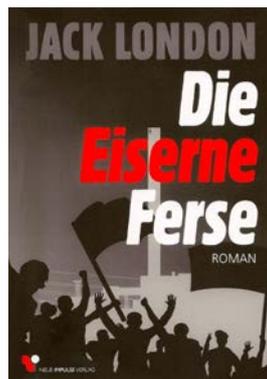
Der kommunistische Politiker, Journalist, antifaschistische Widerstandskämpfer und Häftling im Konzentrationslager Buchenwald Emil Carlebach (1914–2001) veröffentlichte diesen Band erstmals 1982. Sein Vorwort zur siebten Auflage, das er 1995 unter dem Eindruck der ersten Einsätze deutscher Kampfflugzeuge gegen Serbien schrieb, ist auch hier enthalten, ebenso einige Kapitel, die er damals unter dem Eindruck der Mordtaten, die Nazis seit 1990 in der BRD verübten, schrieb. Der Politik- und Rechtswissenschaftler Wolfgang Abendroth (1906–1985) steuerte 1982 ein Vorwort bei, in dem er skizzierte, wie die früheren Träger des Naziregimes in der BRD dafür sorgten, daß das Wissen um das Zustandekommen des „Dritten Reiches“ nach dem Beginn des Kalten Krieges „mit einem Schlag“ zurückgedrängt wurde. Was 1945 jedermann, der sich öffentlich äußerte, gewusst habe, sei nun den „Totalitaristen“, Kommunisten und Faschisten, gleichermaßen in die Schuhe geschoben worden, sei eine „Legendenwelt“ geschaffen worden. Die zerstöre Carlebach mit seinem Buch, das akribisch die Erinnerungen von Politikern der Weimarer Politik auswertet (ein Literaturverzeichnis und ein Personenregister sind dem Band beigefügt).

Der Autor enthüllt vor allem, welche Rolle der Zentrumsolitiker Heinrich Brüning – Reichskanzler von 1930 bis 1932 – beim Einfädeln der Kanzlerschaft Hitlers gespielt hatte. Der Konzernmann und Monarchist hatte mit dem Nazi ein gemeinsames Ziel: Revanche für den verlorenen Weltkrieg.

Außerdem enthält der Band den Text eines Vortrages des Historikers Reinhard Kühnl (1936–2014), den dieser 1982 vor

DGB-Funktionären in Frankfurt am Main hielt. Er befaßte sich dort mit drei Fragen: Warum beschlossen Industrie, Banken und Militär nach 1930 nachweislich, die Demokratie zu beseitigen? Wie gewann die Hitlerpartei Millionen Anhänger? Warum war die starke Arbeiterbewegung nicht in der Lage, den Faschismus aufzuhalten. Ein brennend aktuelles Buch. (as)

*Verlag Neue Impulse, Essen 2020, 223 S.,
16,80 Euro*



► **Jack London: Die Eiserne Ferse. Roman**

Jack London (1876–1916) zählt neben Maxim Gorki (1868–1936) und Martin Andersen Nexö (1869–1954) „zu den ersten proletarischen Schriftstellern der Weltliteratur“. Das schrieb der DDR-Literaturwissenschaftler Rolf Recknagel (1918–2006) 1973 im Nachwort zur ostdeutschen Ausgabe des Romans „Die eiserne Ferse“, mit der London 1908 die „Tyrannenklasse“ der kapitalistischen Gesellschaft meinte. Recknagels Nachwort ist auch in der neuen Ausgabe enthalten.

London beschreibt in dem Text einen mißglückten Aufstand des US-amerikanischen Proletariats, der sich von 1912 bis 1932 erstreckt habe. Ihm folgt im Buch eine faschistische Diktatur der Finanzoligarchie. Das Manuskript bricht vor der zweiten Revolte ab, der Autor überspringt sieben Jahrhunderte zum Zeitalter der „Menschenbrüderschaft“. Das Romanmanuskript, heißt es im ersten Satz, sei Anfang des 27. Jahrhunderts in einer alten Eiche entdeckt worden. Recknagel weist darauf hin, daß zu dem Zeitpunkt, als London das Manuskript abschloß, in den USA eine Gewerkschaft entstanden war, die auch ungelernete Arbeiter organisierte, die „Industrial Workers of the World“ (IWW). Die „Wobblies“ begannen rasch in verschiedenen Industriezentren zu wirken und versetzten durch ihre Aktionen die US-Oligarchie in Schrecken.

Aus der Sicht Recknagels war Londons Roman u. a. eine Abrechnung mit dem „Aristokratismus“ des Philosophen Friedrich Nietzsche (1844–1900). Dessen Auffassung von „Eliten“ wird von der „Oligarchie“ bei London übernommen. Aus der Sicht der „Menschenbrüderschaft“ war Nietzsche ein besessener

Autor, der sich „in den Wahnsinn bewegte“. Kein Wunder, daß Londons Buch sich 1933 auf der Nazi-Liste verbotener Bücher befand. Ein Klassiker sozialistischer Literatur (as)

*Neue Impulse Verlag, Essen 2020, 252 S.,
16,80 Euro*



► **Allan Merson: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland.**

Mit Vorworten von Peter Gingold, Karl-Heinz Jahnke und Ralf Jungmann

Der britische kommunistische Historiker Allan Merson (1916–1995) veröffentlichte 1985 sein Buch über den deutschen kommunistischen Widerstand gegen die Nazis in London. Erst 1999 erschien eine deutsche Ausgabe bei Pahl-Rugenstein. Die nun im Neue Impulse Verlag veröffentlichte 2. Auflage ist ein großes Verdienst, denn – so Ralf Jungmann im Vorwort vom Herbst 2019: „Das komplexe Werk von Merson ist weiterhin die einzige in sich geschlossene Darstellung des kommunistischen Widerstands, die mit den von ihr gesetzten neuen Maßstäben auf dem Gebiet der kommunistischen Widerstandsforschung immer noch ihresgleichen sucht.“ Das gelte umso mehr, „als das Thema Arbeiterwiderstand in den letzten 20 Jahren weitgehend widerspruchlos aus Wissenschaft, Schule, Öffentlichkeit und Gedenken verschwunden ist.“ Jungmann schreibt das dem unter Helmut Kohl erfolgten „Paradigmenwechsel“ zu. Der damalige Bundeskanzler hatte 1994 davor gewarnt, Kommunisten wegen ihres Widerstandskampfes zu ehren, weil sie eine andere „totalitäre Diktatur“ hätten schaffen wollen. Dieser Abwertung schlossen sich, so Jungmann, auch jene Teile der Linken an, die sich etwa in Thüringen der „Dämonisierung der DDR“ widmeten. Merson zeige dagegen, wie „eine selbstbewußte, kritisch-solidarische Aneignung der eigenen Geschichte“ aussehe. Peter Gingold (1916–2006) schrieb 1998 im hier erneut abgedruckten Vorwort zur deutschen Ausgabe, Mersons Buch „die umfassendste, die beeindruckendste, aber auch die bewegendste Darstellung des deutschen kommunistischen Widerstands, die ich je gelesen habe.“

*Neue Impulse Verlag, Essen 2020, 310 S.,
19,80 Euro*

Ein märchenhafter Gruß zum Kindertag

Es war einmal eine alte Geiß, die hatte sieben junge Geißlein und hatte sie lieb, wie eine Mutter ihre Kinder liebhat. Eines Tages wollte sie in den Wald gehen und Futter holen, da rief sie alle sieben herbei und sprach: „Liebe Kinder, ich will hinaus in den Wald, seid auf eurer Hut vor dem Wolf; wenn er hereinkommt, so frißt er euch alle mit Haut und Haar.“

Wie's weitergeht, wissen wir. Die Geschichte vom Wolf und den sieben jungen Geißlein

daran, daß wir am 1. Juni den Internationalen Tag des Kindes feiern. Die Lütten freuen sich: Der 1. 6. ist ein Sonntag! Die jüngsten Bürger der Republik können gemeinsam mit Eltern und Geschwistern feiern, frei von schulischen und häuslichen Pflichten, die sie wochentags ebenso ernsthaft zu erfüllen haben wie wir Erwachsenen. Nun ist es an uns, ihren Festtag ergebnisreich und schön zu machen.

Zu dem, was die Kleinen wie die Großen immer aufs neue anzieht, gehören die Märchen.

CANIS LUPUS lag ein struppiger Geselle, viel kleiner als in der Vorstellung und kaum konditioniert, Geißlein oder erkrankte Großmütter im ganzen zu verschlingen. Aber nicht nur das. Wie viele Kinder kennen einen Brunnen, in den man hinabstürzen kann? Wer war in einer Mühle, wo der Müller in den Sack greifen und die schwarze Pfote mit Mehl bestäuben kann? Und wer weiß genau, was Wackersteine sind?! Da tut sich eine längstvergangene Welt vor den jungen Hörern und Lesern auf. Das Geschichtenbuch wird zum Geschichtsbuch, dessen Überlieferungen bereitwillig aufgenommen werden, weil sie nicht als Lernstoff einherkommen. Ein Plädoyer also für das Märchen! Ich glaube, daß viele Kinder ihre erste Begegnung mit fremden Menschen und Völkern durch Märchen haben, die von unseren Verlagen in zahlreichen Ausgaben vorgestellt wurden.

Als die Exekutive der Internationalen Demokratischen Frauenföderation 1949 beschloß, künftig den 1. Juni jedes Jahres als Internationalen Kindertag zu begehen, stellte sie ihn unter die Losung: Für Frieden und Demokratie, für eine glückliche Zukunft aller Kinder! In den Ländern des Sozialismus wird diese Losung verwirklicht. Die Fürsorge der Gesellschaft beginnt bei der werdenden Mutter und begleitet das Kind in allen Phasen seiner Entwicklung bis zum Eintritt in die Welt der Erwachsenen. Ein Kind zu haben, ein Kind zu sein: beides ist hierzulande Gegenstand gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, die von der sozialen Sicherheit bis zur Verantwortung für die allseitige Erziehung und Bildung reicht. Am wichtigsten freilich scheint mir, daß der junge Mensch nicht als Objekt fremder Verantwortung, sondern als selbstverantwortliches Subjekt heranwächst, dem die Gesellschaft von früh an bestimmte Aufgaben und Pflichten überträgt! Es erfährt an sich, was sozialistische Demokratie ist – lange bevor es dem Begriff das erste Mal begegnet. Das Kind lernt frühzeitig, sein Tun als etwas zu begreifen, auf das andere warten und angewiesen sind. Daraus bezieht es Freude und Befriedigung, desto mehr, je mehr Selbständigkeit ihm eingeräumt wird. Daß zu alledem auch beträchtliche Aufwendungen gehören, wissen wir aus eigener Erfahrung.

So ist der Kindertag bei uns ein unbeschwerter Tag. Aber auch ein nachdenklicher Tag. Solange uns noch Bilder von hungernden, frierenden, verfolgten und gequälten Kindern erreichen, zu grauenhaft oft, als daß man sie den eigenen Kindern zeigen möchte, so lange ist der 1. Juni auch ein Tag der Mahnung. Und der Solidarität.

Von der Weisheit der Märchen war eingangs die Rede. Sie sind eines der Tore, durch die wir in die Welt eintreten. Deshalb verbinde ich meinen Gruß an die Kinder mit der Bitte an die Erwachsenen: Nehmt ein Märchenbuch, rückt unter die Lampe und lest eine der unvergänglichen Geschichten, die anheben „Es war einmal“ und schließen „Wenn sie nicht gestorben sind, leben sie noch heute.“

Peter Gugisch

(Aus „Weltbühne“, 21/1986)



zählt zu den bekanntesten deutschen Volksmärchen. Welch eine aufregende Geschichte! Da ist die besorgte Mutter, die ihre Kinder unbeaufsichtigt allein lassen muß, wobei auffällt, daß vom Vater (wie im Märchen vom Rotkäppchen) keine Rede ist. Da sind die Zicklein, die keineswegs dumm oder ungehorsam sind, nur eben unerfahren im Umgang mit einem so hungrigen und listigen Feind, wie es der Wolf ist. Der braucht immerhin drei Anläufe, sein Ziel zu erreichen, und dann noch entwischt ihm das Jüngste in den Uhrenkasten. Es macht Spaß, wie Klugheit über böse List triumphiert; und daß just das jüngste Kind den rettenden Schlupfwinkel findet, verdoppelt diesen Spaß.

Dann kommt die Mutter heim, und jetzt, erst jetzt macht das Märchen von seinem Recht auf das Unglaubliche Gebrauch: Sechs kleine Ziegen krabbeln unversehrt aus dem Wolfsmagen heraus und füllen ihn mit Steinen, so daß der Bösewicht in den Brunnen plumpst. Übrigens folgt selbst dieser Schluß – bei aller märchenhaften Übertreibung – der Logik der Geschichte. Kein Jäger und kein guter Geist kommen zu Hilfe: Mutter Geiß selbst schneidet und näht, und ihre eben erst befreiten Kinder müssen die Wackersteine herbeischleppen.

Wer sich darüber wundert, daß hier von einem Märchen die Rede ist, den erinnere ich

Nur in dem Alter, da man den Kinderschuhen entwächst und gern schon „groß“ sein möchte, kehrt man ihnen für eine kleine Weile den Rücken. Später, wenn das Erwachsensein ernst macht, entdecken wir sie wieder: ihren Zauber, ihre Weisheit, ihre unerschöpfliche Poesie. Dann haben wir gelernt, daß die Welt nicht so reinlich in „gut“ und „böse“ geschieden ist wie bei Schneewittchen und Dornröschen; dann wissen wir, kein Tischlein lädt uns ein, wenn wir es nicht zuvor gedeckt haben; dann haben wir in den Kämpfen der Zeit erfahren, auch wenn der Wolf getötet wurde, können die Geißlein, die er verschlungen hatte, durch nichts wieder lebendig gemacht werden. Wir sind wissender geworden. Wir haben begriffen, daß die „einfache Wahrheit“ nicht genügt. Zugleich aber spüren wir, daß die alten Geschichten durch neue Einsichten nicht entbehrlich geworden sind.

Jedes Kind versteht die überlieferten Märchen, obgleich sie voll sind von Dingen, die außerhalb der eigenen Erfahrung liegen. Ich rede nicht von bösen Königinnen und reizenden Prinzessinnen: Sie erscheinen den Kindern wie Figuren einer Spielzeugwelt. Ich denke zum Beispiel an den Wolf und erinnere mich, wie enttäuscht unsere Kinder waren, als sie dem vielbeschriebenen Bösewicht erstmals im Tierpark gegenüberstanden. Hinter dem Drahtzaun mit der Aufschrift

Sozialistische Lehrerbildung vor sechs Jahrzehnten

Begeisterte Kinder im „schwierigen“ Dorf

Inmitten der rauchgeschwängerten Schankstube eines Dorfgasthauses in der Prignitz stand eine Schar von 22 Blauhemden – Jungen und Mädchen einer Klassengemeinschaft des IV. Kurses vom Institut für Lehrerbildung in Kyritz. Etwas eng war es in dem Raum, aber das wurde weder von diesen jungen Menschen noch von den Zuhörern als störend empfunden. Es war ein sehr ehrliches und sehr kritisches Publikum: Genossenschaftsbauern, Traktoristen und junge Arbeiter – Teilnehmer einer MTS-Bereichskonferenz. Als die jungen Lehrerstudenten den Raum betraten, war so manches Witzwort zu hören: Gewiß wieder so eine Kulturgruppe, von denen zwölf auf Dutzend gingen. Diese Programme kannte man ja – ein fortschrittliches Lied, ein Gedicht, ein Akkordeon-Solo, das Rennsteig-Lied, noch ein Gedicht, und dann verschwanden sie wie eine Seifenblase – und gleich darauf waren sie vergessen.

Doch man hatte sich geirrt; diese Gruppe war anders. Schon die Tatsache, daß die Akteure auf keiner Bühne standen, sondern mitten unter dem Publikum blieben, verblüffte. So wurde jeder fast persönlich angesprochen, ob er nun an der Theke lehnte oder irgendwo auf einem Schemel saß. Vor allem aber: Was da gesagt wurde, war nicht „Schema F“. Man sah den jungen Menschen an, wie sehr sie bei der Sache waren. Sie fragten den Bauern, den Traktoristen, den Agronomen, ob sie das in den letzten zwölf Jahren schwer Erworbene wieder hergeben, ob sie dulden wollten, daß Mensch und Vieh und Flur von einigen Wahnsinnigen radioaktiv verseucht werden.

Als der Agitprop-Trupp längst die Konferenz verlassen hatte, gingen Diskussionsredner immer wieder auf den mahnenden Appell der jungen Lehrerstudenten ein – und das will schon etwas heißen bei Menschen, die nur Fachfragen besprechen wollten ...

Die Jungen und Mädchen hatten wieder einmal selbst erlebt, wie wichtig ihre Arbeit ist. Wieviel Widerstand war noch wenige Monate zuvor dem Vorschlag entgegengebracht worden, alle elf Klassen sollten unter Anleitung ihres Klassenleiters ein Agitprop-Programm ausarbeiten! Auf der Straße, auf dem Marktplatz, am Bahnhof singen und sprechen? Nein, da hatte man denn doch Hemmungen. Was der Institutsleitung da nur wieder eingefallen war? Nun, nicht mehr und nicht weniger, als endlich den einzelnen aus seiner

Anonymität herauszuholen (im 80-Mann-Chor auf der Bühne kann man so schön von Kampf und Sozialismus singen, ohne aufzufallen!), und daß man gerade in früher rückständigen Gebieten neue Formen der kulturpolitischen Arbeit anwenden muß. Entscheidend war: Wie kann man diese Notwendigkeit mit der Erziehungs- und Bildungsarbeit verbinden, um das sozialistische Bewußtsein der künftigen Lehrer zu entwickeln?

Kulturarbeit an einem Lehrerbildungsinstitut muß darauf orientiert sein, daß der Schüler

Der erfreulichste Erfolg unserer Arbeit lag darin, daß Schülerinnen des IV. Kurses sich während ihres sechswöchigen Schulpraktikums daranmachen, mit ihren Schülern Programme einzuüben, die der Mentalität der Kinder entsprechen. Die Praktikantin Edith B. trat mit ihrer kleinen Gruppe im vollbesetzten Gasthaus eines sogenannten schwierigen Dorfes mit großem Erfolg auf. Sie hatte das Programm „Kampf dem Atomtod!“ vereinfacht, die Begriffe erklärt und ältere Schüler aus dem Dorf zur Mithilfe gewonnen. Die Kinder waren so begeistert

bei der Sache, daß sie mehrfach schon morgens um sieben Uhr zur Schule kamen, um ihren „Auftritt“ vorzubereiten. Inzwischen haben diese Lehrerschüler in den verschiedensten Kreisen des Bezirkes ihre Arbeit aufgenommen.

Am Institut selbst wetteifern alle elf Klassen miteinander, um zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, zur Wahl und zum Gründungstag der KPD gute „Straßenprogramme“ auszuarbeiten. Neben den „Feuerreitern“ gibt es die Gruppe

„Rotes Sprachrohr“, „Spartakus“, „Die zündenden Funken“, „Rosa Luxemburg“ usw. Waren es anfänglich nur die Lehrer, die Texte schrieben, Gedichte und Lieder vorschlugen, so zeigt sich jetzt eigenes Suchen und der Wunsch, das Programm selbständig einzustudieren. Besonders stolz sind unsere Freunde auf den Erfolg zweier Gruppen im Volkskunstaufgebot.

In den Wochen der Wahlvorbereitung traten unsere Agitprop-Gruppen sowie die Blas- und Tanzkapelle allein im Oktober dreißigmal auf. Dabei lernen wir immer besser, das Studium mit dem Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion und der Agitprop-Arbeit zu verbinden, um einen neuen Typ sozialistischer Landschullehrer zu erziehen, der ein guter Pädagoge, Initiator kultureller Arbeit und – aufgrund seiner polytechnischen Bildung – ein wertvoller Verbündeter unserer Genossenschaftsbauern ist.

Helmut Hellge
(Aus „Sonntag“,
46/1958)



Postkarte des Kyritzer Lehrerseminars nach Fertigstellung 1871

lernt, damit auf andere einzuwirken. Dieser Aspekt kulturpolitischer Arbeit gilt in besonderem Maße für den sozialistischen Landlehrer. Er muß neben dem fachlichen und politischen Wissen mindestens ein Musikinstrument beherrschen, einen Chor leiten können und einige Kenntnis im Laienspiel haben. Am Kyritzer Institut nimmt ein beträchtlicher Teil des Kollegiums selbst, aus persönlicher Neigung, am kulturellen Geschehen teil. Und was ist wirksamer für Schüler, als Lehrer zu sehen, die ihre Forderungen auch selbst verwirklichen! So arbeiten Lehrer und Schüler gemeinsam in Spielgruppen, andere wirken aktiv in Veranstaltungen des Kulturbundes mit, es gibt ein Blasorchester (das beim Deutschen Turn- und Sportfest mit einer Silbermedaille ausgezeichnet wurde ...), eine Tanzgruppe, und anderes.

Die Bildung der Agitprop-Gruppe war ein Schritt nach vorn. Hier sind die Möglichkeiten der erzieherischen Einflußnahme am stärksten. Der einzelne wird nicht nur veranlaßt, seine persönliche Aussage mit seiner Haltung zu identifizieren; diese Form der kulturpolitischen Arbeit trägt auch zum sicheren Auftreten, Sprechen und Anwenden politischer Argumente bei. Darum fördern wir diese Entwicklung an unserem Institut. Im Herbst 1957 gab es lediglich die Gruppe „Der Feuerreiter“; im Frühjahr 1958 kamen die „Leuchfeuer“ hinzu.





LESERBRIEFE

Zu Werner Voigt: *Ein Leben lang auf Spuren der Klassiker*, RF 267, S. 24

Über den Beitrag zum 125. Geburtstag von Walther Victor habe ich mich gefreut.

Als kleiner Junge habe ich Victor in Basel persönlich kennengelernt. Mein Großvater Paul Fell war während der Nazi-Zeit Redaktor der Tageszeitung „Seeländer Volksstimme“, die in der Schweiz in Biel erschienen ist. Er hat in dieser Zeit Beiträge von Walther Victor veröffentlicht, die in Nazi-Deutschland nicht erscheinen konnten. Damit hat er Victor in der Emigration zu einem bescheidenen Einkommen verholfen, wofür dieser ihm sehr dankbar war.

Nach dem Krieg hat dann Walther Victor in den 50er Jahren meinen Großvater in Basel besucht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich ihn mit meinem Großvater auf dem Bahnhof abgeholt habe. Ein paar Jahre später habe ich dann seine für Kinder geschriebenen Bücher über Karl Marx und Friedrich Engels, der er uns geschickt hatte, gelesen. Es freut mich, daß Walther Victor nicht vergessen ist. Vielen Dank für den Gedenkartikel!

Stefan Hofer, Basel

„Es ist an allem zu zweifeln“ ist ein von Marx geprägtes Motto, das auch für mich gelten kann. Doch an einer Sache habe ich nie gezweifelt: Es ist meine tiefste Überzeugung, daß die Deutsche Demokratische Republik der beste Staat war, den es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Trotz mancher Ecken und Kanten.

Ich habe die DDR mehrmals besucht, aber selber dort nicht gelebt. Daher war es mir auch einerlei, ob es dort die Bildzeitung gab oder nicht und ob die Bananen kleiner waren als in der BRD oder nicht. Als jemand, der aus der „Dritten Welt“ kommt, gab es für mich einen entscheidenden Prüfstein: Wie steht die DDR zur Frage von Krieg und Frieden. Von Beginn an galt ihr Kampf dem Friedenserhalt und der Abrüstung. Ich erinnere mich an die Reden des am 2. April in Berlin verstorbenen DDR-Außenministers Oskar Fischer auf UN-Vollversammlungen. Das waren wahrhaft Friedensreden. Seit der Friedensstatt DDR nicht mehr da ist, wird nun das groß gewordene Deutschland am Hindukusch und am Horn von Afrika verteidigt. Die Bundeswehr – sie Kriegsmaschinerie zu nennen, wäre treffender – treffender, ist derzeit weltweit auf sechzehn Kriegsschauplätzen im Einsatz. Mit der DDR hätte es so etwas nie gegeben.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Zu „RotFuchs“, Nr. 267 und 268

Nach Lektüre der beiden Ausgaben, bei Betrachtung der Gestaltung der Seiten, des breiten Themenspektrums sowie der literarischen und graphischen Beiträge ziehe ich vor allen an der redaktionellen wie technischen Herstellung und dem Vertrieb des „Rotfuchs“ Beteiligten den Hut. Ich stelle mir vor, daß es eine große Anstrengung ist, Monat für Monat eine derartige Meisterleistung zu erzielen. Als alter Journalist bin ich auch beeindruckt von den stets pointierten Überschriften. Nebenbei: Bei ausführlichen Texten würde ich mir zuweilen Zwischen-Überschriften (als Mittel der Strukturierung und der graphischen „Auflockerung“) wünschen. Als optische Bereicherung und Mittel besondere Akzente zu setzen, sehe ich, daß künftig die Farbe ROT im „Rotfuchs“ eingesetzt werden kann. Als sehr nützlich schätze ich die Inhaltsangabe auf Seite eins. Die Geburtstagsliste sowie die Einzel-Glückwünsche nehme ich als Ausdruck der Verbundenheit von Menschen wahr, die für eine friedliche, sozialistische Welt kämpfen. Der „RotFuchs“ gibt diesen Monat für Monat Ein- und Ansichten sowie historische Rückblicke, die ich als in hohem Maße nützlich erachte.

Wie Arnold Schölzel im Leitartikel die exemplarische Bedeutung aktueller Ereignisse deutlich macht, erachte ich – in Sinn und Form – als Aufklärung. Bei der Nachlese seiner Kolumne „Die Saat geht auf“ (April-Ausgabe) habe ich sogleich an die jüngsten Aussprüche des Herrn Gauland gedacht. Der Beitrag über die Militarisierung der Ostsee ruft in mir Erinnerungen an das Motto der Rostocker Ostsee-Woche auf, die ich Anfang der siebziger Jahre zweimal erleben durfte.

Die Situation, wie sie heute herrscht, ist jenen zu „danken“, die sich als Protagonisten einer „friedlichen Revolution“ feiern lassen ... Treffend finde ich, daß der „RotFuchs“ diesen kürzlich vorgehalten hat, zu dem, was sie angerichtet haben, zu schweigen. Der Artikel „Als die NSDAP zum ersten Mal Regierungspartei wurde“, verfaßt von dem leider verstorbenen Historiker Rainer Zilkenat, verstehe ich als Warnung, die Faschisten unserer Zeit zu unterschätzen. Bedeutsam finde ich, daß die Wertschätzung von Albert Einstein für Lenin dokumentiert wird. Hier gibt es eine Art Brückenschlag zu fortschrittlichen bürgerlichen Intellektuellen. Die Worte der Pastorin A. Behnken zeigt: Es gibt Christen, die uns nahe sind.

Besonders dankbar bin ich für den Artikel „Ursachen und Hintergründe des libyschen Krieges“. Er macht deutlich, was die Ermordung von Staatspräsident Ghaddafi für die Menschen dieses einst blühenden Landes bewirkt. Daß der eingehenden Analyse eine Erinnerung an den Film des Studios H&S über den fluchtartigen Abzug des US-amerikanischen „Trainingscamps“ („Bye-bye Wheelus“) im Zuge der libyschen Revolution beigefügt war, erinnert an das Engagement der DDR. Ich finde diese Erinnerung bedeutsam, und sie zeugt von der verantwortungsvollen Professionalität der „Rotfuchs“-Redaktion. Gefreut habe ich mich im Zusammenhang des Schwerpunktes 1945, eine Erinnerung an Karl Gass sowie Texte von Becher und Hermlin zu lesen. Vor dem Hintergrund der regierungsamtlichen Beschwörung des Zusammenhaltens in der „Virus-Zeit“ finde ich den Beitrag „Es gibt kein ‚Wir‘ in der Klassengesellschaft“ besonders wichtig. Dies gilt in gleicher Weise für den aktuellen Beitrag aus der Serie „Wissenschaftliche Weltanschauung“, die ich aus dem Deutschlandsender erinnere, über „kommunistische Erziehung“.

Der Rubrik „Herzliche Glückwünsche“ entnehme ich, daß Rudi Kurz morgen sein neunundneunzigstes Wiegenfest erleben wird. Ich kenne und schätze einige seiner Filme sehr. Überhaupt freue ich mich, wenn Menschen, die ihr Leben auf der richtigen Seite der Barrikade eingesetzt haben, lange auf der Welt bleiben. Und dabei hoffe ich natürlich, daß sie gesund geblieben sind und es ihnen wohl ergeht.

Rudolf Schwinn, Bonn

Zu Hans Schoenefeldt: *Widerspruch zum Märchen vom ostdeutschen Antisemitismus* (RF Nr. 265, S. 10)

Dies vorweg, ich kenne den von H. Sch. rezensierten Text von Michael Brumlik „Ostdeutscher Antisemitismus – wie braun war die DDR?“ nicht, aber ich erkenne ohne Einschränkung das „Unbehagen“ des Autors mit dem von ihm besprochenen Artikel/ Aufsatz.

Genau das war es nämlich, das mich 2007 zur Tat schreiten ließ. Ich ertrug einfach nicht mehr länger die pauschalen Aussagen über die angeblich völlige Nichtbeachtung des Themas „Juden, Judenverfolgung, Antisemitismus ...“ in der DDR. Ich wußte es einfach besser, denn als ausgebildete Bibliothekarin und mit jüdischem Familienhintergrund hatte ich zwei Jahrzehnte Buchrezensionen genau zu Titeln mit dieser Thematik gemacht.

Über den Zeitraum von zwei Jahren erarbeitete ich deshalb eine Bibliographie, die ich „Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945–1990“ nannte. Einen Verlag oder eine Institution dafür zu gewinnen, schien fast unmöglich. Die Verlagsgesellschaft mbH Das Neue Berlin, mit der Detlef Joseph wegen seines Manuskriptes „Die DDR und die Juden“ in Verhandlungen war, entschied dann nach Einsicht in meine Arbeit, seine kritische Untersuchung und meine Literaturzusammenstellung in einem Band zu vereinen; im März 2010 erschien sie. Am 17. 3. 2010 wurde das Buch zum ersten Mal in der Öffentlichkeit vorgestellt, es folgten noch einige wenige Veranstaltungen mit den Autoren. Rezensiert wurde es im ND, in „Ossietzky“, in der „jungen Welt“.

Schon im Herbst 2011 wurde uns mitgeteilt, daß das Buch wegen zu geringer Verkaufszahlen aus dem Angebot genommen, also verramscht wird. Das „neue deutschland“ hatte anscheinend keinen Bedarf, sich zu informieren, zumindest, wenn es um eine Darstellung von „Insidern“ ging. Unabhängig von mir hatte die Filmwissenschaftlerin Elke Schieber offenbar das gleiche Bedürfnis, eine Arbeit vorzulegen, bei der aber nicht die Bücher, sondern Filme zum Thema im Focus stehen sollten. In der „Schriftenreihe der DEFA-Stiftung“ erschien 2016 unter dem Titel „Tangenten. Holocaust und jüdisches Leben im Spiegel audiovisueller Medien der SBZ und der DDR 1946 bis 1990“ eine

Dokumentation, zu der die Autorin fast ein Jahrzehnt recherchiert hatte. Der Historiker Prof. Kurt Pätzold, bescheinigte in seiner Rezension im ND der „Bibliographie, sie sei eine bibliographische Meisterleistung“. Der Rezensent Günter Agde schrieb in der gleichen Zeitung: „Die Enzyklopädie gehört in die Handbibliothek eines jeden, der sich mit dem medialen Umgang mit Faschismus und Judenmord befaßt.“ Schließlich hat Daniela Dahn in ihrem Buch „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung“ auch den Versuch unternommen, die Erinnerungskultur in den beiden deutschen

Staaten zu analysieren, insbesondere in bezug zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Als Untermauerung ihrer Thesen benutzt sie meine Bibliographie und die Dokumentation Elke Schiebers. Und sie beendet ihre Betrachtung damit, daß angesichts dieser Beweise eigentlich auch der größte Ignorant überzeugt sein müßte ...

Ein Land, dessen „Antisemitismus“ angeblich Bestandteil der offiziellen Staatsräson war, hätte wohl kaum eine solche Fülle künstlerischer Arbeiten zugelassen!

Renate Kirchner, Berlin

Die herrschende Klasse ist weiter mit der „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beschäftigt, nicht zuletzt deshalb, weil im Bewußtsein der Bürger zunehmend Platz greift, was wir verloren haben und wo viele mit Illusionen über die „Wiedervereinigung“ – die Okkupation der DDR – letztlich gelandet sind. Es ist sehr bedauerlich, daß die in der Partei Die Linke tonangebenden Kräfte sich hier ebenfalls aktiv betätigen. Notwendig wäre es zu erklären, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in der Lage ist, auch nur eines der heute brennenden Probleme zu lösen. Sie kann der Welt keinen Frieden bringen, unseren Planeten nicht vor den durch die Profitgier des kapitalistischen Systems verursachten Gefahren für die Umwelt schützen, ein friedliches Zusammenleben aller Völker und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in sozialer Sicherheit nicht ermöglichen. Das Wichtigste ist, daß wir unsere Überzeugung bewahren: Der Schlüssel ist unsere Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Marx, Engels und Lenin haben den Nachweis erbracht, daß sich auch die menschliche Gesellschaft nach objektiven Gesetzen entwickelt. Daraus folgt: Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Die Zukunft wird die sozialistische und kommunistische Gesellschaftsordnung sein. In der UdSSR, den anderen sozialistischen Ländern und der DDR wurde der historische Beweis angetreten, daß eine neue Gesellschaft möglich ist. Davon sind wir gegenwärtig weiter entfernt als in den 70 Jahren nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, und unser Ziel wird sich nicht im Selbstlauf verwirklichen. Es gibt zur Zeit keine Bedingungen für einen Sieg sozialistischer Revolutionen. Wir haben eine schlimme Niederlage erlitten, das internationale Kräfteverhältnis hat einen dauerhaften Sieg noch nicht ermöglicht. Aber das wird nicht so bleiben. Fortschrittliche Bewegungen haben auch in der Vergangenheit schwere Niederlagen erlitten, denken wir an den Spartakusaufstand, den großen deutschen Bauernkrieg, die Kämpfe in den zwanziger Jahren in Mitteldeutschland und Hamburg, den Faschismus in Deutschland und anderen Ländern. Aber letztlich haben diese Niederlagen auch stets zu gesellschaftlichen Fortschritten geführt, fortschrittliche Kräfte haben nie dauerhaft aufgegeben, und auf diese historische Zuversicht sollten wir uns stützen, auch wenn wir heute als über Achtzigjährige eine sozialistische Gesellschaft nicht mehr erleben werden. Das Wichtigste ist, daß sich auch in Deutschland wieder eine marxistisch-leninistische Partei mit Masseneinfluß entwickelt, daß Schluß gemacht wird mit einer Position, wie sie heute leider auch Linie der Linken ist, die Konzeption der „weltanschaulichen Neutralität“, des Pluralismus, der Idee durch „Transformation“ und Reformen zu einer neuen Gesellschaft zu kommen, und des Buhlens um Sitze in Regierungen, die nichts anderes sind, als Verwalter der Kapitalinteressen.

Natürlich muß eine solche auf die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und breite Kreise des Volkes orientierte Partei zu den Gegenwartsfragen Stellung nehmen, politischen Bewegungen eine Orientierung geben, und sich mit allen antifaschistischen, demokratischen, für den Schutz der Umwelt, gegen Rassismus und Antisemitismus kämpfenden Kräften verbünden. Das große, im Kommunistischem Manifest und den Werken unserer Klassiker konzipierte Ziel darf nicht aus dem Auge verloren werden, und es muß weiter daran gearbeitet werden, was in Auswertung der 70 Jahre sozialistischer Entwicklung künftig besser gemacht werden muß. Zu allem leistet der „Rotfuchs“ einen wertvollen Beitrag, und dafür möchte auch ich meinen Dank aussprechen.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Corona-Krise ist immer noch in aller Munde und ein Virus konnte sich zu dem entwickeln, was wir unter einer Krise des Kapitalismus verstehen. Es ist oft nicht ganz leicht, die Zusammenhänge der Vorgänge, Finanzgeschäfte, sprudelnder Milliarden und ihrer Wirkungen zu verstehen.

Auch die Corona-Krise legt offen: Es hat mit Wirkungen dieser kapitalistischen Produktionsweise zu tun, mit Störungen der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Mit hunderten Milliarden wird, wie schon in der Finanzkrise, die Krise „bekämpft“. Sie geht einher mit gewaltiger Kapitalvernichtung. Was Corona-Krise genannt wird, fällt offenbar zusammen mit der sich längst entwickelnden Wirtschaftskrise.

Für alle jene, die weniger vertraut mit den Finanzgeschäften sind, die zu Zeiten des Sozialismus auch weitgehendst unkomplizierter, weniger verworren und undurchsichtig waren, wäre es wünschenswert, die Zusammenhänge etwas vereinfacht darzustellen und zu kommentieren. So z.B. Antworten dazu: Woher kommen plötzlich die vielen Milliarden, wo es mitunter für Soziales an Minibeträgen fehlt? Welche realen Geldwerte stehen dahinter, wo und bei wem nimmt der Staat die Anleihen, Kredite auf, sind es auch Vorgriffe auf Steuereinnahmen also Verschuldung? Wie gesellschaftlich dienlich sind Verschuldungen, die überwiegend dazu dienen, dem Großkapital entgangene Profite zu ersetzen? Haben die vielen Milliarden auch damit zu tun, daß Billionen an brachliegendem Kapital damit profitabel zu machen sind? Welchen Hintergrund hat der Streit um die Eurobonds und wie vergleichbar ist der Vorgang z.B. mit dem Länderausgleich? Zeigt sich an dem Streit nicht letztlich, daß eine EU-Wertgemeinschaft undenkbar ist in einer Gemeinschaft von Räubern? Wie laufen die Anleihegeschäfte? Wie lassen sich die Erscheinungen in unsere Verständnis von Krisen bringen und erklärbar machen?

Roland Winkler, Aue

Tagtäglich wird man von allen Seiten mit neuen Hiobsbotschaften überschüttet, aber es wird in den bürgerlichen Medien kaum über die Ursachen und notwendigen Konsequenzen ernsthaft diskutiert, geschweige denn gesellschaftliche Perspektiven aufgezeigt.

Anhand der Corona- und auch Umweltkrise wird überdeutlich, daß die Existenz der Menschheit extrem gefährdet ist. Menschliche und materielle Ressourcen werden im Interesse eines ungebremsten Wachstums und der Gier einiger weniger nach Maximalprofiten, auf Teufel komm raus, verbraucht. Trotz vielfacher Warnungen und Proteste wurde die unselige Schuldenbremse auf Bundes- und

Länderebene eingeführt, um der schwarzen Null willen nicht nur im Gesundheitswesen gespart und das alles noch als Erfolg bejubelt. Doch denen, die man die Helden unserer Tage“ nennen könnte, wird ein auskömmliches Einkommen verwehrt, medizinische Kapazitäten, wie Krankenhäuser, werden heruntergefahren bzw. sogar geschlossen. Was ist zu tun?

Man muß ein Gesellschaftsmodell jenseits vom Kapitalismus und Marktfetischismus denken und in die Tat umsetzen. Ein erster Schritt wäre die Vergesellschaftung der lebenswichtigsten Bereiche und die Reprivatisierung des Gesundheitswesens, der Wohnungswirtschaft, der Verkehrs-, Abfall- und Wasserwirtschaft ... Alle, der dem Gemeinwohl dienenden Entscheidungen müssen wesentlich stärker einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Raimon Brete, Chemnitz

Mein kürzlicher Wochenendeinkauf versetzte mich in eine irrationale Welt. Die Schweriner Innenstadt war leergefegt und Parkplätze für Fahrräder standen diesmal genügend zur Verfügung. Die Geschäfte des Schloß-Park-Center' sowie die des Altstadt-zentrums waren größtenteils geschlossen.

Eine gedrückte, kalte Stimmung erfaßte mich. Man nennt das wohl auch Unbehagen.

Meinen restlichen Einkauf wollte ich in der Kaufhalle der Weststadt erledigen. Der Einlaß wurde durch einen bis zum Hals tätowierten Mann kontrolliert, der sicher auch um seine Existenz bangt und froh über diesen gering bezahlten Job ist, obwohl ihm seine Lustlosigkeit durchaus anzumerken war ...

Dieser Stadtteil gehört (noch) nicht zum sozialen Brennpunkt. Dort wohnen überwiegend Ältere. So ist hier eher Resignation als Aufbegehren zu erwarten. Auch um „Defender 2020“ ist es still geworden. Angeblich wurde das größte NATO-Manöver seit 25 Jahren abgebrochen, besser, „auf Eis gelegt“. Auffallend ist, daß es dazu keine offiziellen Meldungen gibt. Die Mobilmachung einer solchen militärischen NATO-Maschinerie, wie es sie seit 1945 vor den Grenzen Rußlands nicht gab, wurde vermutlich einfach wie ein Geschäft für Waren des täglichen Bedarfs vorübergehend „geschlossen“. Und was nicht übersehen werden darf: Die gegenwärtige Virus-Hysterie wird zum Anlaß und Instrument, um neue Erlasse und Gesetze zu verabschieden, über deren Ausmaß die Mehrheit der Bevölkerung im Unklaren bleibt. Werden die milliardenschweren Rettungspakete wirklich dem Überleben des „kleinen Mannes“ dienen und wer sind die Gläubiger, bei denen das Geld geliehen wird?

Die zyklischen Krisen des Kapitalismus und deren negative Auswirkungen hat die Menschheit zur Genüge zu spüren bekommen. Heute soll es ein Virus sein, das für die globale Schiefelage verantwortlich ist ...

Peter Dornbruch, Schwerin

Wem nutzt die Corona-Krise? Nicht den einfachen Menschen, den Arbeitern und Angestellten, den kleinen und mittleren Unternehmen, den unzähligen Selbstständigen, nicht dem medizinischen und Pflegepersonal, nicht den Feuerwehrlern und Polizisten, nicht den hunderten Beschäftigten im Einzel- und Großhandel ... Sie brauchen keine Beifallsbekundungen, vielen geht es einfach ums Überleben

Wenn in den USA innerhalb eines Tages der Börsenwert der Großunternehmen und Banken stärker steigt als seit 90 Jahren nicht mehr und der

DAX in Deutschland gleichzeitig um 11 %, dann ist etwas faul im Staate. Ein Hedgefond-Manager hat kürzlich 2,5 Mrd. US-Dollar mit einer Wette auf die zunehmende Verarmung der Massen „verdient“. Und Amazon stellt 100000 neue Arbeitskräfte ein. Zufall?

Ich befürchte, daß im Vorfeld der riesigen Finanzkrise eine ungeheure weitere Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben erfolgt, daß das Wegsperrten der Bevölkerung das Durchpeitschen von „Notstandsgesetzen“ erleichtert und am Ende alle Versprechen der Politiker wie bisher nur Schall und Rauch sind. Und ich meine, daß unter dem Deckmantel der Corona-Krise gerade ein wahnsinniges soziales und gesellschaftspolitisches Experiment stattfindet, um die Leidensfähigkeit der Völker zu testen und die in einem Jahrhundert erkämpften individuellen Freiheitsrechte weiter einzuschränken. Ich befürchte weiterhin, daß die Massenarbeitslosigkeit bisher nicht gehante Höhen erreichen wird und die sozialen Spannungen weiter zunehmen werden. Die westlichen Staaten haben deshalb auch zunehmend Angst vor der Systemfrage, denn ihre bürgerliche Scheindemokratie findet keine Antworten mehr auf die Zukunftsfragen.

Uwe Zander, Grünheide

Wie sich zeigt, ist die AfD dabei, die durch Corona entstandene gesellschaftliche Situation skrupellos für sich auszunutzen, was nicht ausschließt, daß Mehrheiten erreichen werden, die bis zur „Macht-ergreifung“ im Staat führen können.

Das Beispiel in Deutschland von 1933 darf sich nicht wiederholen!

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Die Corona-Krise in Deutschland und in vielen Ländern Europas dokumentiert das eigentliche Dilemma der politischen Führungen bei extremen Entscheidungssituationen. Zusammengefaßt muß man feststellen, viel zu langsam und zu ineffektiv. Chinas Wissenschaftler und die politische Führung des Landes haben Ende Dezember 2019 die WHO und damit die Welt über das Auftreten eines extrem gefährlichen und sich rasant ausbreitenden Virus informiert. Gleichzeitig wurde eine ganze Provinz mit ca. 40 Mio. Menschen hermetisch abgeriegelt um die Ausbreitung auf das ganze Land zu verhindern. Daß man ein Krankenhaus mit 1000 Betten in nur einer Woche aufstellen konnte, zeigte die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Durchsetzungsfähigkeit chinesischer Politik. Nach gegenwärtigen Erkenntnisstand muß man sagen, diese Maßnahmen waren erfolgreich.

Statt die Warnungen aus dem Land der Mitte ernst zu nehmen hat man in Deutschland zu Beginn die Gefahr heruntergespielt und die durchaus auch vorhandenen Warnungen eigener Wissenschaftler ignoriert. Als das Problem akuter wurde, hat man mit deutscher Kleinstaaterei halbherzige Maßnahmen beschlossen, die das Entscheidungsbewußtsein der Bürger nicht gerade unterstützt haben.

Zielführender wäre gewesen, von Anfang an nicht die Unterschiede in den Entscheidungsmöglichkeiten zwischen China und Deutschland voranzustellen, sondern die Dinge, die man unbedingt auch umsetzen kann und muß. Eine Information wäre auch notwendig, wie wir zu dem kubanischen Medikament Interferon alfa 2B stehen, das in China bereits gegen Corona eingesetzt wird.

Ralf Kaestner, Bützow

Der Berg kreißte und gebar ein Mäuschen. Der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil feiert einen Erfolg. Daß die Bundesregierung darüber nachdachte und es zu einem mageren Ergebnis kam, ist an sich schon ein Novum. Nun rühmt sich die SPD, das Paket als Kompromiß durchgebracht zu haben, natürlich gegen den erbitterten Widerstand der CDU. Das kann man gut finden oder auch nicht. Das eigentliche Problem jedoch wird dadurch nicht beseitigt. Nämlich auskömmliche Löhne und Gehälter, woraus sich Renten ergeben, von denen man im Alter auch leben kann und keine Flaschen sammeln muß. Die Grundrente ist demzufolge weiter nichts als eine kosmetische Operation.

Dagegen hat die Bundesregierung keinerlei Herzdrukken, den Rüstungsetat in den nächsten Jahren um mehrere Milliarden Euro jährlich zu erhöhen. Bei der Grundrente war das öffentlichkeitswirksame große Jammern angesagt, bei der Aufrüstung jedoch nicht.

In den nächsten Jahren soll dessen Etat nahezu verdoppelt werden. So als stände der „Russe“ und der „Chiniese“ vor der Tür und würde mit Eintritt drohen. Das geht natürlich nur, wenn man als Vasall des US-Imperiums in vorauseilendem Gehorsam agiert. Da ist logischerweise für angemessene Löhne und Renten nichts drin. Auch die verfallenden Schulen und sozialen Einrichtungen müssen warten, weil die „Landesverteidigung“ Deutschlands in Polen und den baltischen Staaten Vorrang hat.

Wie wäre es, wenn die Bundesregierung den Niedriglöhnen, Rentenempfängern und der verfallenden Infrastruktur das zukommen lassen würde, was für die Rüstung vorgesehen ist?

Reiner Neubert, Berlin

Ich kann Mohamad Ali Mirzai mit seiner Frage „Vor was sind DDR-Bürger eigentlich geflohen?“ sehr gut verstehen. Diese Frage habe ich mir auch schon oft gestellt. 1957 hatte ich die Möglichkeit, eine Reise in den „Goldenen Westen“ zu machen. Aber niemand und nichts hätte mich überzeugt, dort zu bleiben.

Fritz Klinger, Neubrandenburg

Mit Interesse habe ich den Beitrag von Horst Adam im RF 267, S. 15, zur Verfälschung der Geschichte des KZ Buchenwald gelesen.

Sehr zu Recht erinnert er an die Bedeutung und das Wirken des ehemaligen Buchenwald-Häftlings und späteren Wissenschaftlers Walter Bartel. Dieser trug wesentlich mit dazu bei, daß die Wahrheit über die Zustände im Lager und die Selbstbefreiung durch die Häftlinge frühzeitig public gemacht wurde. Auch als Historiker blieb er dem Thema Faschismus verbunden, unter anderem durch seine Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe, die die Nebenklage im sogenannten Dora-Prozeß (1967 bis 1970) in Essen unterstützte, der auch Götz Dieckmann angehörte. Drei ehemalige SS-Schergen waren damals wegen ihrer Verbrechen im KZ Dora bei Nordhausen angeklagt worden.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Zu Rudi Kurz: Lotte und Lisa, RF 266, S. 24

Die wunderschöne Geschichte im März-„RotFuchs“ erinnerte mich an einen Wortwechsel, den ich 1956 mit Manfred von Brauchitsch hatte. Ich war zu jener Zeit in meiner Sturm-und-Drang-Phase – Parteisekretär an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau. Meine Magnifizenz, Genosse Professor Dr. Hans Stamm, hatte zu einer Tagung auch Manfred von Brauchitsch zu Gast. Ich ließ

mir die Gelegenheit natürlich nicht entgehen, mit dem berühmten ehemaligen Rennfahrer – den ich seit meiner Kindheit verehrte – ins Gespräch zu kommen. Es war ja bekannt, daß von Brauchitsch deutlich Sympathien für die DDR hatte. So fragte ich ihn denn, wie er als „Blaublüter“ zu dieser Sympathie gekommen wäre. Er wollte zunächst wissen, wer ich denn sei. Als ich ihm meinen Status erklärt hatte, meinte er: „Ich weiß schon, daß Ihre Partei keine besonders hohe Meinung vom Alltags-Adel hat. Aber wir Blaublüter haben auch so etwas wie einen Seelen-Adel – und der ist bei mir voll auf der Seite des Experiments, das bei Ihnen mit der Gründung eines sozialistischen Staates praktiziert wird.“

Sprach's und wandte sich anderen Gesprächspartnern zu. Au – da hatte er es mir aber gegeben! Trotzdem war ich damals froh und stolz darauf, den bekannten Mann zu dieser Äußerung provoziert zu haben.

Helmuth Hellge, Berlin

Eva Ruppert, eine gebürtige Saarländerin, arbeitete als promovierte Pädagogin bis 1990 an einem hessischen Gymnasium, engagierte sich seit den 70er Jahren in linken Bewegungen, so u.a. im Solidaritätskomitee für Erich Honecker. 2017 brachte edition ost ihr Buch „Liebe Eva“ heraus. Ich kenne und schätze Eva als parteilose Kommunistin mit Herz und Verstand, deren neues Buch „In Zeiten der Konterrevolution“ (Verlag am Park, ISBN 978-3-947094-58-5, 15 €, 232 Seiten) rund 200 Verse enthält – eine Fundgrube von großem Wert für uns alle.

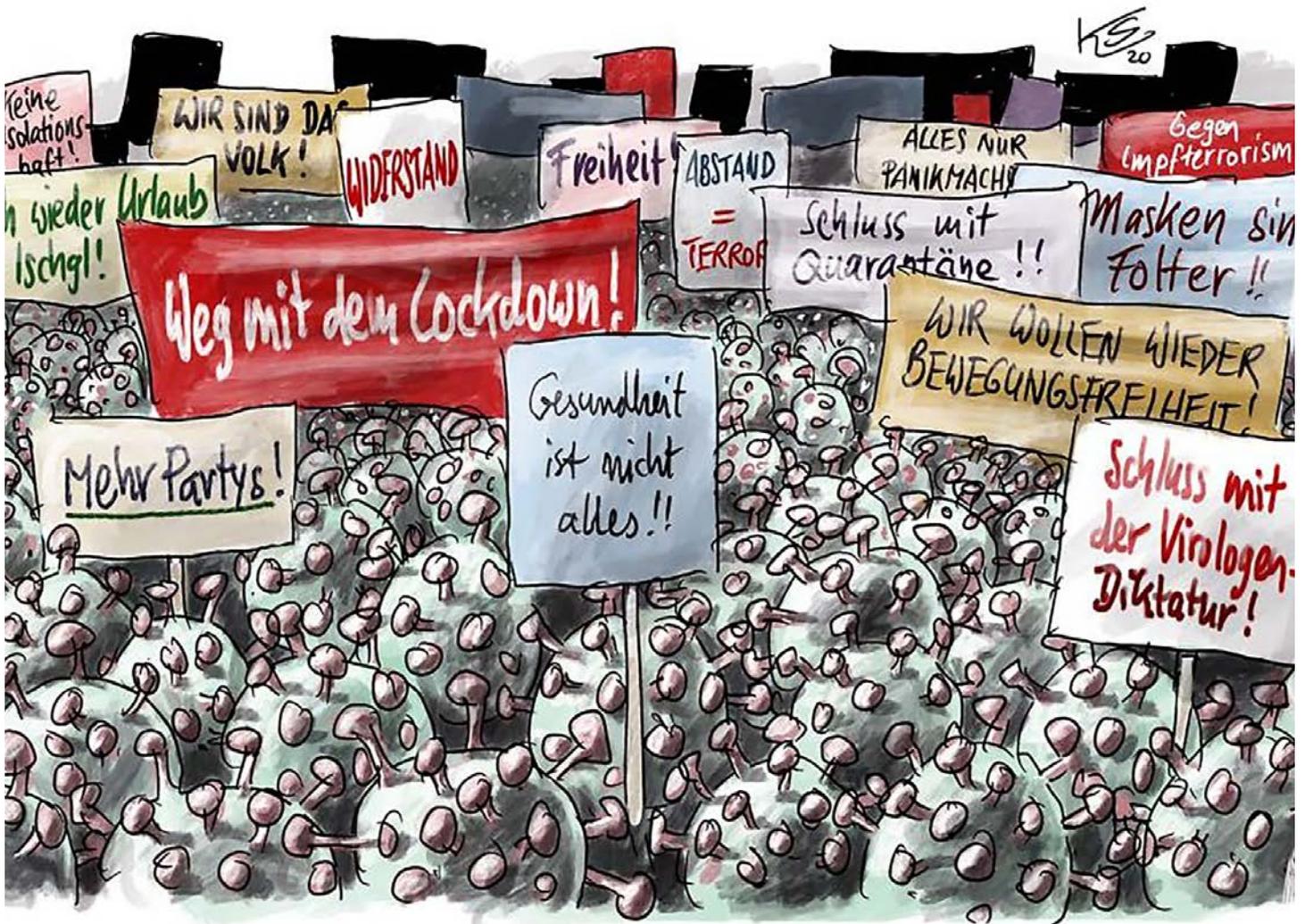
In ihrem „Lebenslauf“ schreibt sie: „Als ich 15 war, sang ich die saarländische Hymne. Als ich 26 war, wurde das Saarland wieder deutsch. Als in der DDR die Konterrevolution siegte, wurde ich Kommunist.“

Horst Jäkel, Potsdam

In Neubrandenburg kam es zu ideologischen Auseinandersetzungen zu den Hochhausbildern und Wandbildern von „privilegierten“ Künstlern aus der „SED-Diktatur“, die aus Sicht der „SED-Opfer“ diese beleidigt. Dabei tat sich ein Autor besonders hervor, der in der Vergangenheit zu ideologischen Themen immer wieder die offizielle Meinung zur DDR den Lesern vor allem des „Blitz“ Neubrandenburg aufdrängeln wollte. Es ist also das typische Beispiel dafür, daß Geschichte nur noch durch Unterstellungen und Deformierungen der Wahrheit in diesem Lande vermittelt wird. Bei der Bilderdiskussion konnte ich mich nicht zurückhalten und habe mich mit einem Beitrag gemeldet. Veröffentlicht wurde er nicht. Als der Autor bei seinem politisch-historischen Exorzismus nachlegte, sah er sich aufgrund meiner Leserbriefe im „RotFuchs“ veranlaßt, mich als einen „neostalinistischen, linksextremistischen“ Autor zu diffamieren.

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Veröffentlichung des Artikels über Prof. Tanneberger. Gegenwärtig beschäftige ich mich in meiner kargen Freizeit mit dem philosophisch-ethischen Erbe von Tanneberger gemeinsam mit Wissenschaftlern des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin der Universität Greifswald. Auf meine Bitte hin, daß sich die Gedenkstätte in Anklam mit seinem Wirken in der Friedensbewegung äußert, erfolgte keine Reaktion. Übrigens wurde Tanneberger von der CDU in Anklam auch „Stalinismus“ in der Forschung unterstellt.

Dr. Gerd Machalet, Siedenbolleten



Karikatur: Klaus Stuttmann

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek**Herstellung:** Druckerei Gottschalk**Internet:** www.rotfuchs.net**Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weissenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94

Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner

Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX